

Anja Amend-Traut (Hg.)

Ein Leben für die Rechtsgeschichte – Bernhard Diestelkamp zum 90. Geburtstag



GESELLSCHAFT FÜR
REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

Heft 50

*Schriftenreihe
der Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung*

*Heft 50
Wetzlar, 2020*

Anja Amend-Traut (Hg.)

**Ein Leben für die Rechtsgeschichte – Bernhard
Diestelkamp zum 90. Geburtstag**

*Ergänzte und erweiterte Fassung
der akademischen Feier vom 12. Juli 2019
anlässlich des 90. Geburtstages des Gründungsmitgliedes und
zugleich Mitgliedes des Wiss. Beirats der Gesellschaft
für Reichskammergerichtsforschung
Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp
in der Musikschule, Schillerplatz 8, Wetzlar*

Umschlagabbildungen (von links nach rechts):

„Der König als oberster Richter“, Kolorierter Holzschnitt, aus: Bartholomäus Unckel, Niederdt. Ausgabe des Sachsenspiegels, Köln 1480, Universitäts- und Landesbibliothek Bonn, Sign. Inc 1028;

Die Schweriner „Stadtrechtsfamilie“, Kartographie von Gyula Pápay;

Rosen am Reichskammergerichtsmuseum, Hofstatt 19, 35578 Wetzlar, Foto von © Peter Jörg Albrecht – Wetzlartourismus;

Wetzlar, aus: Matthäus Merian, Topographia Hassiae, et regionum vicinarum: Das ist: Beschreibung und eygentl. Abb. der vornehmsten Stätte u. Plätze in Hessen u. deren benachbarten Landschaften ..., [2. Auflage], Frankfurt/M. 1655, 138;

Hans-Jürgen Krahel, Studentenaktivist der 68er-Bewegung, und andere Studierende, Foto von picture alliance/AP Images;

Der Wismarer Fürstenhof, zwischen 1653 und 1802 Sitz des Wismarer Tribunals, aus: Archiv der Hansestadt Wismar, Fotosammlung C, 24.

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anja Amend-Traut

Layout: Anja Amend-Traut, Andrea Müller

Druck: Friedrich-Druck GmbH, Wetzlar

ISBN 3-935279-55-8



Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp
(Foto: M. Westerlind)

Inhalt

Vorwort	9
Veranstaltungsprogramm	15
RALPH GATZKA	
Begrüßung der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.	19
MANFRED WAGNER	
Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Wetzlar zur Verleihung der Lotte-Plakette an Herrn Professor em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp am 12. Juli 2019	25
ALBRECHT CORDES	
Zwischen Magdeburg und Lübeck. Ein Blick auf die Schweriner Stadtrechtsfamilie aus Anlass von Bernhard Diestelkamps 90. Geburtstag	31
NILS JÖRN	
Erreichtes und Perspektiven für die Erforschung der Rechtsgeschichte des Ostseeraums	45
PETER OESTMANN	
Bernhard Diestelkamp und die mittelalterliche Reichsgerichtsbarkeit	55
ANJA AMEND-TRAUT	
Reichskammergerichtsforschung – was ist vollbracht, was bleibt zu tun?	69

JOACHIM RÜCKERT

„Zeitgeschichte“ – zur Jubiläumsfeier für Bernd Diestelkamp
am 12.07.2019 in Wetzlar 97

KJELL Å. MODÉER

Laudatio: Bernd (90) und ich (80) – in einem gemeinsamen
Netzwerk vereint 115

Fotos von der Jubiläumsfeier (M. Westerlind) 124

Vorwort

Ein Jahr wird seit der akademischen Feier, an der wir Bernhard Dieselkamps 90. Geburtstag würdigten, vergangen sein, wenn ihm der vorliegende Band zu seinem 91. Geburtstag überreicht werden wird. Damit kann auch die von dem Jubilar begründete Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, die sog. Graue Reihe, auf eine runde Zahl von Publikationen zurückblicken, handelt es sich doch um ihren 50. Band. Er gibt den äußeren Rahmen des Festakts chronologisch wieder und fasst die gehaltenen Vorträge zusammen.

Die Planungen hierfür begannen mehr als ein Jahr zuvor, zunächst konspirativ hinter dem Rücken des Jubilars mit dessen Ehefrau Gisela. Dies erwies sich jedoch als bald als ein nicht durchzuhaltendes Unterfangen. Nicht nur wurde Bernd schnell misstrauisch und fragte sich wohl, was wir beide denn plötzlich so viel zu besprechen hätten. Auch die Einbindung der Stadt Wetzlar wegen der geplanten Verleihung der Lotte-Plakette und viele andere organisatorische Schritte machten es irgendwann erforderlich, die Person, um die sich alles drehte, einzuweihen.

Als bald verdichtete sich – in Besprechungen mit Nils Jörn und Peter Oestmann, denen ich an dieser Stelle meinen großen Dank für ihre vielfältige Unterstützung aussprechen möchte – die Idee, die einzelnen Forschungsschwerpunkte Bernhard Diestelkamps in Vorträgen abzubilden. Als Maßgabe galt dabei, nicht nur bilanzierend auf das zurückzublicken, was Bernd selbst im Laufe seines beeindruckenden Schaffens angestoßen und vollbracht hat, sondern zugleich auch den Blick in die Zukunft zu richten, d.h. Perspektiven für die einzelnen Forschungszweige aufzuzeigen, die der Jubilar mit seinem Wirken angestoßen hat. Es hat sich eindrücklich bestätigt, dass hier

nichts abgeschlossen ist, sondern Bernds Arbeiten weichenstellend für ganze Forschungszweige waren, inspirierend auch für künftige Forschergenerationen wirken und in den einzelnen Forschungsfeldern viele weitere Fragen noch unbeantwortet sind.

Nach den Grußworten des Vorsitzenden der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V. (Ralph Gatzka) und der Ansprache des Wetzlarer Oberbürgermeisters anlässlich der feierlichen Verleihung des Kulturpreises der Stadt Wetzlar (Manfred Wagner) begegnet dem Leser in den Vorträgen zunächst der Mediävist Diestelkamp, und zwar in Form seiner frühen Auseinandersetzung mit den Stadtrechten (Albrecht Cordes) und dann mit seiner intensiven Beschäftigung mit der Königsgerichtsbarkeit (Peter Oestmann). Mit der Letztgenannten hängt freilich das Thema unmittelbar zusammen, um das sich Bernhard Diestelkamp vielleicht am meisten verdient gemacht hat, jedenfalls mit dem sein Name in der Rechtsgeschichte untrennbar verbunden ist: Die höchste Gerichtsbarkeit der Frühen Neuzeit und die Etablierung der Reichskammergerichtsforschung. Mein Vortrag hierüber gibt Einblicke in bereits Geleistetes auf diesem Gebiet und einen Ausblick auf noch bestehende Desiderate. Ich selbst lernte Bernd Diestelkamp übrigens Ende der 1980er Jahre zunächst aus der Ferne als Studentin bzw. studentische Hilfskraft bei seinem damaligen Kollegen Hans-Peter Benöhr kennen. Zu dieser Zeit begegneten wir uns manchmal auf dem Flur des 4. Stocks im Juridicum an der Senckenberganlage in Frankfurt, wo die rechts-historischen Lehrstühle beheimatet waren – Bernd wird sich daran nicht erinnern, und ich war zu ehrfürchtig vor dem Namen, den ich aus Büchern kannte, um ihn von mir aus anzusprechen. Das änderte sich jedoch, als ich promovierte und als Kollegiatin regelmäßig im Graduiertenkolleg vorsingen „durfte“. Als ich nach der Disputation zu einem kleinen Umtrunk in mein Arbeitszimmer einlud, war er es, der sich außer meinem Doktorvater die Zeit nahm und mir persönlich gratulierte. Mein Habilitationsvorhaben, dessen Quellenarbeit im Wesentlichen auf der Auswertung reichskammergerichtlicher Akten

beruhte, gab schließlich den Anlass eines intensiveren fachlichen Austauschs und legte auch den Grundstein für die väterlich-freundschaftliche Beziehung, die wir bis heute pflegen.

Bei den Projekten zur Erschließung der Quellen zur mittelalterlichen wie frühneuzeitlichen Höchstgerichtsbarkeit hatte Bernhard Diestelkamp stets auch und – vielleicht nicht zuletzt wegen seiner eigenen Herkunft – ganz besonders den Nord- und Ostseeraum im Auge. Diesem Forschungsschwerpunkt des Jubilars sind zwei Beiträge gewidmet, zum einen von Nils Jörn mit seinem Einblick in die Verdienste Bernhard Diestelkamps um die Rechtsgeschichte des Ostseeraums, zum anderen von Kjell Åke Modéer. Letzterer konnte zwar bei dem Festakt nicht persönlich anwesend sein, doch gibt sein Bericht beredt darüber Auskunft, wie sich dank der persönlichen Verbindung zwischen ihm und dem Jubilar für die Höchstgerichtsbarkeit auch die vergleichende Rechtsgeschichte als Forschungsgebiet etablierte.

Wohl auch durch die persönliche Betroffenheit am Anfang seiner Zeit als akademischer Lehrer an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre angestoßen, rückte schließlich auch die Juristische Zeitgeschichte in Bernhard Diestelkamps wissenschaftlichen Fokus (Joachim Rückert). Im Zuge der Studentenrevolten 1968 ging es zunächst um nicht weniger als die Frage, inwieweit die juristischen Arbeitsgebiete in das nationalsozialistische Regime verwickelt waren; diesen Bereich wissenschaftlich aufzuhellen war zunächst Aufgabe. Daran anknüpfend nahm Bernhard Diestelkamp auch alsbald die Nachkriegszeit und die Geschichte der Bundesrepublik in die neue wissenschaftliche Teildisziplin auf. Er blieb übrigens Frankfurt bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1994 treu.

Es waren keine Überredungskünste zu strapazieren, die einzelnen Referenten zu gewinnen; deren fachliche Expertise für die jeweiligen

Gebiete wie auch persönliche Verbundenheit zum Jubilar gleichermaßen sprachen für ihre quasi selbstverständliche Mitwirkung.

Die auf der Umschlagseite befindlichen Abbildungen und Fotos spiegeln das Forschungsspektrum Bernhard Diestelkamps in seiner Gesamtheit wider. Der Band schließt mit einer Reihe von Fotos, die während der Feier von Frau Monika Westerlind gemacht und mir zur Publikation zur Verfügung gestellt wurden, wofür ihr mein großer Dank gilt.

Bedanken möchte ich mich auch bei der Stadt Wetzlar, die die kulturellen Verdienste Bernhard Diestelkamps um die Stadt mit der Lotte-Plakette zu würdigen wusste. Darüber hinaus bin ich der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung und der Stadt Wetzlar für ihre finanzielle Unterstützung hinsichtlich der Durchführung der Veranstaltung außerordentlich dankbar, wie ebenso der Gesellschaft für die Finanzierung der Drucklegung dieses Bandes. Mein ganz besonderer Dank gilt den fleißigen Helfern hinter den Kulissen, die für einen reibungslosen organisatorischen Ablauf Sorge getragen haben, allen voran Frau Karolina Tekin, Frau Andrea Müller, aber auch Frau Rhonda-Marie Lechner, Frau Elke Michel und Herrn Johannes Romanski. Schließlich sei dem Jungen Sinfonie-Orchester Wetzlar e.V. herzlich gedankt, das sich der Herausforderung gestellt und mit Bravour gemeistert hat, vor dem Jubilar und seiner Frau aufzuspielen, die beide als exzellente Kenner der Kammermusik die Hürden hochgelegt hatten.

So breit gefächert das in dem vorliegenden Band abgebildete rechtshistorische Interesse Bernhard Diestelkamps stets war, ergibt sich aus den persönlichen Anmerkungen der Referenten ein homogenes Bild des Lehrers, Mentors und Wegbegleiters Bernhard Diestelkamp, das über die fachliche Würdigung hinausgeht: Nachfolgenden Generationen machte und macht er – ohne je mit erhobenem Zeigefinger zu kritisieren, sondern bestenfalls behutsam lenkend – stets


Mut, und seine Neugier, mit der er zeit seines Forscherlebens in den Quellen nach Wahrheit suchte und sucht, wirkte und wirkt stets überaus inspirierend. Auch vor diesem Hintergrund darf er als ein Vorbild für die akademische Zunft gelten, die ihren Nachwuchs an die Hand nehmen muss, ohne bevormundend zu wirken.

Würzburg, im März 2020

Anja Amend-Traut

Einladung





Die Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung e.V.
in Kooperation mit der Stadt Wetzlar
lädt ein zur

Jubiläumsfeier anlässlich des 90. Geburtstages von

Herrn Prof. em. Dr. Dr. h.c.
Bernhard Diestelkamp

am Freitag, dem 12. Juli 2019, 14.30 Uhr

in den

Saal der Wetzlarer Musikschule e.V.,
Schillerplatz 8, 35578 Wetzlar.

Programm



Musikalischer Auftakt

Wolfgang Amadeus Mozart: Jagdquartett B-Dur, 1. Satz

Begrüßung der Gesellschaft für

Reichskammergerichtsforschung e.V.,

Vorsitzender

Ralph Gatzka

Feierliche Verleihung des Kulturpreises der

Stadt Wetzlar – Lotte-Plakette – ,

Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar

Manfred Wagner

Musikalisches Zwischenspiel

Wolfgang Amadeus Mozart: Jagdquartett B-Dur, 2. Satz

Moderation Albrecht Cordes

Vorträge

Albrecht Cordes Stadtrechte im 12. und 13. Jahrhundert
Nils Jörn Ostseeraum

Kaffeepause

Peter Oestmann Königsgerichtsbarkeit
Anja Amend-Traut Reichskammergericht

Musikalisches Zwischenspiel

Joseph Haydn: *Lerchenquartett D-Dur*

Joachim Rückert Zeitgeschichte

Musikalischer Ausklang

Franz Schubert: *Streichquartett Es-Dur op. 125 Nr. 1*

Empfang

Voraussichtliches Ende der Veranstaltung: 18.00 Uhr

STADT WETZLAR



gefördert von:

Stadt Wetzlar



Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Es spielen Musiker*innen des *Jungen Sinfonie-Orchesters Wetzlar e.V.*

Titelbild:

„Studenten lauschen einer Vorlesung“, Pier Paolo Dalle Masegne Grabrelief (um 1383),
aus: *Alma Mater Studiorum Saecularia Nona*, Bologna 1988.

Rede von Ralph Gatza – 1. Vorsitzender der Gesellschaft

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp,
sehr verehrte Frau Diestelkamp,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Jubiläumsgäste, meine sehr geehrten Damen und Herren,

namens der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung darf ich Sie alle zu diesem außergewöhnlichen Ereignis, zur Jubiläumsfeier anlässlich des 90. Geburtstages von Herrn Prof. Dr. Diestelkamp, begrüßen und willkommen heißen. Zu Ihrem Ehrentag, den Sie am 6. Juli begehen durften, möchte ich Ihnen nochmals – schriftlich habe ich es bereits getan – nachträglich persönlich gratulieren und meine besten Glück- und Segenswünsche aussprechen, verbunden mit dem Wunsch weiteren persönlichen Wohlergehens und verbunden mit dem Dank für das, was Sie in verschiedenen Funktionen für die Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung seit deren Gründung getan haben.

Sie sind heute die Hauptperson. Ihnen und Ihrer verehrten Gattin gilt mein erster Willkommensgruß.

Als Geschenk und Ausdruck unserer hohen Wertschätzung gestalten wir zu Ihren Ehren und in Kooperation mit der Stadt Wetzlar diese Jubiläumsfeier. Wir haben hierzu insbesondere Ihre wissenschaftlichen Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter nebst Partnerinnen und Partnern eingeladen, die Ihnen in besonderer Weise verbunden sind, persönlich und aufgrund der Thematik, mit der sie sich alle in ihrer wissenschaftlichen Arbeit befasst haben. Soviel Kompetenz und führende Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Forschung zur „Höchsten Gerichtsbarkeit“ in Europa trifft man an einem Ort wohl selten an. In fünf Vorträgen, die wir später hören werden, wird diese Kompetenz sicherlich nachdrücklich belegt werden.

Wir sind stolz darauf, und es erfüllt uns mit großer Freude, sehr verehrte Damen und Herren aus dem Bereich der Wissenschaft, dass

Sie unserer Einladung gefolgt sind, und heißen Sie herzlich willkommen. Mit Ihrer Anwesenheit und mit dieser Feier sollen die Verdienste des Jubilars für die Forschung der Geschichte des Reichskammergerichts und seine Verdienste um die Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung gewürdigt werden.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp, Sie gelten als Nestor der modernen Reichskammergerichtsforschung. Seit 1968 beschäftigen Sie sich mit dem Reichskammergericht, das im damaligen Urteil keinen besonders guten Ruf hatte, wenig Ansehen genoss, als ineffektiv angesehen wurde. Sie haben begonnen, neue, andere Fragen zu stellen, um der Bedeutung dieses Gerichts gerecht zu werden. Ausgehend von der Tatsache, dass so viele Zeitgenossen mit viel Geld und Zeitaufwand das Reichskammergericht bemüht haben, warfen Sie die Frage auf: Ist man berechtigt zu sagen, dieses Gericht sei wirkungslos gewesen? Es durfte nicht mehr darum gehen, ob dies ein Gericht war in einem zentral organisierten Staat mit festem Exekutionsapparat, sondern ob ein Gericht andere Wirkungen entfalten kann. Die Idee des Alten Reichs als Friedens- und Rechtsverband kam auf. Mit Ihren Forschungen begann sich in der Beurteilung des Reichskammergerichts ein radikaler Wandel zu vollziehen, wobei dies nachdrücklich dadurch gefördert wurde, dass von Anfang an die Erschließung der Quellen damit einherging. Gerade die Arbeit mit den Quellen, den Prozessakten, war für Ihre wissenschaftliche Arbeit von eminenter Bedeutung. Die in die Herkunftsorte verteilten Akten haben Sie in jahrelanger Such- und Rekonstruktionsarbeit virtuell wieder vereint. Sie haben einmal gesagt, die deutsche Territorialgeschichte insgesamt könne nur verstanden werden, wenn man die Auseinandersetzungen, die vor dem Reichskammergericht stattgefunden haben, analysiert und berücksichtigt. Aber auch für andere Bereiche seien die Akten Erkenntnisgewinn: Auf Grundlage der Monopolprozesse kann man sich der Handelsgeschichte nähern, die Untertanenprozesse zeigen, auch einfache Bauern suchten und fanden ihr Recht vor dem Reichskammergericht. Die Vorstellung, dass die hohen Herren sich sofort mit den adeligen Gegnern der

Bauern identifiziert hätten, ist verfehlt – das Gericht hat wirklich Recht gesprochen und damit zur Entstehung einer deutschen Rechtskultur beigetragen.

Es ist, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp, immer wieder ein Anliegen von Ihnen gewesen, den Anteil des Reichskammergerichts an der Vereinheitlichung und Fortentwicklung der Rechtsprechung wie des Rechts in Deutschland herauszustellen. Das Reichskammergericht und seine Rechtsprechung haben auch heute noch eine grundlegende Bedeutung für alle Bürger unserer Gesellschaft, wie sie ein wesentliches Stück deutscher Rechtsgeschichte auf dem Weg zum Rechtsstaat moderner Prägung darstellen. Die friedliche Streitbeilegung anstelle der Ausübung gewaltsamer Selbsthilfe, die Schaffung eines weitgehend unabhängigen Richtertums und die Ausprägung einzelner Bürgerrechte gegenüber dem Staat in seiner exekutiven Funktion sind Merkmale eines Erkenntnisprozesses, welcher heute seinen Höhepunkt erreicht hat. Diese Entwicklung durch die Forschung aufbereitet zu haben, ist, sehr geehrter Herr Jubilar, mit Ihr Verdienst.

Sie haben in zahlreichen Publikationen, sei es in Vorträgen oder in Schriften, die Sichtweise auf das Reichskammergericht zurechtgerückt. Ihre Erkenntnisse wiederum haben weitere Forschungen veranlasst oder zu solchen ermuntert. Viele der angesprochenen Wissenschaftler sind heute Ihre Gratulanten, viele gehören dem Wissenschaftlichen Beirat unserer Gesellschaft an, dem Sie seit seiner Einrichtung im Jahr 1985 bis zum Jahr 2001 vorgestanden haben. Mit großem Engagement haben Sie eine Institution aufgebaut, die für allerhöchstes wissenschaftliches Niveau in der Arbeit der Reichskammergerichtsgesellschaft sorgt und die über ein außerordentliches Renommee in der Fachwelt verfügt. In diesem Kreis, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss ich das nicht näher erläutern.

Sie, verehrter Herr Jubilar, sind quasi der „Vater“ der Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, die im Jahr 1985 mit einem Beitrag von Ihnen zum Thema „Das Reichskammergericht im Rechtsleben des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ begonnen wurde. Anlässlich Ihres Abschieds als

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats erschien als Heft 29 Ihre Abhandlung über das „Gesellschaftliche Leben am Hofe des Kammerrichters“. Zwischenzeitlich zählt die Reihe stolze 46 Bände. Dass Sie natürlich auch jetzt noch Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats sind und dort Ihre Stimme erheben, versteht sich von selbst. Entscheidend haben Sie auch mitgewirkt an dem Vorhaben, das Reichskammergericht und die durch die Forschung gewonnenen Erkenntnisse in einer modernen Konzeption museal darzustellen. Ohne Ihre Anstöße gäbe es das Reichskammergerichtsmuseum nicht.

Sie haben, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp, in herausragender Weise nicht nur die neuere Forschung zum Reichskammergericht, sondern auch die Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung seit ihrer Gründung wie kaum ein anderer geprägt. Sie sind bereits vor vielen Jahren zum Ehrenmitglied der Gesellschaft ernannt worden. Es ließe sich hier noch viel Verdienstvolles anführen, etwa Ihre erfolgreiche Tätigkeit als akademischer Lehrer an der Universität Frankfurt am Main, die auch immer wieder in vielen unserer Netzwerktagen zu Tage getreten ist. Zuspruch sowie vielfältige fachliche Hinweise und Anregungen aus Ihrem überragenden Wissensfundus konnten die jungen Wissenschaftler sehr oft mitnehmen.

Hierfür sind wir Ihnen zu großem Dank verpflichtet. Mit dieser Feier, deren Vorbereitung im Wesentlichen in den Händen von Frau Prof. Dr. Amend-Traut, der jetzigen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats, und Frau Müller, unserer Sekretärin, lag, denen ich hierfür Dank schulde, hoffen wir, Ihnen eine kleine Freude zu bereiten.

Eine hoffentlich große Freude und auch Ehre wird Ihnen, Herr Prof. Dr. Diestelkamp, nunmehr zu teil. Hierfür begrüße ich – ich habe keinesfalls vergessen, ihn zu erwähnen – sehr herzlich und mit großer Freude den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar, Herrn Manfred Wagner. Die Wertschätzung Ihrer Person, verehrter Herr Jubilar, und Ihr Wirken, das auch auf die Stadt Wetzlar als letztem Sitz des Reichskammergerichts ausstrahlt, möchte die Stadt mit einer besonderen Ehrung zum Ausdruck bringen, die Herr Oberbürgermeister Wagner gleich vornehmen wird. Für die vielfältige Unter-

stützung – auch bei dieser Feier – möchte ich den Gremien der Stadt Wetzlar an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Bevor ich jetzt das Wort an Herrn Oberbürgermeister Wagner übergebe, darf ich Ihnen, Herr Prof. Dr. Diestelkamp, nochmals alles Gute wünschen und mich auch bei Ihrer Gemahlin, die Sie in all den Jahren unterstützt hat, mit einem kleinen Blumengeschenk bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Ralph Gatzka
(Vorsitzender der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.)
(Foto: A. Amend-Traut)

Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Wetzlar zur Verleihung der Lotte-Plakette an Herrn Professor em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp am 12. Juli 2019

(– Es gilt das gesprochene Wort –)

Hochverehrte Festversammlung,
werter Herr Vorsitzender Gatzka,
liebe Frau Diestelkamp,
hochverehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp,

ich freue mich, dass die Stadt Wetzlar aus Anlass Ihres 90. Wiegenfestes, das Sie, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp, vor einigen Tagen begehen konnten, im Zusammenwirken mit der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung Gastgeber dieses Festaktes sein darf.

„Geburtstage sind Tage, an denen man das, was war, betrachtet, das was ist, bewertet und das, was sein wird, voller guter Hoffnung erwartet.“

Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, um Ihnen mit diesem Wort des englischen Schriftstellers Samuel Butler (1612–1680) im Namen der auch hier anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates unserer Stadt, aber auch ganz persönlich, zu Ihrem ganz besonderen Jubiläum zu gratulieren.

Ich verbinde meine Gratulation mit allen guten Wünschen.

Mögen Ihnen an der Seite Ihrer Gattin eine robuste Gesundheit, Ihre Freude an der Musik und am Reisen, aber auch an Ihren weiteren Studien noch viele Jahre erhalten bleiben.

Und mögen Sie noch lange und mit großer Freude die Forschungsarbeiten zum Reichskammergericht aktiv gestaltend begleiten.

Mögen Sie noch viele Male in Wetzlar zu Gast sein.

Werte Festversammlung, hochverehrter Herr Prof. Dr. Bernhard Diestelkamp,

ich bin mir recht sicher, dass Sie Ihren Geburtstag, den Sie vor einigen Tagen begangen haben, auch zum Anlass nehmen konnten, um ganz im Sinne des Wortes von Samuel Butler auf die zurückliegenden neun Lebensjahrzehnte zu blicken, ein wenig inne zu halten, aber auch den Blick nach vorn zu richten.

Wenn ich mir erlauben darf, mich von der Warte der Stadt Wetzlar ausgehend, ein wenig an dieser Betrachtung zu beteiligen, dann kann sich dieselbe selbstverständlich nur auf die Schnittmenge beziehen, die Sie, Herr Professor Dr. Diestelkamp, und unsere Stadt gemeinsam haben.

In der Geschichte unserer Stadt hat das Reichskammergericht nicht nur in der Zeit, in der es in Wetzlar residierte, eine sehr große Bedeutung eingenommen.

Diese Epoche, in der das höchste Gericht des Reiches seinen Sitz in Wetzlar hatte und die sowohl Herausforderungen als auch wertvolle Impulse brachte, war Ausgangspunkt für vielfältige prägende Entwicklungen unserer Stadt.

Einer Stadt, die in der Würdigung aus Anlass Ihres Geburtstages vor wenigen Tagen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als malerische kleine Stadt beschrieben wurde, die sich mit ihren Erinnerungen an Goethe und Lotte schmückt.

Eine Zuschreibung, die wir – das will ich ohne Weiteres eingestehen – gerne lesen.

In Ihrem wissenschaftlichen Wirken, sehr geehrter Herr Professor Dr. Diestelkamp, nehmen Forschungen, Publikationen, Vorträge und Veranstaltungen zur „Höchsten Gerichtsbarkeit“ und damit gerade auch zu dem Zeitabschnitt, als das Reichskammergericht seinen Sitz in Wetzlar hatte, einen großen Raum ein.

Und ohne dieses Interesse und Ihr bemerkenswertes Engagement, das die FAZ jüngst veranlasste, vom Nestor der Reichskammergerichtsforschung zu sprechen, wäre das kulturelle Profil unserer Stadt weit weniger reich.

Ohne Ihre Anstöße gäbe es in Wetzlar auch nicht das Museum des Reichskammergerichts, das 1987, also zwei Jahre nach der Gründung der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, eröffnet werden konnte.

Und sowohl die wissenschaftliche Reputation, als auch die dauerhafte finanzielle Absicherung der Forschungsstelle, die seit 1991 existiert, sind untrennbar mit Ihrem Namen, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp, verbunden.

Als Mitbegründer der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung brachten Sie sich viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender ein.

Von 1985 bis in das Jahr 2001 fungierten Sie als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates, einem hochrangigen, interdisziplinär besetzten Gremium, das sowohl die Arbeit der Forschungsstelle als auch des Museums in allen rechtshistorisch relevanten Fragen begleitet.

Sehr verehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp,

Sie haben mit einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützten Langzeitauftrag die Grundlagen dafür gelegt, dass die Quellen zum Reichskammergericht verzeichnet und inventarisiert werden konnten.

Man spricht von rund 80.000 Prozessakten, die nach dem Jahr 1806 auf ihre jeweiligen Herkunftsorte verteilt wurden.

Damit haben Sie einen äußerst wertvollen Anteil daran, dass das Reichskammergerichtsmuseum entstehen konnte und unsere Stadt zu einem Zentrum der Kulturgeschichte der Justiz geworden ist.

Von Ihnen gehen bis zum heutigen Tage wertvolle kulturelle Impulse aus.

So sprechen die von Ihnen mit entwickelten Ausstellungen, Tagungen und Vorträge interessierte Juristen, Historiker, Studierende, Schülerinnen und Schüler, aber auch Touristen aus dem In- und Ausland gleichermaßen an.

Diese Akzente sind vielfach Anlass, unsere Stadt auch zu besuchen und sie als einen für die Justizgeschichte bedeutsamen Ort wahrzunehmen.

Sehr verehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp,
mit Ihrem umfassenden Wirken haben Sie sich in vielerlei Hinsicht verdient gemacht.

Heute gilt es aber, Ihr Engagement für die Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung in den Fokus zu rücken.

Heute gilt es, Sie für Ihr mehr als drei Jahrzehnte währendes, besonderes kulturelles Engagement zum Wohle der Stadt Wetzlar und ihrer Einwohnerschaft zu würdigen.

Nachdem die Stadt Wetzlar (mein Vorgänger im Amt, Oberbürgermeister a.D. Wolfram Dette ist heute ebenfalls im Kreis der Gäste) Ihnen im Jahr 2001 die Ehrengabe verleihen durfte, ist es mir vorbehalten, Ihnen in Anerkennung Ihres reichhaltigen Wirkens den Kulturpreis unserer Stadt zu überreichen.

Die Lotte-Plakette, die im Jahre 2006 gestiftet wurde, wird in unregelmäßigen Abständen an Einzelpersonen vergeben, die sich um das kulturelle Leben unserer Stadt in besonderem Maße verdient gemacht haben.

Dass diese Auszeichnung einen besonderen Stellenwert hat, mögen Sie auch daran erkennen, dass wir die Lotte-Plakette zuletzt im Jahr 2012 verliehen haben.

Ich freue mich sehr, dass mir die Ehre zuteilwird, Sie, sehr verehrter Herr Prof. Dr. Diestelkamp, auf Vorschlag des Vorstandes der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung und der da-

raufhin in großer Einmütigkeit erfolgten Beschlussfassungen unserer Gremien im Rahmen dieses Festaktes mit dem Kulturpreis der Stadt Wetzlar, der Lotte-Plakette, auszeichnen zu dürfen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Manfred Wagner (Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar)

(Foto: A. Amend-Traut)



Manfred Wagner und Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp
(Foto: M. Westerlind)

Zwischen Magdeburg und Lübeck. Ein Blick auf die Schweriner Stadtrechtsfamilie aus Anlass von Bernhard Diestelkamps 90. Geburtstag*

Albrecht Cordes

1. Stadtrechtsjubiläen und die Freiburger Gründungsurkunde von 1120 (?)

Das mir von der Herausgeberin zugeteilte Thema der mittelalterlichen Stadtrechte will ich engführen und mich auf den beliebten und umstrittenen Gegenstand der StadtrechtsFAMILIEN konzentrieren. Er sei erörtert anhand eines konkreten Beispiels, nämlich der eher kleinen Stadtrechtsfamilie der mecklenburgischen Hauptstadt Schwerin. Um sie ging es bei einer Tagung im April 2018 anlässlich der Ersterwähnung Schwerins tausend Jahre zuvor.

Kurioserweise hatte man in Schwerin acht Jahre vorher auch schon einmal Geburtstag gefeiert, allerdings den 850. Bei jenem Fest im Jahre 2010 ging es nicht um die Ersterwähnung, sondern die Verleihung der Stadtrechte. Ich zitiere aus der Jubiläums-Ankündigung, die immer noch im Internet steht: „Denn vor genau 850 Jahren, also im Jahr 1160, erhielt die heutige Landeshauptstadt durch den Sachsenherzog Heinrich den Löwen das Stadtrecht. Damit ist sie die älteste Stadt in Mecklenburg-Vorpommern“.¹ Das sind gewagte Thesen. Um klarer zu sehen, was da ungefähr Mitte des 12. Jahrhunderts von wem gegründet worden ist, hätten die damaligen

* Der hier abgedruckte Text kombiniert meinen Wetzlarer Vortrag mit Teilen eines Vortrags vom 13. April 2018, gehalten anlässlich der Ersterwähnung Schwerins im Jahre 1018. Letzterer wird vollständig veröffentlicht in den Mecklenburgischen Jahrbüchern, Bd. 135, 2020. Für mannigfache Hilfe danke ich Andreas Röpcke und Nils Jörn, für die eigens für diesen Beitrag angefertigte Karte von Schwerins „Tochter-Orten“ Gyula Pápay.

¹ <https://850-jahre-schwerin.de/> (zuletzt besucht am 06.02.2020).

Veranstalter besser Bernhard Diestelkamps Aufsatz von 1964 zu den angeblichen Aktivitäten Herzog Heinrichs und der Welfen auf dem Gebiet der Stadtgründungen studiert.²

Dazu passt ein Aufsatz, der den Beweis führt, dass auch Freiburg im Breisgau eine Gründung Heinrichs des Löwen ist. Die überraschende These stammt aus der Feder meines Lehrers Karl Kroeschell und ist zu lesen in einer der Nicht-Festschriften für Franz Beyerle. Dieser – wie unser Jubilar und auch der Autor ein in Frankfurt und Freiburg tätiger Rechtshistoriker – hatte eine Abneigung gegen Festschriften. Deshalb haben ihm seine Freunde und Schüler zu seinen runden und halbrunden Geburtstagen insgesamt fünf (leider nur im Privatdruck vervielfältigte) Aufsatzsammlungen mit dem Titel „Keine Festschrift“ verehrt und diese unter die beiden Mottos *iocus regit actum* und *nolenti non fit iniuria*³ gestellt. Kroeschells These vom Löwen im Breisgau war also möglicherweise nicht ganz ernst gemeint.

Bleiben wir noch einen Moment bei der folgenreichen Frage der Jubiläen und dem richtigen Datum, an dem man sie feiern soll – und auch bei der Stadt (oder dem Markt? So die Gründungsurkunde) Freiburg i.Br. Einen Reinfall für die Veranstalter bedeutet es, wenn just zum Jubiläum ein junger Wissenschaftler das Datum des Geburtstags dekonstruiert. Das fühlt sich dann wahrscheinlich an wie ein Regenschauer auf einem Sommerfest.⁴ Versetzen wir uns in das Jahr 1970: Die Stadt Freiburg feiert ihren 850. Geburtstag. Ein Schüler des Nestors der Deutschen Rechtsgeschichte an der Albert-Ludwigs-Universität, des Ex-Rektors Hans Thieme, hält aufgrund der Ver-

² BERNHARD DIESTELKAMP, Welfische Stadtgründungen und Stadtrechte des 12. Jahrhunderts, in: ZRG GA 81 (1964), 164–224.

³ Für Nichtjuristen: Nach der Regel *Locus regit actum* ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk das Ereignis, welches den Streit ausgelöst hat, stattfand. *Volenti non fit iniuria* besagt, dass der, welcher mit einer Tat einverstanden ist, aus dieser Tat kein Schadensersatzanspruch entsteht.

⁴ Man stelle sich nur vor, wir hätten just bei dem Festakt in Wetzlar erfahren, dass Bernhard Diestelkamp erst seinen 89. Geburtstag feiert und in Wirklichkeit ein Jahr jünger als die Frankfurter Kollegen Rudolf Wiethölter und Jürgen Habermas ist!

mittlung des Lehrers einen Vortrag für die Freiburger Stadtgesellschaft. Ihr erklärt er bei dieser Gelegenheit, dass der Geburtstag, den sie gerade feiern, auf einem erfundenen Gründungsdatum, einer Fälschung, beruht, mit deren Hilfe die Freiburger sich 100 Jahre später ein besonders ehrwürdiges Alter herbeiflunkern wollten.⁵ Man kann sich den Skandal vorstellen!

Dieser Thieme-Schüler war Bernhard Diestelkamp, der kurz zuvor an die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a.M. berufen worden war. Rund 10 Jahre später hielt er in Freiburg einen weiteren Vortrag zum gleichen Thema und setzte sich mit den Gegenargumenten seiner Kritiker auseinander.⁶ Ich selbst saß damals als Drittsemester im prall gefüllten Hörsaal, hörte den ersten rechtshistorischen Vortrag meines Lebens und war beeindruckt, wie groß das Publikumsinteresse an rechtsgeschichtlichen Fachvorträgen ist. Erst später habe ich entdecken müssen, dass das nicht immer der Fall ist. Die Frage von Freiburgs Alter ist übrigens immer noch offen, auch wenn man zugeben muss, dass die Mehrheit der Diskussions Teilnehmer Diestelkamp nicht gefolgt ist. Aber was heißt das schon? Über die Wahrheit wird nicht per Mehrheit entschieden. Jedenfalls, das ist die Lehre aus der Debatte, gehören eingefahrene Überzeugungen von dem, wie es in der Geschichte „wirklich gewesen ist“, auf den Prüfstand jeder neuen Historikergeneration.

So ging in der Nachfolge von Bernhard Diestelkamp auch unser gemeinsamer Schüler Stephan Dusil vor, als er in seiner Doktorarbeit die Soester Stadtrechtsfamilie dekonstruierte.⁷ Um der zuverlässigen

⁵ BERNHARD DIESTELKAMP, Gibt es eine Freiburger Gründungsurkunde aus dem Jahre 1120? Ein Beitrag zur vergleichenden Städtegeschichte des Mittelalters sowie zur Diplomatik hochmittelalterlicher Städteprivilegien, Berlin 1973.

⁶ BERNHARD DIESTELKAMP, Die Freiburger Gründungsurkunde von 1120. Zum Stand der Diskussion, in: Alemannisches Jahrbuch (1979/80), 1–20.

⁷ STEPHAN DUSIL, Die Soester Stadtrechtsfamilie. Mittelalterliche Quellen und neuzeitliche Historiographie (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 24), Köln/Weimar/Wien 2007. Seine eindringliche Darstellung der Forschungsgeschichte der „Stadtrechtsfamilien“, in denen sich wie in einem Brennglas ein guter Teil der germanistischen Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhundert widerspiegelt,

Kommunikation willen hält er zwar an dem etablierten Begriff der Stadtrechtsfamilie fest, entkleidet ihn aber seiner quasi-biologischen Nebenbedeutung. Er differenziert die rechtlichen Beziehungen zwischen Mütter- und Tochterstädten stattdessen anhand konkreter Kriterien: 1. Rechtsverleihung, also Bewidmung mit dem Recht der Mutterstadt, 2. Statutentransfer, also die Herstellung eines Stadtrechtstextes in der Mutter- für die Tochterstadt bei der Gründung oder kurz danach, 3. konkret nachweisbarer Rechtszug zum „Oberhof“ in der Mutterstadt, 4. Sonstige Rechtskonsultation, also Beratung in Rechtsfragen.⁸ Als 5. Kriterium würde ich noch die Überlieferung hinzunehmen, also die über lange Zeit hinweg gepflegte Tradition einer Zuordnung zur Mutterstadt.

2. Schwerin zwischen Lübeck und Magdeburg

Das ist ein Raster von Kriterien, welches sich auch im Fall von Schwerin bewährt.⁹ Aus der Perspektive der Stadtrechtsgeschichte liegt die mecklenburgische Hauptstadt in einer Übergangsregion zwischen der von den Hansestädten dominierten Ostseeküste und dem allmählich aufsteigenden, landgebundenen Kurfürstentum Brandenburg mit der Doppelstadt Berlin-Cölln im Zentrum. Das ist zugleich die Gegend zwischen den beiden größten und wichtigsten mittelalterlich-frühneuzeitlichen Stadtrechtskreisen, dem sächsisch-

sei besonders empfohlen, ebd. 21–77. Darauf sei verwiesen und nur Jacob Grimms poetisches, aber treffendes Bild für die Weitergabe von Stadtrecht zitiert: „Man entlieh das recht, wie feuer und licht bei dem nachbar“ (Vorwort für JOHANN GERHARD CHRISTIAN THOMAS, *Der Oberhof zu Frankfurt am Main*, München 1841, XI). Mit dem Bild der Leihe vom Nachbarn sind zwei wichtige Aussagen getroffen. Zum einen wird die räumliche Nähe betont, zum anderen ist das Ausleihen eine aktive Handlung des Empfängers: Er, nicht der Verleiher, erscheint als der Initiator der Übernahme.

⁸ Sehr aufschlussreich sind die Landkarten bei DUSIL, *Die Soester Stadtrechtsfamilie* (Fn. 7), 270–273, auf denen diese vier Kriterien kartographisch erfasst sind.

⁹ Um mich nicht zu wiederholen, verweise ich auf den in Fn. * genannten Aufsatz.

magdeburgischen Recht im Süden und dem Lübecker Stadtrecht im Norden. Wie ein Keil schiebt sich zwischen diese beiden großen Gebiete ein Landstreifen von Schwerin aus nach Osten. Er reicht rund 150 km weit über die mecklenburgische Grenze nach Pommern hinein, bis vor die Tore von Stralsund. In diesem Bereich liegt eine ganze Reihe von kleinen Städten und Dörfern, welche sich zwischen dem 13. und dem 16. Jahrhundert auf die eine oder andere Weise auf Schwerin und das Schweriner Stadtrecht bezogen haben. Sie sind in der Forschung meist als „Schweriner Stadtrechtsfamilie“ bezeichnet worden.

Über Schwerin und die Ausbreitung seines Stadtrechts geben unterschiedliche Quellentypen aus verschiedenen Epochen Auskunft.¹⁰ Zunächst sind es Urkunden, genauer gesagt Privilegien, in denen das Schweriner Stadtrecht an einige Tochterstädte, nämlich an Güstrow, Malchow, Malchin, Neu-Röbel und Penzlin, übertragen wurde. Vermutlich gab es solche Urkunden auch für Krakow und Wesenberg. Diese Urkunden stammen bereits aus der ersten Phase der Geschichte dieser Städte, nämlich aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Das Schweriner Stadtrecht breitete sich also zeitlich und räumlich parallel zum lübischen aus, das weiter nördlich die Städte am Ostseeufer bediente. Diese Orte genügen also den ersten beiden Kriterien zur Annahme einer Zugehörigkeit zur Schweriner Stadtrechtsfamilie.

¹⁰ Das Folgende ergibt sich aus einer Zusammenschau der vier einschlägigen Aufsätze aus dem späten 19. Jahrhundert von HUGO BÖHLAU, Beiträge zum schweriner Stadtrecht, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte 9 (1870), 261–286; FRIEDRICH WIGGER, Der Erbstreit um das Gut Pastow im Jahre 1386, ein Beitrag zur Kenntniß des Schwerinischen Rechts, in: Mecklenburgische Jahrbücher (künftig: MJB) 47 (1882), 27–52; FRIEDRICH CRULL, Zum Schweriner Stadtrecht, in: MJB 56 (1891), 77–84, und FERDINAND FABRICIUS, Über das schwerinische Recht in Pommern, in: Hansische Geschichtsblätter, Bd. VIII, 22. Jahrgang (1894), 3–45, auch online unter <https://www.hansischergeschichtsverein.de/hansische-geschichtsblaetter?seite=12> (zuletzt besucht am 20.03. 2020). Seit 1894 ist das Schweriner Stadtrecht nicht mehr im Zusammenhang thematisiert worden!

Über diese klaren Fälle hinaus begegnet man einem ganzen Strauß weiterer Quellen und Indizien für eine Zuordnung zum Schweriner Recht. Einfach nur behauptet wird die Zugehörigkeit für Hagenow, Crivitz und Waren.¹¹ Für Bützow wird die Zuordnung diskutiert: Die „lübische Gütergemeinschaft“ zwischen zwei Eheleuten deute auf lübisches Recht,¹² der Charakter als Stiftsstadt hingegen auf Schweriner Recht,¹³ denn Schwerin war Bischofssitz, und der Bischof beteiligte sich an der Verbreitung Schweriner Rechts. Umgekehrt scheint es ein Argument dafür zu sein, dass (Neu)Bukow mit lübischem Recht privilegiert wurde, dass 1435 ein Eggert Barnekow sein gesamtes Gut „also he hefft bynnen deme Lubeschen Rechte to Bukow“ auf den Todesfall seiner Frau schenkte.¹⁴ Ein anderes Argument ist die Existenz von Handschriften, vielleicht auch nur späten Abschriften „eines alten Schwerinischen Rechts“ aus dem 16. Jahrhundert (der Stadtvogt von Bützow habe sie samt Übersetzung im Januar 1581 von dem Schweriner Ratsherren Veltin Roloff erhalten) oder ein Kapitel in einer Bukower Sammelhandschrift: „Des Amtes Buckow Strafen nach Schwerinischen Rechten.“¹⁵ In einer Urkunde aus Gützkow 1356 heißt es „in jure Lubecensi, Swerinensi seu castrensi“; eine Auflassung erfolgt „juxta jus et consuetudinem terrae Guetzkow, quod proprie dicitur Burrecht“; wobei das Wort „bur“ besonders schwierig zu deuten ist, da es neben „Burg“ auch mit „Bürger“ (z.B. „bursprake“) und „Bauer“ in Verbindung gebracht werden kann.

Schließlich haben unterschiedliche Währungen bei Bußen und Geldstrafen ihren Teil zur Konstituierung eines Wirtschafts- und auch

¹¹ CRULL (Fn. 10), 77.

¹² CRULL (Fn. 10), 77, zitiert KARL CHRISTOPH ALBERT HEINRICH VON KAMPTZ, *Civilrecht der Herzogthümer Mecklenburg*, Bd. 2, Schwerin 1805, 627; das Zitat lässt sich dort aber nicht nachweisen (der Band hat nur ca. 450 Seiten).

¹³ HUGO HEINRICH ALBRECHT BÖHLAU, *Mecklenburgisches Landrecht*, Bd. 1, Weimar 1871, Nr. 5, 64; CRULL (Fn. 10), 77.

¹⁴ BÖHLAU (Fn. 13); CRULL (Fn. 10), 77.

¹⁵ CRULL (Fn. 10), 78.

eines Rechtsraums beigetragen: War eine Schuld mit Stralsunder oder der in Schwerin umlaufenden, um 50 % wertvolleren¹⁶ lübischen Mark zu bezahlen? In Bützow werden „Halsbruch“, „Pfandbruch“ und eigenmächtige Pfändung mit 30 Mark sundisch geahndet, es heißt aber im gleichen Atemzug: „zu Swerynn yst es 30 m. lub. [Mark lübisch].“ Weiter heißt es an der gleichen Stelle, Gefahrwunden strafe man im Schweriner Recht auch nicht höher, aber in Bützow strafe man sie mit 15 Mark sundisch, also einem halben Halsbruch. Beleidigung schließlich, die „den guten Namen oder die Ehre schelten“, werden nach Schweriner Recht mit 20 Mark lübisch bestraft; wer das Geld nicht aufbringen kann, hat den Schandstein zu tragen. Die Währungs- und die rechtlichen Grenzen werden also in einem Atemzug genannt.

Bei der Durchsicht dieser Belege fällt neben den fünf o.g. Kriterien aber noch ein weiterer Aspekt auf, der paradox klingt und vielleicht deshalb bisher noch nicht thematisiert wurde: Dass Stadt- und Landrecht zwei klar voneinander abgrenzbare komplementäre Sphären sind, steht fest. Oder?

Das sächsisch-magdeburgische Recht regelt im großen Umfang Materien, die in der Stadt kaum eine große Rolle gespielt haben können, draußen auf dem Land aber sehr wohl. Dadurch unterscheidet es sich vom lübischen, das fast reines Stadtrecht ist, wie man an den Materien und den einzelnen Regelungen leicht ablesen kann. Wenn es im *Sachsenspiegel* um die Teilung von Erbgut unter Brüdern geht, sind damit landwirtschaftliche Nutzflächen gemeint. Wenn dieser Artikel dann aber in Hamburg rezipiert wird, umfasst das Erbgut möglicherweise ein Warenlager und anderes Kaufmannsgut, und Mitglieder der Erbgemeinschaft sind neben den Brüdern auch die Schwestern.¹⁷

¹⁶ 3 Pfennig sundischer Währung entsprechen 2 Pfennig lübischen Geldes.

¹⁷ Man vergleiche Ssp. Ldr. 1, 12 und Hamburger Ordeelbook, Art. 3, 16; dazu ALBRECHT CORDES, Spätmittelalterlicher Gesellschaftshandel im Hanseraum (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N.F. 45), Köln/Weimar/Wien 1998, 71–73, und die Synopse 1 auf S. 56.

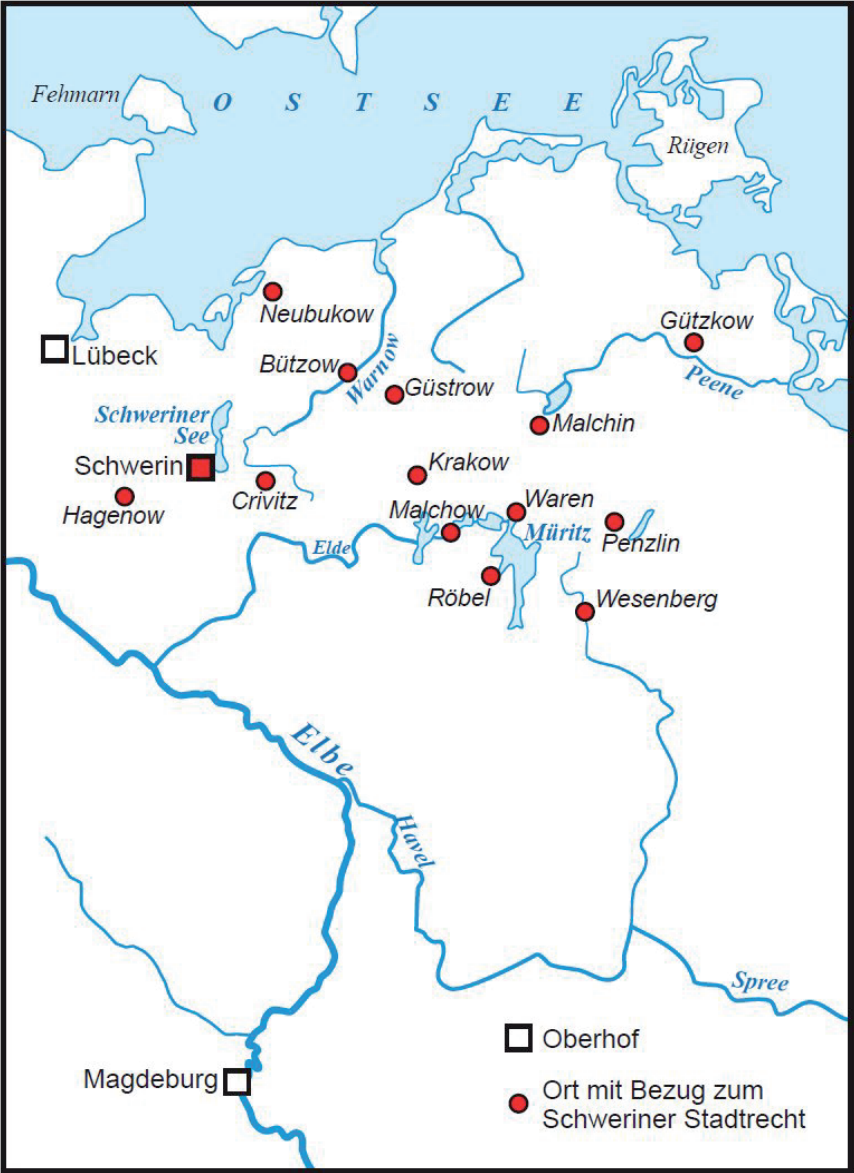


Abb.: Die Schweriner ‚Stadtrechtsfamilie‘, Kartographie: Gyula Pápay.

In den Quellen wird „Schweriner Recht“ gelegentlich geradezu als Synonym für Landrecht in Kontrast zu städtischem Recht verwandt: „Auf den törrfern geprawcht man Schwerinisch Recht“, heißt es im frühen 16. Jahrhundert.¹⁸ Auch der von Matthäus von Normanns († 1556) verschriftlichte wendisch-rügianische Landgebrauch war anscheinend von Schweriner Recht beeinflusst.¹⁹

Dass die Ausbreitung kommunaler Rechte und Freiheiten weder an Landesgrenzen noch an der Schwelle zwischen Städten und Kommunen ohne Stadtrecht Halt machte, zeigt das Beispiel der kleinen Stadt Beaumont-en-Argonne, im Bistum Reims unweit der belgischen Grenze gelegen, mit deren Recht, das als „Loi de Beaumont“ bekannt geworden ist, zwischen 1150 und 1350 über 500 Dörfer und Kleinstädte in der Landschaft zwischen Rhein und Maas bewidmet wurden.²⁰

Doch zurück in den Norden! Schweriner Recht ist häufig auch der Name für eine Prozessordnung und bildet zugleich den Rahmen für örtliche Prozessgebräuche, die dann gelten, wenn sie dem Schweriner Recht nicht zuwiderlaufen. Carl Gustav Homeyer wollte Schweriner Recht sogar auf diese prozessrechtliche Bedeutung beschränken.²¹ Dass beispielsweise in Bützow laut einer Nachricht von 1576 „nach dyssen Swerynschen Rechten protzedert werden“ sollte, wirkte sich so

¹⁸ Thomas Kantzow, 1505–42, zit. n. FABRICIUS, Über das schwerinische Recht (Fn. 10), 4.

¹⁹ FABRICIUS, Über das schwerinische Recht (Fn. 10), 4.

²⁰ ALBRECHT CORDES, Art. „Loi de Beaumont“, in: HRG 3, 2. Aufl., Berlin 2016, Sp. 1035 f.; DERS., „*Burger und Baur scheydet nichts dann die Maur*“. Dörfer, Städte und Gemeindetypen eigener Art, in: Ders./Joachim Rückert/Reiner Schulze (Hgg.), Stadt – Gemeinde – Genossenschaft. Festschrift für GERHARD DILCHER zum 70. Geburtstag, Berlin 2003, 201–214.

²¹ CARL GUSTAV HOHMEYER in seiner Dissertation von 1821 zur Geschichte des Schweriner Rechts in Pommern. Die Arbeit wird zitiert von BÖHLAU, Beiträge zum Schweriner Stadtrecht (Fn. 10), und FABRICIUS, Über das schwerinische Recht (Fn. 10). Dort, 3–13, werden Homeyers Thesen ausführlich paraphrasiert und diskutiert.

aus, dass die Anzahl der vom Stadtvogt angeordneten und geleiteten Rechtstage von 4 auf 6 pro Jahr erhöht wurden.

Ein anderer Beleg: Sanktionen für schwere Körperverletzungen würden „im Schwerinschen Recht“ unterschiedlich ausfallen, heißt es, je nachdem ob bürgerlich oder peinlich geklagt werde. Im ersten Falle drohe nur eine Geldstrafe, im zweiten eine schwere Körperstrafe im Sinne einer Talion (Auge um Auge, Zahn um Zahn).

Ein kurioses Beispiel für einen Synkretismus, bei dem das Schweriner Recht gleichberechtigt neben altem Brauch und wissenschaftlicher Expertise steht, weil man möglichst viele Autoritäten anhäufen wollte, ist die Begründung schwerer Bestrafung von Aufruhr und Unruhestiftung: „Auch wertt es nach Swerynschem Rechte vnd altem Gebrauch nach, sunderlich schrybet der Damhauderus yn seynem Boche ...“.²²

Die Sanktion ergibt sich also aus einer Zusammenschau von Schweriner Recht, nicht näher definiertem altem Brauch und den Ausführungen in einem damals aktuellen Strafrechtstraktat eines Brügger Juristen namens Joos van Damhouder (1507–81), der dem Verfasser also zumindest dem Namen nach bekannt war.

Doch damit sei die Sammlung von Belegen für die zahlreichen unterschiedlichen Bedeutungen von „Schweriner Recht“ abgebrochen. Insbesondere muss der Versuch, Schweriner Recht inhaltlich zu definieren und konkrete Normen des materiellen Straf- oder Zivilrechts zu identifizieren, die für den Schweriner Rechtskreis typisch sind, im Moment noch scheitern. Die Wissenschaft, deren Aufgabe das eigentlich wäre, ist das Deutsche Privatrecht. Doch es ist fast völlig zum Erliegen gekommen, weil sie sich in Konkurrenz zur Romanistik an aussichtslosen Grundsatzfragen der spezifischen Natur eines deutschen oder gar germanischen Rechts aufgerieben hat. Ich persönlich bin allerdings der Überzeugung, dass man das Kind mit dem Bade ausgeschüttet hat. Mit einer neuen, vorsichtigeren Methodik

²² CRULL, Zum Schweriner Stadtrecht (Fn. 10), zitiert auf S. 84 aus derselben Sammelhandschrift.

könnte man durchaus wieder eine Geschichte der „Institutionen des deutschen Privatrechts“, um den Buchtitel von Andreas Heusler²³ zu zitieren, in Angriff nehmen. Doch man sollte sich dabei realistische Ziele setzen und nicht versuchen, eine Art Proto-BGB des 13. Jahrhunderts zu konstruieren. Wie weit man dabei kommen kann, zeigt wiederum die Arbeit von Stephan Dusil, der sich auf rund einhundert Seiten redlich bemüht hat, inhaltliche Übereinstimmungen zwischen dem Recht von Soest und dem seiner Tochterstädte festzustellen.²⁴

3. Stadtrechtsfamilien: Offene Forschungsfragen

Es gibt eine Reihe spannender Fragen, zu deren Beantwortung das Phänomen der Stadtrechtsfamilien beitragen kann. Das Problem des Anteils des Stadtrechts am deutschen Recht, verstanden als Antipode zum römischen Recht, interessiert freilich heute kaum noch und ist im mittelalterlichen Heiligen Römischen Reich, dessen Kaiser sich in der Kontinuität der antiken römischen Imperatoren sahen, nur begrenzt sinnvoll. Für andere Fragen kann das Thema hingegen immer noch reiche Erkenntnisse bringen.

Zwei seien genannt. Ein Vergleich des Raumes, in denen Schweriner Recht galt, mit den Städten lübischen Rechts ist nicht nur ein geographischer Vergleich, sondern auch einer zwischen Stadt und Land. Nicht zu 100 %, aber doch überwiegend war das lübische Recht Stadtrecht, sowohl in Bezug auf die Orte, in denen es galt, als auch in Bezug auf die traktierten Gegenstände. Besonders auffällig unter den zitierten Belegen waren jene, in denen das Schweriner Recht in

²³ ANDREAS HEUSLER, *Institutionen des Deutschen Privatrechts*, 2 Bde., Leipzig 1885/86. Einen überraschenden Neuanfang wagen STEFFEN SCHLINKER/HANNES LUDYGA/ANDREAS BERGMANN, *Privatrechtsgeschichte. Ein Studienbuch*, München 2019.

²⁴ DUSIL, *Die Soester Stadtrechtsfamilie* (Fn. 7), Teil 3, 146–247.

Abgrenzung zum städtisch-lübischen als Landrecht gesehen wird. Das ist interessant, weil der gleiche Unterschied wie eingangs gesagt für das Verhältnis zwischen dem lübischen und dem magdeburgischen Rechtskreis betont wird. Selbstverständlich gab es wichtige Städte, die nach Magdeburger Recht lebten. Doch das sächsisch-magdeburgische Recht erfasste räumlich und sachlich in stärkerem Maße als das lübische auch den Raum zwischen den Städten. Deshalb war es besser als das lübische geeignet und auch entsprechend erfolgreicher, als es an der Wende zur Neuzeit darum ging, die Rechtsordnungen für die entstehenden modernen Flächenstaaten zu vereinheitlichen.

Betont sei zweitens der Blick auf den herrschaftlichen und den genossenschaftlichen Anteil an der Übernahme bewährter Stadtrechte bei Neugründungen von Siedlungen. In der Regel erfolgte die Bewidmung durch Privileg, formal gesehen also von oben herab, durch einen Rechte gewährenden Herrscherakt. Doch die Stadtgründer konkurrierten durchaus um unternehmungslustige und vielleicht auch kapitalstarke Siedler, deren Verhandlungsposition man nicht unterschätzen darf. Die Privilegien hatten deshalb auch werbenden Charakter. Ohne attraktive Angebote bezüglich des rechtlichen Status der Siedler hätte sich kaum eine neue Siedlung etablieren können. Die Siedlungsrechte waren ihrem materiellen Gehalt nach Verträge, in die beide Seiten ihre Interessen einbrachten. Sowohl die Vorstellung großer bürgerlich-kaufmännischer Autonomie der Siedler als auch die Idee, die großen Geschlechter (Welfen, Zähringer) hätten als Stadtgründer einseitig ihre Interessen durchsetzen und Städte nach ihrem Gefallen beliebig gründen können, gehen fehl. Gewiss haben solche planmäßigen Akte der Herrschaftskonsolidierung gerade auch in frisch eroberten slawischen Gebieten eine wichtige Rolle gespielt. Deutlich wird das auf der eingangs abgedruckten Karte von Schwerin und seinen Tochter-Orten. Fast alle diese Orte liegen östlich, aber auf gleicher Breite, also im Hinterland der Ostsee mit ihren Hafenstädten. Das lässt den Zusammenhang mit der Ostsiedlung erkennen.

Später verkehrte sich die Interessenlage ins Gegenteil. Als es den Fürsten an der Wende zur Neuzeit um den Ausbau der Landesherr-

schaft zu einem territorialen Flächenstaat mit einheitlichen Rechtsverhältnissen innerhalb des Landes ging, störten die Sonderrechte der Städte. Erst recht musste es einem frühneuzeitlichen Herrscher ein Dorn im Auge sein, wenn Rechtsbeziehungen über die Landesgrenzen hinweg bestanden und namentlich Urteilsschelten bzw. Appellationen an Oberhöfe jenseits der Grenzen des eigenen Territoriums gingen. Die Gerichtsherrschaft war ein so wichtiger Teil der entstehenden Landesherrschaft, dass diese Rechtszüge die Autorität (seit Jean Bodin dann: Souveränität) der Fürsten in Frage stellten. Als etwa Schweden 1561 Reval, das heutige Tallinn, erwarb, beließ die Krone es bei seinem hergebrachten lübischen Recht, unterband aber den Rechtszug nach Lübeck und lenkte ihn an das alsbald gegründete Hofgericht in Dorpat um.²⁵ Aber auch die mecklenburgischen Herzogtümer und ihre nach lübischem Recht lebenden Hafenstädte sind gute Beispiele für den nunmehr störenden Charakter der vom Landrecht abweichenden Stadtrechtsverleihungen, die Jahrhunderte zuvor noch so modern gewirkt und einen nicht unwichtigen Anteil am Landesausbau und an der Anlockung neuer Siedler gehabt hatten.

Das Ergebnis dessen, was nun das „Schwerinsche Recht“ (um wenigstens einmal die in den Quellen üblichen Genitivform zu verwenden) und die Schweriner Stadtrechtsfamilie ausmacht, ist also vielschichtig. Doch wir sollten beim Aufräumen und Sortieren behutsam vorgehen und das Durcheinander des spätmittelalterlich-frühneuzeitlichen Quellenbefunds zunächst auf uns wirken lassen. Denn wer hat eigentlich das Bedürfnis nach klaren Definitionen, die Zeitgenossen des 13. bis 16. Jahrhunderts oder wir modernen Betrachter? Ein guter Teil der Diskussion um die Stadtrechtsfamilien kreist um Scheinprobleme, die ihren Ursprung dem modernen, nicht nur unter Juristen ausgeprägten Bedürfnis nach präziser Begriffsbildung verdanken und deshalb letztlich mehr über den Betrachter als

²⁵ HEIKKI PIJALAMÄKI, *Conquest and the Law in Swedish Livonia (ca. 1630–1710). A Case of Legal Pluralism in Early Modern Europe (The Northern World. North Europe and the Baltic c. 400–1700 AD. Peoples, Economies and Cultures 77)*, Leiden/Boston 2016, 130–135.

über den Gegenstand verraten. Die bunte historische Realität entzieht sich der klaren Kategorienbildung. Manch ein Zuhörer ist vielleicht enttäuscht, weil er eine klare Aussage darüber, was die Schweriner Stadtrechtsfamilie nun wirklich war, vermisst hat. Die Neigung, lieber zu dekonstruieren als neue Theorien aufzustellen, führt manchmal dazu, dass das sicher geglaubte Fundament eines Jubiläums erschüttert wird. Nur mit diesem Vorbehalt im Kopf sollten wir deshalb den runden Geburtstag unseres Jubilars feiern. Doch alles Gute und noch viele frische Jahre wünschen – das können wir auf jeden Fall.



Prof. Dr. Albrecht Cordes
(Foto: A. Amend-Traut)

Erreichtes und Perspektiven für die Erforschung der Rechtsgeschichte des Ostseeraums¹

Nils Jörn

Als wir diesen Nachmittag planten, haben wir überlegt, wie wir Dich und Dein reiches Schaffen, lieber Bernd, am besten würdigen könnten. Es wäre sicherlich am einfachsten gewesen, sich an Deinen wichtigsten Büchern und Aufsätzen zu orientieren, sie kurz zu charakterisieren und Dir zu bescheinigen, dass das wirklich wichtige Werke sind. Nun kennst Du Deine Werke aber selbst am besten, die meisten hier kennen sie auch und arbeiten immer wieder gern mit ihnen und außerdem stehen die ausgewählten Laudatoren natürlich nicht für den einfachsten Weg.

Sehr schnell kamen wir also auf eine andere Art, um Dich als Wissenschaftler und Menschen zu ehren. Welche Themen haben Dich besonders interessiert, wen hast Du dabei getroffen, mit wem hast Du erfolgreich zusammengearbeitet, was ist aus dieser Zusammenarbeit geworden und vor allem: Wie wird es weitergehen auf diesem Gebiet? Denn das ist ja das eigentlich wichtige am Leben eines Gelehrten: Gerät das, was er erforscht hat, schon bald in Vergessenheit oder wirkt es weiter und bleibt fruchtbar?

Es wirkt, dafür hast Du gesorgt und das will ich in aller Knappheit an wenigen Beispielen für die Rechtsgeschichte des Ostseeraumes zeigen. Warum ich mir den Ostseeraum gewählt habe, ist für einen gebürtigen Rügauer klar. Du bist zwar in Magdeburg geboren, hast aber wichtige Jahre Deiner Kindheit und Jugend in Stettin verbracht. Dein Vater war Direktor des dortigen Staatsarchivs und hat sich nicht nur als Vorsitzender der Historischen Kommission für Pommern mit

¹ Für die Veröffentlichung wurde der Vortragsstil beibehalten, das unwesentlich veränderte Manuskript wurde nur um wenige, notwendig erscheinende Fußnoten ergänzt.

bleibendem Erfolg für die Erforschung der pommerschen Geschichte eingesetzt, sondern auch Dich mit seiner Begeisterung für die Quellen und ihre Erschließung nachhaltig geprägt.²

Auch Du hast Dich bald für das Lübische Recht und für den Norden des Alten Reiches interessiert. Du konntest an die Forschungen Wilhelm Ebels zum Lübischen Recht anknüpfen und Du hast bei Deinen großen Projekten zur Erschließung von Quellen den Norden des Reiches ganz selbstverständlich mit einbezogen. Ob bei der Erforschung der Königlichen Gerichtsbarkeit im Mittelalter oder der Erschließung der Reichskammergerichtsakten – immer hast Du für eine adäquate Berücksichtigung des Nord- und Ostseeraumes gesorgt, die anderen Laudatoren werden das noch gebührend würdigen. Ich sage hier nur, dass es gewiss nicht an Dir lag, dass der pommersche Bestand der RKG-Akten neben Limburg als einziger unverzeichnet geblieben ist. Aber es gibt eben nicht nur hochbezahlte Fußballer, die den Ball partout nicht über die Torlinie kriegen, sondern auch hochbezahlte Landesarchivare, die es nicht schaffen, einen Antrag zu schreiben, der quasi schon bewilligt ist und da kannst dann auch Du nicht mehr helfen. Trotzdem schade.

Aber keine negativen Energien heute und in Deinen nächsten Jahren, kommen wir lieber zu Begegnungen, prägenden Begegnungen für beide Seiten. Eine entscheidende fand sicherlich vor ca. 50 Jahren statt, als Du auf Kjell Åke Modéer trafst, der heute leider nicht dabei sein kann. Wäre er hier, würde er sich in seiner blumigen Sprache als damaligen ABBA-Fan mit Schlaghosen outen, der von seinem akademischen Lehrer Sten Gagnér auf den Kontinent geschickt wurde

² Eine angemessene persönliche Würdigung seiner Verdienste in dieser Funktion ist bisher noch nicht erfolgt, eine gute Grundlage wurde aber mittlerweile gelegt in dem Band Nils Jörn/Haik Thomas Porada (Hg.), *Die Historische Kommission für Pommern. Bilanz und Ausblick (Forschungen zur Pommerschen Geschichte 47)*, Köln/Weimar/Wien 2018, vor allem in den Beiträgen von DIRK SCHLEINERT, *Die Gründung der Historischen Kommission für Pommern und die Jahre bis 1945*, in: a.a.O., 131–158; JÜRGEN PETERSOHN, *Die Historische Kommission für Pommern im Exil (1951–2001)*, in: a.a.O., 159–173.

und auf Dich traf, der den Auftrag erhalten hatte, sich um ihn zu kümmern.³ Mamma Mia! Aus diesem Auftrag wurde schnell sehr viel mehr, Dein Interesse für das Reichskammergericht und seine Wiederentdeckung des Wismarer Tribunals haben sich gegenseitig beflügelt und für sehr schöne Ergebnisse gesorgt. Kjell Åke hat 1975 sein großes Buch zum Tribunal vorgelegt und in Lund eine eigene Schule begründet, die bis heute dort wirkt und auf den gesamten Ostseeraum ausgestrahlt hat und ausstrahlt. Er engagiert sich zudem in den USA und in Vietnam und hat den Rechtsvergleich, mit dem Ihr beide Euch kennengelernt habt, zu seinem großen Thema gemacht.

Du selbst bist leider nie zu den Rechtshistorikern des Ostseeraumes gestoßen, ich weiß aber aus eigenem Erleben, wie Du uns aus der Ferne inspiriert hast. Ich nenne nur den von Dir herausgegebenen, bis heute lesenswerten Band zu den Höchstgerichten in Europa.⁴ Du hattest bei einem internationalen Wissenschaftlichen Kolloquium im Jahre 1993 klare Fragen vorgegeben, zu denen sich einzelne Länderexperten äußern sollten. Einige von ihnen sitzen heute hier und erinnern sich vielleicht noch daran, dass ihnen die Aufgabe damals recht sauer wurde. Diszipliniert einen Fragenkatalog abzuarbeiten ist ein Prinzip, das man bei Sammelbänden selten findet. Dieser aber wird bis heute sehr gut und mit Gewinn genutzt, weil man anhand der Fragen und Antworten tatsächlich hervorragend Rechts- und Institutionenvergleiche betreiben kann. Auch Gerichtshöfe, die seinerzeit nicht bearbeitet wurden, wurden später nach dem vorgegebenen Muster dargestellt, wie das Dorpater Hofgericht von Heikki Pihlajamäki,⁵ das Oberappellationsgericht Celle durch Stefan

³ Dazu BERNHARD DIESTELKAMP, Erinnerungen eines wissenschaftlichen Weggefährten und Freundes aus Westdeutschland, in: Bernhard Diestelkamp/Hans-Heinrich Vogel/Nils Jörn/Per Nilsén/Christian Häthén (Hgg.), *Liber Amicorum Kjell Å Modéer*, Lund 2007, 6 f.

⁴ BERNHARD DIESTELKAMP (Hg.), *Oberste Gerichtsbarkeit und zentrale Gewalt im Europa der Frühen Neuzeit* (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, künftig: QFHG 29), Köln/Weimar/Wien 1996.

⁵ HEIKKI PIHLAJAMÄKI, *Conquest and the law in Swedish Livonia*, Leiden 2017.

Andreas Stodolkowitz⁶ oder die Pommerschen Hofgerichte durch mich.⁷ Als das Svea Hofgericht vor wenigen Jahren sein 400. Gründungsjubiläum feierte und Mia Korpiola einen sehr inspirierenden Sammelband⁸ vorlegte, der begleitet wurde von einem Tagungsband zu diesem Ereignis,⁹ da wirkte Eure Konzeption zu den europäischen Höchstgerichten von 1993 implizit immer noch. Es ist beeindruckend, was daraus geworden ist.

Ich selbst durfte Dich Mitte der 1990er Jahre kennenlernen in einem Projekt zur Integration des südlichen Ostseeraumes in das Alte Reich, das Michael North in Greifswald initiierte, gemeinsam mit Kollegen aus Kiel und Augsburg.¹⁰ Ich weiß noch, wie sehr er sich freute, Dich nicht lange bitten zu müssen, um einen Besuch in Greifswald und einen Vortrag. Ich weiß auch, dass sich für uns an diesem Tag eine Welt eröffnete, die sich Gott sei Dank seither nie wieder verschlossen hat. Und hier kann ich aus eigenem Erleben etwas zum System Diestelkamp sagen, das ich damals kennengelernt und dann im Frankfurter Graduiertenkolleg, bei den Tagungen in Wetzlar und in vielen anderen Zusammenhängen immer wieder erlebt habe. Deine Offenheit, auf Menschen zuzugehen, ihnen zuzuhören, Dein sicheres Urteil, ob jemand nur ein Schwätzer ist oder wirklich für die Sache brennt, Deine Art, Vertrauen zu schenken, zu helfen, von Deiner Zeit zu geben, zu inspirieren, vorsichtig zu korrigieren, jemanden im besten Sinne des Wortes zu begleiten und ihm dabei zu

⁶ STEFAN ANDREAS STODOLKOWITZ, *Das Oberappellationsgericht Celle und seine Rechtsprechung im 18. Jahrhundert* (QFHG 59), Köln/Weimar/Wien 2011.

⁷ NILS JÖRN (Hg.), *Die Pommerschen Hofgerichte. Geschichte – Personal – Probleme der Forschung* (Schriftenreihe der David-Mevius-Gesellschaft 2), Hamburg 2007.

⁸ MIA KORPIOLA (Hg.), *The Svea Court of Appeal in the early modern period*, Stockholm 2014.

⁹ KJELL ÅKE MODEER/MARTIN SUNNQUIST (Hgg.), *Suum cuique tribuere. Legal contexts, judicial archetypes and deep structures regarding courts of appeal and judiciaries from early modern to late modern Europe*, Stockholm 2018.

¹⁰ NILS JÖRN/MICHAEL NORTH (Hgg.), *Die Integration des südlichen Ostseeraumes in das Alte Reich 1495–1806* (QFHG 35), Köln/Weimar/Wien 2000.

vertrauen, dass er aus sich heraus das meiste richtig machen wird und nur weniger Anstöße von außen bedarf, zeichnen Dich aus. Ich denke, viele in diesem Raum haben diese Erfahrung gemacht, viele schätzen Dich dafür und sind Dir sehr dankbar für Deine vertrauensvolle Begleitung.

Jedenfalls reichte dieser Nachmittag, um dafür zu sorgen, dass sich fortan in Greifswald mehrere Forscher mit der Rechtsgeschichte des Ostseeraumes beschäftigten, dass ein Graduiertenkolleg sich ein knappes Jahrzehnt lang dezidiert diesen Fragestellungen zugewendet hat,¹¹ dass heute ein Internationales Forschungszentrum Ostseeraum an der Greifswalder Universität seine Heimat gefunden hat,¹² dass Quellen erschlossen und Projekte konzipiert werden, die Dich und viele hier interessiert haben und interessieren dürften.

Es sei wenigstens noch schnell erzählt, dass zwar die pommerschen RKG-Akten noch unverzeichnet, die des Tribunals aber mittlerweile erschlossen sind und diese Erschließung online verfügbar ist und gut genutzt wird.¹³ Durch die Nutzung moderner Möglichkeiten werden diese Akten nun auch gescannt und sind bald alle digital im Netz verfügbar. Wir brauchen nur noch die Serverkapazitäten, um alle neuen Spielzeuge auch wirklich effektiv nutzen zu können und nutzbar zu machen, aber die sollten ja auch im ärmsten Zipfel eines der reichsten Länder der Welt eines schönen Tages zur Verfügung stehen.

Seit zwei Jahren eröffnet sich uns aber eine ganz neue Möglichkeit, die Dich und Sie alle sicherlich auch begeistern wird. Zusammen mit Kollegen aus Innsbruck und aus dem Universitätsarchiv Greifswald

¹¹ Siehe für eine kurze Vorstellung: <https://geschichte.uni-greifswald.de/arbeitsbereiche/fnz/fnz-forschung/grk-619-kontaktzone-mare-balticum/> (zuletzt besucht am 06.12.2019).

¹² Vorgestellt unter: <https://phil.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/> (zuletzt besucht am 08.01.2020).

¹³ <https://ariadne-portal.uni-greifswald.de/?s=Tribunal&cont=&arc=15&stc=17147&digi=0> (zuletzt besucht am 08.01.2020). Für die gedruckte Version siehe NILS JÖRN (Bearb.), Inventar der Prozeßakten des Wismarer Tribunals, Teil 1: Bestand des Archivs der Hansestadt Wismar, 8 Bände, Wismar 2008–2011.

haben wir im Archiv der Hansestadt Wismar ein DFG-Projekt zur Texterkennung von Rechtsquellen des Ostseeraumes gestartet. Die Innsbrucker Kollegen haben eine Software entwickelt, mit der man Handschriften transkribieren kann und helfen uns auf diese Weise, die Archivarbeit grundlegend zu modernisieren und den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Der Greifswalder Universitätsarchivar Dirk Alvermann und ich waren von dieser Möglichkeit so begeistert, dass wir verschiedene interessante Quellenbestände ausgesucht haben und sie online zur Verfügung stellen. Aus Greifswald kommen die Spruchakten der Juristenfakultät aus dem Zeitraum 1561 bis 1893 (ca. 102.000 Seiten), aus Wismar die Urteilsbegründungen des Obergerichts des Wismarer Rates von 1701 bis 1879 (ca. 25.000 Seiten) und die in Wismar liegende Rep. 29 des Landesarchivs Greifswald, in der sich die Urteilsbegründungen des Wismarer Tribunals zwischen 1746 und 1845 (ca. 130.000 Seiten) verbergen. Was sich mit diesem Projekt für ein phantastischer Einblick in das Rechtsdenken im Ostseeraum gewinnen lässt, ahnen Sie vielleicht. Lassen Sie es mich trotzdem wenigstens anreißen.

Die Greifswalder Juristenfakultät war in mehreren zehntausend Fällen aktiv und gutachtete seit ihrer Gründung im Jahre 1456 im Ost- und Nordseeraum für Parteien in der gesamten Bandbreite: Privatpersonen, Korpora wie Ämter oder Gesellschaften in Städten, Räte von Städten, Landesregierungen, Konsistorien, Hofgerichte – und das über mehr als 400 Jahre. Diese Gutachten sind bisher immer wieder von der Forschung befragt worden, bisher waren sie aber nur mangelhaft erschlossen und nie standen sie in ihrer Gesamtheit online zur Verfügung.¹⁴

Die scheinbar komplett erhaltenen Urteilsbegründungen am Wismarer Obergericht spiegeln das gesamte Rechtsleben in der Stadt über

¹⁴ Das Projekt wird beschrieben unter <https://rechtsprechung-im-ostseeraum.archiv.uni-greifswald.de/quellen/>. Auf dieser Internetseite befinden sich bisher drei Felder: Königliches Tribunal Wismar, Spruchkollegium der Greifswalder Juristenfakultät und Ratsgericht Wismar. Klickt man sie an, kann man die bisher in den einzelnen Bereichen lesbar gemachten Quellen sehen und mit ihnen arbeiten.

fast 200 Jahre und die Meinung der Richter zu Fällen von Diebstahl, Steuerhinterziehung, Raub, Mord, Schulden, Konkursen, Erbrecht, Ehebruch etc. pp. wider. Das Lübische Recht ist nach dem Erscheinen des Meviusschen Commentarius in vollem Schwange, bis 1879 wird daraus und aus anderen Kommentaren und lübischen Rechtsquellen zitiert und eifrig damit gearbeitet.

Ebenso am Tribunal, wo in 80 % der Fälle die Meinungen von Referent und Coreferent erhalten sind. Alle Relationen sind gezeichnet, d.h. bei Männern wie Augustin von Balthasar, der über 30 Jahre am Gericht diente, kann man sehen, wie sich seine Ansichten entwickeln, welche Literatur er kennt und zitiert, welchen Einfluss die Aufklärung, der Pietismus und andere Strömungen auf ihn haben. Die Relationen sind mit 20 bis 100 Seiten recht ausführlich, aber nicht geschwätzig, sondern bieten einen hervorragenden Einblick in das Rechtsdenken und in die juristische Argumentation der Zeit.

Eine sehr gute Nachricht habe ich für unsere Freunde aus dem Ostseeraum. Unser Projekt www.rechtsprechung-im-ostseeraum.de ist jederzeit erweiterbar. Wir können auf der Homepage neben den jetzt belegten beliebig viele Reiter anbringen und die könnten Dorpater Hofgericht oder Hofgericht Åbo oder Jönköping oder Greifswald oder Stettin heißen und dann hätten wir alle eine Seite, deren Besuch sich noch mehr lohnen würde als heute. Noch sind wir in der Anfangsphase, aber ich warne Sie schon mal. Und ganz ehrlich: Deinen 100. wollen wir ja auch angemessen feiern, lieber Bernd. So eine Seite, die nicht nur Rechtsquellen des Ostseeraums heißt, sondern diese tatsächlich vereint, wäre doch gewiss eine Idee ganz in Deinem Sinne.

Für ein Projekt zur Texterkennung eignen sich diese Quellengruppen jedenfalls in besonderer Weise. An allen Gerichten, ob an der Juristischen Fakultät, im Wismarer Rat oder am Tribunal saßen über Jahrzehnte nur wenige, uns bekannte, teilweise bereits modern biographierte Männer. Das gibt uns die Gelegenheit, ihre Handschrift zu identifizieren und in einem ersten Schritt ca. 20 bis 30 Seiten von ihnen buchstabengetreu zu transkribieren. Da das Programm lernfähig

ist, findet es im nächsten Schritt auf der Grundlage der transkribierten Seiten selbst heraus, was da steht, und es hat aktuell nach 30 transkribierten Seiten eine Trefferquote von 92 %. Mit jeden 10 weiteren transkribierten Seiten gewinnt man 1 bis 1,5 % Treffergenauigkeit hinzu, das heißt, nach weiteren 40 Seiten ist man bei ca. 98 % Entschlüsselungsrate. Da die meisten Richter 10 bis 40 Jahre an diesen Gerichten verbracht haben, bedeutet das, dass man mit ca. 60 bis 70 transkribierten Seiten das Lebenswerk eines solchen gelehrten Juristen knacken und für die Nachwelt aufbereiten kann. Die Software liest einfach alle weiteren von ihm produzierten Seiten mit ca. 98 % Treffergenauigkeit. Noch besser wird das Ergebnis, wenn man nach der Methode des sogenannten keyword spotting nach Begriffen sucht.¹⁵

Wir sind im Wismarer Stadtarchiv neben diesem Projekt dabei, unsere Rats- und Bürgermeisterprotokolle mit dieser Software zu erschließen, im Greifswalder Universitätsarchiv bereitet man die Konzilsprotokolle entsprechend vor. Stellen Sie sich die Chancen vor, wenn 250 Protokollbände, die bisher über Jahrhunderte einfach als Altpapier im Regal standen, weil sie nicht durch Indices erschlossen waren, mit einem Mal für die Forschung nutzbar werden. Ich bin jeden Tag wieder von dieser neuen Möglichkeit fasziniert, meine Kolleginnen lieben die Erfolgserlebnisse, die sie ihnen beschert und für Menschen wie Dich und mich, lieber Bernd, gibt es endlich die Chance, dass unsere Handschriften verstanden werden, unsere großen Gedanken, die bisher in unserem fröhlichen Gekrakel unentdeckt blieben, endlich enträtselt werden können – ich bin selbst gespannt, was dabei herauskommt. Es lohnt sich also, das alles noch eine Weile zu beobachten und zu begleiten, um das Schlimmste zu verhindern und Deinem

¹⁵ Die Erfahrungen mit TRANSKRIBUS beschreibt ANTJE LAASCH, TRANSKRIBUS. Der Beginn einer neuen Ära, in: Wismarer Beiträge 25 (2019), 78–85; DIES., Perspektiven für die Geschichtsschreibung zu Rügen in: NILS JÖRN, TRANSKRIBUS – neue Möglichkeiten für Forschungen zur Geschichte Rügens, in: RUGIA 2020 (im Druck).

Transkribenten den einen oder anderen zweckdienlichen Tipp zu geben, damit Du nicht komplett falsch verstanden wirst.

Und dann kannst Du von Deinem Göttinger Adlerhorst aus einfach nach Quellen suchen, die Dich interessieren. Wenn Du Dir z.B. bei Deinem nächsten Besuch in unserem schönen Bundesland die Frage stellst, warum es Jahre braucht, um ein Loch bei Grimmen in der A 20 zu stopfen, suche Dir im Netz die Tribunalsakte heraus zwischen der Pommerschen Landesregierung und der Rügener Ritterschaft, in der es um die Wegebesserungsanstalten auf Rügen geht. Die Landesregierung wollte wegen des schwedischen Militärs seit 1680 auf jeden Fall besser unterhaltene Wege, die Rüganner wehrten sich gegen den Mehraufwand und meinten bescheiden, für sie reiche völlig aus, was sie hätten. Sie wollten ja gar nicht von ihrer Insel runter und wer rauf wolle, der solle sich eben mit Geduld wappnen. Jedenfalls hatten sie keine Lust, höhere Steuern auf sich zu nehmen, um die Wege für die Zwecke der schwedischen Armee zu verbessern.

Und als die Rüganner es vor ein paar Jahren allein nicht mehr schafften, ihre Insel gegen den Ansturm nicht fremder Armeen, aber zahlloser Urlauber zu verteidigen, nahmen sie sich den immer gut frisierten Andreas Scheuer als Bundesverkehrsminister zur Hilfe und jetzt brauchen wir wirklich für jedes Loch in der Straße Jahre und haben unsere Ruhe! Wer je ein Beispiel suchen sollte für schöne Traditionen, der nehme einfach dieses und freue sich mit uns auf eine grandiose Zukunft. Um zu wissen, dass alles immer nur noch besser wird, muss man nicht unbedingt 90 werden, aber es hilft. Zu Deinem 100. sind wir gewiss noch schlauer und damit den möglichst viele von uns miterleben, soll es jetzt wohl einen Kaffee geben.



Dr. Nils Jörn
(Foto: A. Amend-Traut)

Bernhard Diestelkamp und die mittelalterliche Reichsgerichtsbarkeit

Peter Oestmann

Lieber Bernd, liebe Festgesellschaft,

es war im Herbst 1993. Ich war Doktorand in Göttingen und erhielt meinen ersten Brief aus Wetzlar. Es war die Einladung zu dem Abendvortrag eines Historikers. Für mich war das der reinste Schock. Der Vortragstitel war mein Dissertationsthema: Hexerei und Zauberei am Reichskammergericht.¹ Hatte mir jemand mein Thema weggenommen? Kann man promoviert werden, wenn es dieselbe Arbeit schon gibt? Viele Gedanken schossen mir durch den Kopf. In meiner Verunsicherung schrieb ich einen Brief an Professor Diestelkamp in Frankfurt. Ich fragte ihn, was ich machen sollte. Wenige Tage später erhielt ich die Antwort. Erstens würden Historiker und Rechtshistoriker methodisch deutlich anders arbeiten, deswegen seien Überschneidungen überhaupt nicht bedenklich. Und zweitens sollte ich doch einmal nach Frankfurt kommen und dort ein Rechtshistorisches Abendgespräch halten. Zunächst fuhr ich nach Wetzlar und hörte mir den Vortrag von Ralf-Peter Fuchs an. An diesem Abend lernte ich Bernd Diestelkamp kennen. Wenige Monate später war es dann soweit. Ich hielt als kleiner Doktorand in Frankfurt einen Vortrag über meine Dissertation,² und mehrere gestandene Professoren hörten zu. Hinterher luden sie mich ein, in das Graduiertenkolleg einzutreten. Das war eine wichtige Weichenstellung für mich.

¹ Schriftfassung später: RALF-PETER FUCHS, Hexerei und Zauberei vor dem Reichskammergericht. Nichtigkeiten und Injurien (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 16), Wetzlar 1994.

² Es ging in dem Vortrag um die Haltung des Reichskammergerichts zur *crimen exceptum*-Lehre in Hexenprozessen.

Bernd Diestelkamp war für mich in dieser Zeit der Inbegriff der Reichskammergerichtsforschung. Seine Frankfurter Antrittsvorlesung, gedruckt in der Festschrift für Adalbert Erler,³ hat selbst heute nach über 50 Jahren kaum an Glanz verloren. Fast alle historischen Befunde stimmen, die Fragestellungen und Methoden sind auch nach Jahrzehnten nicht veraltet. Hier spricht ein Forscher mit Liebe zu den Quellen, vor allem mit großer Kenntnis der Quellen. Es dauerte viele Jahre, bis ich bemerkte, dass bei allen Verdiensten um das Reichskammergericht die größte wissenschaftliche Leistung von Bernd Diestelkamp auf einem anderen Gebiet lag. Deswegen freue ich mich, dass ich hier einige Überlegungen zum Mediävisten Diestelkamp anbieten kann, insbesondere Beobachtungen zur Erforschung der Königsgerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter.

Den Forschungsstand der späten 1960er Jahre zur mittelalterlichen höchsten Gerichtsbarkeit kann man sich von heute aus betrachtet kaum noch vorstellen. In der Einleitung zum ersten Band der Urkundenregesten nennt Diestelkamp gleich in Fußnote eins diejenigen Werke, die damals als maßgeblich galten. Es waren die Lehrbücher von Schwerin/Thieme, Planitz/Eckhardt, Conrad und Mitteis/Lieberich.⁴ Die Aufzählung kommt einem geradezu gespenstisch vor und zeigt, wieviel sich in einem halben Jahrhundert geändert hat. Die Königsgerichtsbarkeit war in diesen klassischen germanistischen Gesamtdarstellungen eingepasst in die allgemeine Verfallsgeschichte. Der Glanz des Kaisertums sollte nach dem Ende der Stauferzeit schnell gesunken sein. Im Gegensatz zu England und Frankreich sei es nicht gelungen, eine wirkmächtige zentrale Gerichtsgewalt einzurichten.

³ BERNHARD DIESTELKAMP, Das Reichskammergericht im Rechtsleben des 16. Jahrhunderts, in: Hans-Jürgen Becker/Gerhard Dilcher/Gunter Gudian/Ekkehard Kaufmann/Wolfgang Sellert (Hgg.), Rechtsgeschichte als Kulturgeschichte. Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag, Aalen 1976, 435–480.

⁴ BERNHARD DIESTELKAMP, Einleitung zur Reihe „Urkundenregesten ...“, in: Ders., (Hg.), Urkundenregesten zur Tätigkeit des deutschen Königs- und Hofgerichts bis 1451 (URH), Band 1: Die Zeit von Konrad I. bis Heinrich VI. (911–1197), bearb. v. dems. u. Ekkehart Rotter, Köln/Wien 1988, VII, Anm. 1.

Außerdem hätten zahllose Evokations- und Appellationsprivilegien die Reichsgewalt ausgehöhlt. Diese starken Wertungen beruhten allesamt auf dem Hörensagen. Lediglich Otto Franklin hatte sich bereits in den 1860er Jahren die Mühe gemacht, die gedruckten Quellen auszuwerten und eine monographische Darstellung des Reichshofgerichts vorzulegen.⁵ Es gab vereinzelt landesgeschichtliche Tiefbohrungen, aber die wurden praktisch nicht wahrgenommen.

Hier setzte Diestelkamp an. Sein methodischer Ausgangspunkt war derjenige des seriösen Historikers: Vor der Wertung steht das Wissen. Deswegen ging es darum, die Tätigkeit des mittelalterlichen Königs- und Hofgerichts möglichst genau und umfassend nachzuzeichnen. Das war allerdings nicht einfach. Es gibt nämlich keine zentrale Quellenüberlieferung. Anders als beim späteren Reichshofrat, dessen Akten weitgehend geschlossen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien aufbewahrt sind,⁶ existiert kein einheitlicher Bestand zur höchsten Gerichtsbarkeit im Mittelalter. Man kann also die Arbeit des Königs- und Hofgerichts nur dann untersuchen, wenn man die Quellen in den Archiven der seinerzeit an den Verfahren Beteiligten ermittelt. Allerdings kann man ohne Kenntnis genau dieser Quellen nicht wissen, welche Parteien überhaupt in Verfahren am Reichshofgericht beteiligt waren. Die Antwort von Diestelkamp war schlicht und mit viel Aufwand verbunden: Dann muss man eben nach Quellen suchen. Mit dieser forschenden Neugier konnte er früh die Deutsche Forschungsgemeinschaft überzeugen. Seit 1970 finanzierte sie ein Vorprojekt. Später gab es dann verschiedene Förderungen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur sowie durch die Volkswagenstiftung.⁷ Heutzutage ist in der Wissenschaft viel von Drittmittelstärke die Rede. Zählt man

⁵ OTTO FRANKLIN, Das Reichshofgericht im Mittelalter, zwei Teile, Weimar 1867/69.

⁶ Bericht über das Erschließungsprojekt von WOLFGANG SELLERT, Vorwort, in: Ders. (Hg.), Die Akten des Kaiserlichen Reichshofrats, Serie 1: Alte Prager Akten. Band 1: A–D, bearb. v. Eva Ortlieb, Berlin 2009, 7–17.

⁷ Überblick bei DIESTELKAMP, Einleitung (Fn. 4), XV–XVII.

alles zusammen, gehört Bernd Diestelkamp sicherlich zu denjenigen Rechtshistorikern, die im Laufe ihrer Berufstätigkeit die höchsten Fördermittel überhaupt eingeworben haben. Das hängte er nie an die große Glocke, es wurde auch wenig darüber gesprochen. Aber allein mit Lehrstuhlmitteln wäre es völlig ausgeschlossen gewesen, dieses Projekt in Angriff zu nehmen.

Die Suche nach den Quellen vollzog sich auf zweierlei Weise. Zum einen erschlossen Diestelkamp und seine Mitarbeiter gedruckte Quellensammlungen. Kaiser- und Königsurkunden stießen schon in der Reichspublizistik im 17. und 18. Jahrhundert auf Interesse, gingen später in die *Monumenta Germaniae Historica* ein und sind auch in den *Regesta Imperii* nachgewiesen. Aber der römisch-deutsche Herrscher richtete bekanntlich nicht immer in Person. Seit 1235 gab es einen Hofrichter, später dann häufig Verlagerungen von Streitschlichtungen auf kommissarisch beauftragte Richter. Regionale Urkundenbücher weisen diese Quellen für die ältere Zeit meistens nach. Deswegen ging es zum einen darum, alle gedruckten Quellensammlungen nach einschlägigen Hinweisen durchzumustern. Allerdings stößt man hier schnell an seine Grenzen. Die zunehmende Schriftlichkeit im Mittelalter lässt von Jahrhundert zu Jahrhundert die Überlieferung anschwellen. Der vollständige Abdruck von urkundlichen Quellen ist damit ab einem bestimmten Zeitpunkt ausgeschlossen. Hier gibt es regionale Schwankungen. Aber spätestens ab der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts lassen sich einschlägige Quellen nur noch im Archiv entdecken. Hier entwickelten Diestelkamp und seine Mitstreiter ein großes Fingerspitzengefühl. Vor allem Friedrich Battenberg war dem Projekt über lange Jahre verbunden⁸ und beteiligte sich an der Archivarbeit, hauptsächlich in Süddeutschland. Diestelkamp selbst bereiste den Norden. Das erforderte damals auch zahlreiche Besuche in Archiven der DDR und der ehemaligen Ostgebiete. Für die 1980er

⁸ Erster von ihm bearbeiteter Band: FRIEDRICH BATTENBERG (Bearb.), *Urkundenregesten* (Fn. 4), Band 5: Die Zeit Ludwigs des Bayern und Friedrichs des Schönen 1314–1347, Köln/Wien 1987.

Jahre waren das ungewöhnliche Forschungsgegenstände und immer ein wenig abenteuerliche Reisen. Aber die Quellenfunde sprachen für sich. Zusätzlich zu den im Druck zugänglichen Urkunden kamen scharenweise weitere Quellen hinzu. Den Aufwand kann man ermitteln, wenn man zählt, aus welchen Beständen die einschlägigen Quellen stammen. Die in Band 10 der Urkundenregesten versammelten Dokumente stammen aus 92 Archiven,⁹ in Band 16 sind es 75 Archive, in denen die einschlägigen Urkunden lagern.¹⁰ Besonders unübersichtlich ist die ältere Zeit. Band 1 der Urkundenregesten, der den Zeitraum bis zum Ende des 12. Jahrhunderts abdeckt, beruht auf der Auswertung von 151 Archiven und Bibliotheken.¹¹ Wer selbst schon im Archiv gearbeitet hat, weiß, was das bedeutet. Die Quellenmasse wuchs und wuchs. Der wissenschaftliche Ertrag des Erschließungsvorhabens wurde auf diese Weise zugleich zu einem Nachteil. Es gab plötzlich viel mehr Urkunden, als man im Voraus hatte wissen können. Damit ließen sich alle Zeitpläne nicht einhalten, wenn eine einmal gewählte Erschließungsdichte beibehalten werden sollte. Es erwies sich als völlig ausgeschlossen, zu Lebzeiten eines einzelnen Projektleiters den gesamten Zeitraum bis zum Ende des Hofgerichts 1451 nachzuweisen. Wesentliche Vorarbeiten sind gemacht, Tausende von Belegen befinden sich in gut geführten Karteikästen. Aber die Veröffentlichung der Regestenbände reicht nur bis 1410 und hat damit ihren Abschluss gefunden.¹² Die dann fehlenden 40 Jahre bis 1451 lassen die Quellen explosionsartig anschwellen. Nicht nur die Zunahme an Schriftlichkeit, sondern auch die Verdichtung von Herrschaft wird auf diese Weise allein an den bloßen Zahlen ganz anschaulich.

Damit ist es geboten, auf die Ergebnisse der Quellenerschließung einzugehen. Die vielen tausend Urkunden, die Diestelkamp und seine Mitarbeiter über Jahrzehnte gesammelt haben, belegen auf den ersten

⁹ URH X, XXXIII–XXXV.

¹⁰ URH XVI, LV–LVII.

¹¹ URH I, LII–LV.

¹² URH XVII, bearb. v. UTE RÖDEL, Köln/Weimar/Wien 2019.

Blick, dass die Königsgerichtsbarkeit im deutschen Mittelalter existiert hat und auch umfassende Aktivitäten entfaltete. Von Verfall oder Bedeutungslosigkeit lässt sich schwerlich sprechen, wenn etwa allein aus dem Jahr 1372 100 einschlägige Quellen überliefert sind,¹³ von 1393 113,¹⁴ von 1404 sogar 137.¹⁵ Das sprichwörtliche Vetorecht der Quellen hat die leichtfertigen Vorurteile schnell und dauerhaft widerlegt. Viel schwieriger sieht es aber mit der inhaltlichen Auswertung des Quellenmaterials aus. Es ging Diestelkamp um die Erschließung der Quellen aus der „streitentscheidenden, streitschlichtenden oder anderen gerichtsförmigen Tätigkeit des deutschen Königs“.¹⁶ Bei allen Abgrenzungsschwierigkeiten und bei aller Ausweitung auf Formen der delegierten Gerichtsbarkeit schält sich damit eine besondere Form von Rechtsprechung heraus. Die Quellen erschienen seit 1986¹⁷ in Regestenform, sind inhaltlich sehr sorgfältig zusammengefasst und durch feinmaschige Register leicht benutzbar. Zahlreiche Historiker und Rechtshistoriker haben dieses Material umfassend genutzt, gerade auch Friedrich Battenberg.¹⁸ Hier soll es darum gehen, welche Erkenntnisse Diestelkamp selbst gewonnen hat.

Einige Wegmarken deutet er in der Einleitung zum ersten Band des Regestenwerks bereits an. Zunächst relativiert Diestelkamp den Mainzer Reichslandfrieden von 1235. Mit der Schaffung des Hofrichteramtes bildet er zwar einen bedeutenden Etappenschritt für die Verfestigung der Königsgerichtsbarkeit, nicht aber einen echten

¹³ URH X, Nr. 1–100.

¹⁴ URH XIII, Nr. 1–113.

¹⁵ URH XVI, Nr. 1–137.

¹⁶ URH I, XX.

¹⁷ Zuerst erschien Band 3: Die Zeit Rudolfs von Habsburg 1273–1291, bearb. v. BERNHARD DIESTELKAMP u. UTE RÖDEL, Köln/Wien 1986.

¹⁸ Hierzu die Vorworte in den beiden Qualifikationsschriften: FRIEDRICH BATTENBERG, Gerichtsschreiberamt und Kanzlei am Reichshofgericht 1235–1451 (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich [QFHG] 2), Köln 1974, XI–XII; DERS., Reichsacht und Anleite im Spätmittelalter. Ein Beitrag zur Geschichte der höchsten königlichen Gerichtsbarkeit im Alten Reich, besonders im 14. und 15. Jahrhundert (QFHG 18), Köln/Wien 1986, 1–5.

Wendepunkt.¹⁹ Denn schon vor 1235, schon zur Zeit Friedrich Barbarossas, nahm die gerichtliche Tätigkeit des römisch-deutschen Herrschers deutlich zu. Wenn überhaupt, liegt die Wendemarke also in der Mitte des 12. Jahrhunderts und dann wieder um 1340.²⁰ Hier beginnt sich die Anbindung des Hofrichters an die Person des Herrschers zu lösen. Die Institution wird nach und nach greifbar, vor allem nach 1400, als im Siegel das Hofgericht als eigene Behörde auftrat. Um die Verfestigung von Institutionen am Hofe gab es literarische Auseinandersetzungen, unter anderem zwischen Peter Moraw und Friedrich Battenberg.²¹ Diestelkamp konnte aufgrund seiner Quellenkenntnisse jederzeit den Standpunkt Battenbergs unterstützen. So wies Diestelkamp insbesondere darauf hin, dass der Name Reichshofgericht tatsächlich in den Quellen auftaucht und nicht lediglich eine Rückprojektion der modernen Rechtsgeschichte ist.²²

Mehrfach rückt Diestelkamp in seinem Spätwerk gängige Vorurteile der Forschung zurecht. Ich wunderte mich nicht schlecht, dass ich auf der ersten Seite seines 2014 erschienenen Buches zur Königsgerichtsbarkeit gleich zweimal kritisiert wurde.²³ Irgendwo hatte ich unbedacht vom König als oberstem Richter geschrieben und damit ältere Formulierungen übernommen.²⁴ Diestelkamp ist so ehrlich und

¹⁹ URH I, XII.

²⁰ URH I, S. XII–XIII.

²¹ PETER MORAW, Zum königlichen Hofgericht im deutschen Spätmittelalter, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 121 (1973), 307–317; DERS., Noch einmal zum königlichen Hofgericht im deutschen Spätmittelalter, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 123 (1975), 103–114.

²² Quellenbelege u. a. in: URH X, Nr. 279, URH XII, Nr. 126, 204, URH XVI, Nr. 35; zur Terminologie auch KARL-FRIEDRICH KRIEGER, König, Reich und Reichsreform im Spätmittelalter (Enzyklopädie deutscher Geschichte 14), 2. Aufl., München 2005, 90–92.

²³ BERNHARD DIESTELKAMP, Vom einstufigen Gericht zur obersten Rechtsmittelinstanz. Die deutsche Königsgerichtsbarkeit und die Verdichtung der Reichsverfassung im Spätmittelalter (QFHG 64), Köln/Weimar/Wien 2014, 17.

²⁴ PETER OESTMANN, Rechtsverweigerung im Alten Reich, in: ZRG GA 127 (2010), 51–141, hier 51.

zitiert sogar seine eigene Einleitung zu den Urkundenregesten, in der er ebenfalls die falsche Lehrmeinung übernommen hatte. Dann folgt eine messerscharfe Deduktion des damals 85-Jährigen. Die Rede vom obersten Richter setzt nämlich voraus, dass es Stufenverhältnisse zwischen verschiedenen Arten von Gerichten gab. Aber im ungelehrten Recht mit seinem einstufigen Verfahren konnte es immer nur einen Richter geben, nämlich den, der gerade über den jeweiligen Fall richtete. Wenn der König kam, mochten zwar alle anderen Gerichte ledig werden, wie es schön poetisch im Sachsenspiegel heißt. Aber gerade dann gab es ja nur einen Richter, nämlich den König, und nicht einen zweiten Richter unter ihm.²⁵ Diese Überlegung war für Diestelkamps Zugriff auf die Rechtsgeschichte ungewöhnlich, denn Deduktion und sprachliche Haarspalterei waren nie sein Ding. Es spricht für die Neugier des Forschers, dass Diestelkamp sich deswegen mit seiner eigenen Antwort nicht zufriedengab. Er stieg wieder in die Quellen ein, inzwischen im Alter von 89 Jahren, und schrieb seinen letzten Aufsatz, erschienen im Juni 2019 in der Savigny-Zeitschrift.²⁶ Auf über 35 Seiten dreht er die Formel vom König als oberstem Richter hin und her und prüft vor allem, wann und in welchem Verwendungszusammenhang die Quellen den König als obersten Richter bezeichneten. Und plötzlich wird wieder alles handfest und konkret. Ein Landrichter namens Swigger von Gundelfingen sprach am 15. Oktober 1331 zum ersten Mal vom Königsgericht als oberstem Gericht und hatte hier wirklich die gemeinrechtliche Vorstellung von Über- und Unterordnung im Sinn.²⁷ Der Landrichter hatte gut reden, denn sein Vater war zu dieser Zeit Hofrichter. Ab diesem Zeitpunkt taucht die Formulierung in den Quellen immer wieder auf und wurde bis 1377 zur Selbstverständlichkeit. Hier hat man es also mit einer Wahrnehmungsveränderung in der Mitte des 14. Jahrhunderts zu tun.

²⁵ DIESTELKAMP, Vom einstufigen Gericht (Fn. 23), 18–20.

²⁶ BERNHARD DIESTELKAMP, Der deutsche König als oberster Richter im Hoch- und Spätmittelalter. Eine neue Positionsbestimmung, in: ZRG GA 136 (2019), 94–129.

²⁷ DIESTELKAMP, Der deutsche König (Fn. 26), 102, 123.

Nur die genaue Kenntnis großer Quellenmassen ermöglicht es, solche Forschungsergebnisse zu erzielen.

Auch in einem anderen Punkt ist der wissenschaftliche Ertrag von Diestelkamps Spätwerk geradezu aufregend. Sehr genau hat er nämlich Urkundenbestätigungen unter die Lupe genommen. Schon seit Längerem kannte man verschiedene Verfahrensformen am Reichshofgericht, unter anderem auch quasinotarielle Verfahren.²⁸ Gemeint ist damit, dass sich nicht kontradiktorisch zwei Streitparteien gegenüberstanden, sondern dass das Gericht mit einer Urkundenbestätigung Rechtsfrieden schaffen sollte. Diestelkamp sah sich solche Fälle genauer an.²⁹ Dabei stellte er fest, dass diejenigen Urteile, um deren Bestätigung es ging, oftmals ganz neu waren. Es konnte also nicht darum gehen, irgendetwas vor dem Vergessen zu bewahren. Gleichzeitig gaben diejenigen Parteien, die eine Urteilsvidimierung anstrebten, zu erkennen, dass es ihnen nicht lediglich um eine Beglaubigung ging. Vielmehr erhofften sie sich einen höheren Nachdruck des Urteils, wenn nicht nur ein territorialer Richter, sondern der Königshof mit seiner Autorität dahinterstand. Dieser Erwartungshaltung entsprach es, wenn auf der anderen Seite das Hofgericht die Rechtmäßigkeit der Urkunde prüfte. Mehrere Einzelfälle seit den 1350er Jahren zeigen genau diese Verfahrensweise. Nach meinem Eindruck hat Diestelkamp hier ein geradezu spektakuläres Ergebnis erzielt. Offenbar gibt es also eine deutschrechtliche Wurzel für einen Instanzenzug oder für Rechtsmittel, worüber man bisher fast nichts wusste.³⁰ Nicht die Anfechtung von Entscheidungen, sondern die Bekräftigung von Entscheidungen brachte hier den königlichen Richter ins Spiel. Diese Form von Königsgerichtbarkeit stand in der Spätphase im Zentrum der Aktivitäten. In den letzten Jahren vor dem

²⁸ URH I, XXV; FRIEDRICH BATTENBERG, Art. Reichshofgericht, in: HRG IV (1990), Sp. 615–626, hier 622.

²⁹ DIESTELKAMP, Vom einstufigen Gericht (Fn. 23), 46.

³⁰ Zum Forschungsstand LEOPOLD AUER/EVA ORTLIEB (Hgg.), *Appellation und Revision im Europa des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit* (Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs 3), Wien 2013.

Erlöschen des Gerichts gab es überhaupt keine kontradiktorischen Verfahren mehr. Kaum zufällig ist in einem der ersten Vidimierungswünsche von 1359 ausdrücklich vom Königsgericht als oberstem Gericht im Reich die Rede. Durch diese Beurkundungspraxis gab es einen institutionellen Zusammenhang zwischen den territorialen Gerichten und der Reichsgerichtsbarkeit, ohne die formale Einstufigkeit des Verfahrens zu sprengen. Es lohnt sich, über solche Quellenbefunde nachzudenken.

Als absehbar wurde, dass Bernd Diestelkamp sein Urkundenprojekt nicht zu Ende führen konnte, bot er mir damals an, mir seine gesammelten Materialien zu schenken. Irgendwann besuchte ich ihn deshalb in Kronberg. Zur Begrüßung gab es Tomatensaft, eines der wenigen Getränke, die ich überhaupt nicht mag. Zum Glück standen Salz und Pfeffer bereit, um meine Geschmacksnerven zu betäuben. Nach einem sehr netten Abend fuhr ich mit einem gut gefüllten Kofferraum voller Karteikästen nach Hause. Ich versuchte in den folgenden Jahren, ein neues Akademieprojekt für die Regesten zwischen 1411 und 1451 anzustoßen. Aber der Wind hat sich gedreht. Es gab zwar mehrere äußerst positive, teils ausländische Gutachten, aber nach zwei Jahren wurde das Projekt abgelehnt. Zahlreiche Akademievorhaben wurden nämlich innerhalb der geplanten Laufzeit nicht fertig. Die Kosten für die Verlängerung zog man leider von den Mitteln für Neuanträge ab, und plötzlich war kein Geld mehr da. Ich empfinde es als große Verpflichtung, eine Lösung für das schon weit vorangeschrittene Regestierungsvorhaben zu finden. Im Moment bin ich aber noch ratlos, wie das geschehen soll.

Im Zusammenhang mit der mittelalterlichen Königsgerichtsbarkeit beschäftigte sich Diestelkamp nicht nur mit dem Reichshofgericht. Auch das Königliche Kammergericht geriet in sein Blickfeld. 2004 legte Diestelkamp zusammen mit Friedrich Battenberg die Protokoll-

und Urteilsbücher des Kammergerichts von 1465 bis 1480 vor.³¹ In einem zweiphasigen DFG-Projekt hatten Mitarbeiterinnen³² die Transkription der Handschriften besorgt. Im Gegensatz zu den Urkundenregesten des Hofgerichts entschlossen sich Diestelkamp und Battenberg in diesem Fall zur Volltextedition. Diese Form der Quellenedition ermöglicht es, die allmähliche Romanisierung des Prozessrechts sehr genau nachzuvollziehen. Ich habe dort einen Fall entdeckt, in dem sich die Parteien darum streiten, ob sie überhaupt der Gerichtsgewalt des Kammergerichts unterfallen.³³ Angeblich besaß nämlich jemand das Privileg, dass er nur vom Reichshofgericht und von Rittern gerichtet werden sollte. Aber am Kammergericht saß Kaiser Friedrich III. in Person mit seinen Juristen, und die Gegner wiesen darauf hin, dass das Kammergericht höher sei als das nicht mehr gehaltene Hofgericht. Die Herausgeber hatten also einen guten Riecher, als sie sich dafür entschieden, diese Quellen zu veröffentlichen. Diestelkamp selbst konnte anhand seiner Beschäftigung mit dem Kammergericht zugleich eine bisher unklare Datierungsfrage beantworten. Das Königliche Kammergericht wurde demnach nicht 1415 gegründet, sondern ist unter diesem Namen bereits seit 1400 nachweisbar.³⁴

Bekanntlich stand das Kammergericht, vor allem ab etwa 1470, für das gelehrte Recht, das Hofgericht dagegen für das überkommene dinggenossenschaftliche Verfahren. Schon 1998 hatte sich Bernd

³¹ FRIEDRICH BATTENBERG/BERNHARD DIESTELKAMP (Hgg.), Die Protokoll- und Urteilsbücher des Königlichen Kammergerichts aus den Jahren 1465 bis 1480. Mit Vaganten und Ergänzungen (QFHG 44), Köln/Weimar/Wien 2004.

³² Christine Magin und Julia Maurer.

³³ PETER OESTMANN, Lübisches und sächsisch-magdeburgisches Recht in der Rechtspraxis des spätmittelalterlichen Reiches, in: Heiner Lück/Matthias Puhle/Andreas Ranft (Hgg.), Grundlagen für ein neues Europa. Das Magdeburger und Lübecker Recht in Spätmittelalter und Früher Neuzeit (Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts 6), Köln/Weimar/Wien 2009, 183–222, hier 195–200; derselbe Fall taucht auch auf bei PETER OESTMANN, Wege zur Rechtsgeschichte: Gerichtsbarkeit und Verfahren, Köln/Weimar/Wien 2015, 139–152.

³⁴ DIESTELKAMP, Vom einstufigen Gericht (Fn. 23), 27.

Diestelkamp mit der „Durchsetzung des Rechtsmittels der Appellation im weltlichen Prozeßrecht Deutschlands“ beschäftigt.³⁵ Im Ausgangspunkt unterschied er typologisch Rechtszug und Appellation und lehnte sich hier unter anderem an Arbeiten von Jürgen Weitzel³⁶ an. Dann untersuchte er Appellationsprivilegien, Quellen aus dem Königsgericht bis 1451 sowie Quellen des Kammergerichts aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Am Ende gab es eine deutliche Ausweitung. Der Übergang vom Rechtszug zum Rechtsmittel kennzeichnet für Diestelkamp einen „tiefgreifenden Wandel der Rechtskultur und der Verfassung“ des Alten Reiches.³⁷ Immer stärker wurde ihm klar, dass Recht das einzige Band war, welches das Heilige Römische Reich zusammenhielt.³⁸ Solche großen Sätze liest man bei ihm eher selten. Aber immer, wenn er sich aus der Deckung der Einzelquellen hinauswagt, sieht man einen Forscher, der trotz seiner Liebe zu Urkunden und Akten den Blick auf größere Zusammenhänge nicht aus den Augen verliert.

Wenn es hier darum geht, Bernd Diestelkamp als Mediävisten der Königsgerichtsbarkeit zu würdigen, muss nochmals der Blick auf seine letzten größeren Veröffentlichungen fallen. Nach seinen mediävistischen Qualifikationsschriften aus den 1960er Jahren³⁹ steht am Ende

³⁵ BERNHARD DIESTELKAMP, Die Durchsetzung des Rechtsmittels der Appellation im weltlichen Prozeßrecht Deutschlands (Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz. Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse 1998/2), Stuttgart 1998.

³⁶ Danksagung Weitzels an seinen Doktorvater Diestelkamp in: JÜRGEN WEITZEL, Der Kampf um die Appellation ans Reichskammergericht. Zur politischen Geschichte der Rechtsmittel in Deutschland (QFHG 4), Köln/Wien 1976, X; zum Mittelalter DERS., Über Oberhöfe, Recht und Rechtszug. Eine Skizze (Göttinger Studien zur Rechtsgeschichte 15), Göttingen 1981.

³⁷ DIESTELKAMP, Appellation (Fn. 35), 22.

³⁸ DIESTELKAMP, Appellation (Fn. 35), 24.

³⁹ BERNHARD DIESTELKAMP, Die Städteprivilegien Herzog Ottos des Kindes, ersten Herzogs von Braunschweig-Lüneburg (1204–1252) (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens 59), Hildesheim 1961; DERS., Das Lehnrecht der Grafschaft Katzenelnbogen (13. Jahrhundert bis 1479). Ein Beitrag zur Geschichte des spätmittelalterlichen deutschen Lehnrechts, insbesondere zu seiner

seines wissenschaftlichen Schaffens die Beschäftigung mit der mittelalterlichen Gerichtsbarkeit. Nach dem eher harmlosen Buch über Freienseen von 2012⁴⁰ stellt das schmale Bändchen „Vom einstufigen Gericht zur obersten Rechtsmittelinstanz“, 2014 erschienen, eine wichtige Forschungsmonographie dar. Auch der Aufsatz von 2019 über den König als obersten Richter zeigt noch einmal den kraftvollen Zugriff auf größere Quellenbestände, eine frische Fragestellung und gut begründete Ergebnisse.

Vor einiger Zeit beteiligte sich Bernd Diestelkamp an einer Werbeaktion, die ich auf meiner Homepage gestartet habe. Sie heißt „Ich betreibe Rechtsgeschichte“. Jeder Interessent ist eingeladen, in einem kleinen Beitrag zu sagen, was ihn oder sie an der Rechtsgeschichte begeistert. Im März 2019 gab Bernd seinen Text ab. Er schrieb ganz am Ende: „Unabhängig von (...) Erkenntnisgewinnen für das Verständnis der Gegenwart hat mich von Anfang an fasziniert, nach handschriftlichen Quellen und Büchern Konturen der Vergangenheit nachzuzeichnen, die sich nach und nach mit Farbe füllten und ein neues Bild der Vergangenheit ergaben. Diese Faszination des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses hat mich mein ganzes Leben lang zu immer neuen Entdeckungsreisen in die Vergangenheit bewegt. Sie hat auch im hohen Alter nicht nachgelassen.“

Das ist ein würdiger Schlusssatz unter ein bedeutendes Lebenswerk. Ich wünsche Dir, lieber Bernd, weiterhin viel Neugier auf geistige Entdeckungsreisen. Zahlreiche Jüngere haben Dir viel zu verdanken und freuen sich, wenn Du ihnen als Gesprächspartner noch eine Weile zur Verfügung stehst.

Herzlichen Glückwunsch zum 90. Geburtstag.

Auseinandersetzung mit oberitalienischen Rechtsvorstellungen (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, N.F. 11), Aalen 1969.

⁴⁰ BERNHARD DIESTELKAMP, Ein Kampf um Freiheit und Recht. Die prozessualen Auseinandersetzungen der Gemeinde Freienseen mit den Grafen zu Solms-Laubach, Köln/Weimar/Wien 2012.

Reichskammergerichtsforschung – was ist vollbracht, was bleibt zu tun?

Anja Amend-Traut

Vor einigen Wochen las ich den Bericht des Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes (DHV), Bernhard Kempen, anlässlich des Jahresrückblicks 2018.¹ Dort stellte er die Frage, ob auch die Wissenschaft – ebenso wie die Justiz – erschöpft sei und bezog sich auf eine Äußerung der Präsidentin des Bundesgerichtshofes, Bettina Limperg, in der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW).

Für beide Felder, Justiz und Wissenschaft, gibt es sicher zahlreiche Gründe, einen Erschöpfungszustand zu bejahen, sei es einerseits wegen der als „mangelhaft empfundenen Wertschätzung durch [den] Haushaltsgesetzgeber ... und einer Gesellschaft ..., die nicht mehr von selbst Respekt und Anerkennung für den Berufsstand der Richter und Staatsanwälte mitbringt“,² sei es andererseits wegen der zunehmenden Ökonomisierung und Kommerzialisierung der Hochschulen mit dem damit einhergehenden Druck auf den einzelnen Wissenschaftler, immer mehr Drittmittel einwerben zu müssen, und der entgegen der grundrechtlich geschützten Forschungsfreiheit immer weiter um sich greifenden politischen Forschungslenkung, um nur zwei Aspekte herauszugreifen.

Aber: Hier und heute ist es nicht angezeigt, darüber zu grübeln. Denn für die Schnittmenge von Justiz und Forschung, und hier insbesondere die *rechtshistorische* Justizforschung, besteht für die Suche nach der Wahrheit nach wie vor eine große Freiheit, es gibt sie hier, die intellektuelle Herausforderung. Sie ist es wiederum, die das Selbstbewusstsein zu verleihen imstande ist, Fragen intrinsisch nachzugehen, und zwar auch ohne bestimmte zukunftsweisende

¹ BERNHARD KEMPEN, Bericht des Präsidenten, in: DHV Jahresbericht 2018, 3–30, hier 3.

² BETTINA LIMPERG, Erschöpfte Justiz!?, in: NJW-aktuell 34/2018, 3.

Modelle zu konzipieren, sondern schlicht Forschung als Selbstzweck zu betreiben und dabei mit Freude gemeinsam mit nachfolgenden Wissenschaftlergenerationen zusammenarbeiten bzw. neue Fragen zur Beantwortung weitergeben zu können. Idealtypisch hat den Bereich der rechtshistorischen Justizforschung auf die beschriebene Weise Bernhard Diestelkamp abgeschritten, der im Jahr 2002 in einem Brief an Heinz Mohnhaupt schrieb: „Für mich gilt der Grundsatz: Ich werde Wissenschaft betreiben, solange die Jüngerer von mir noch etwas hören oder lesen wollen. Wenn ich nicht mehr angefragt werde, hört es von allein auf.“ In Anbetracht der derzeitigen und künftigen Forschungsprojekte zur Höchstgerichtsbarkeit wage ich eine Prognose: Es hört nicht auf! Maßgeblichen Anteil an der Lebendigkeit des Forschungszweiges der Justizgeschichte hat unser heutiger Jubilar, der ohne jegliche Übertreibung als Nestor der modernen Reichskammergerichtsforschung bezeichnet werden darf,³ und er ist es, der für die „Jungen“ stets ein offenes Ohr hatte und hat – ich selbst gehörte einmal dazu und bin ihm für so Vieles dankbar.

Wie weitsichtig die seinerzeitigen Erkenntnisse Bernd Diestelkamps waren, wird daran deutlich, dass die in seiner Frankfurter Antrittsvorlesung im Sommersemester 1968 genannten Überlegungen – soweit sie denn mittlerweile untersucht wurden – sämtlich Bestätigung gefunden haben. Mit wenigen Ausnahmen war die Geschichte des Reichskammergerichts seit seiner Auflösung 1806 bis zu dieser Zeit ein „vernachlässigtes Forschungsfeld“.⁴ Dabei galt es

³ So auch die Widmung des Bandes, der die Ergebnisse jahrzehntelanger reichskammergerichtlicher Forschung auf der Grundlage der von Bernhard Diestelkamp initiierten Inventarisierung der Gerichtsakten zusammenfasst, Friedrich Battenberg/Bernd Schildt (Hgg.), *Das Reichskammergericht im Spiegel seiner Prozessakten. Bilanz und Perspektiven der Forschung* (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich [QFHG] 57), Köln/Weimar/Wien 2010.

⁴ BERND DIESTELKAMP, *Das Reichskammergericht im Rechtsleben des 16. Jahrhunderts*, in: Hans-Jürgen Becker u.a. (Hgg.), *Rechtsgeschichte als Kulturgeschichte. Festschrift für Adalbert Erler*, Aalen 1976, 435–480, hier 435. Einen Überblick über

der Nachwelt durchaus als „ehrwürdige[s] und des achtenden Andenkens der Nachwelt würdige[s] Tribunal“,⁵ denn seine Geschichte „konnte für einen bedeutenden Leitfaden durch die verworrenen deutschen Ereignisse gelten“ – so schon die Einschätzung des jungen Goethe anlässlich seines bevorstehenden Praktikums am Reichskammergericht.⁶

Bernhard Diestelkamp gab diesem gerade aufkeimenden Forschungszweig wesentliche, wenn nicht *die* entscheidenden Impulse, als er dann zwischen 1968 und 1970 zunächst in sämtlichen deutschen Archiven deren noch erhaltene Quellen zum Reichskammergericht erfragte⁷ und auf der Grundlage des Umfrageergebnisses 1973 auf den Wert des Aktenmaterials für die Forschung einerseits und dessen unzureichende Erschließung andererseits hinwies.⁸ Auch um die künftigen Ergebnisse dieses Forschungszweiges der Öffentlichkeit in gebündelter Form zugänglich machen zu können, begründete Bernhard Diestelkamp zusammen mit Ulrich Eisenhardt, Gunter Gudian, Adolf Laufs und Wolfgang Sellert im Januar desselben Jahres die Buchreihe „Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten

die wesentlichen Publikationen zum Reichskammergericht bis in die frühen 1970er Jahre ebd., Fn. 10.

⁵ So der Reichskammergerichts-Assessor KARL ALBERT VON KAMPTZ, *Reminiscenzen bey der Auflösung des Kayserlichen und Reichs-Kammergerichts*, in: Joseph Anton Vahlkampf (Hg.), *Reichskammergerichtliche Miscellen*, Bd. 2, Wetzlar 1806, 466–486, 484.

⁶ JOHANN WOLFGANG VON GOETHE, *Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit*, Ausgabe insel taschenbuch, Tübingen 1811–1833, Frankfurt am Main/Leipzig 1998, 3. Teil, 12. Buch, 583.

⁷ Dazu näher FRIEDRICH BATTENBERG/BERND SCHILDT, *Über die Probleme der Bilanzierung eines Projekts: Einige einleitende Bemerkungen*, in: Dies., *Das Reichskammergericht im Spiegel* (Fn. 3), XIII–XXXIII, hier XIII.

⁸ BERNHARD DIESTELKAMP, *Der Stand der Arbeiten zur Erschließung der Quellen des Reichskammergerichts*, in: *Algemeen Rijksarchief* (Hg.), *Consilium Magnum 1473–1973. Herdenking van de 500^e verjaardag van de oprichting van het Parlement en Grote Raad van Mechelen*, Brüssel 1977, 199–213, hier insbes. 207–211.

Reich“ (QFHG).⁹ Die beim Böhlau-Verlag angesiedelte sog. „Grüne Reihe“ zählt mittlerweile 75 Bände und ist bis auf den heutigen Tag sehr erfolgreich.¹⁰

Die eben erwähnten Umfrageergebnisse mündeten letztlich in einem durch das Bundesarchiv im Jahre 1978 gestellten Antrag, der dem Gesamterschließungsprojekt den Weg ebnete. Bernhard Diestelkamp fungierte gemeinsam mit Filippo Ranieri als Berater einer Kommission, die die „Grundsätze für die Verzeichnung von Reichskammergerichtsakten“ festlegte.¹¹ Vor nunmehr genau 40 Jahren nahmen die Erschließungsarbeiten in Hessen ihren Anfang¹² und sie sind bis auf den heutigen Tag noch nicht abgeschlossen; das Staatsarchiv Liège hat im Jahr 2019 die erst jüngst vollendeten Verzeichnungsarbeiten mit einem wissenschaftlichen Kolloquium feierlich abgerundet und durch eine online-Publikation des Inventars seinen offiziellen Startschuss für die nun zu erwartenden Auswertungen gegeben.¹³ Wir können heute auf 96 derzeit publizierte Inventarbände¹⁴ zurückblicken, die die auf mindestens 50 Lagerorte zwischen dem ostpreußischen Königsberg und den Beneluxstaaten verstreuten Gerichtsakten nach einheitlichen Grundsätzen beschreiben

⁹ Herausgebervertrag vom 30.01.1973. Aus: Aktenbestand des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

¹⁰ Für den Sommer 2020 ist der Tagungsband „Urteiler, Richter, Spruchkörper. Entscheidungsfindung und Entscheidungsmechanismen in der Europäischen Rechtskultur“ angekündigt.

¹¹ Näher dazu DIESTELKAMP, Rückblick auf das Inventarisierungsprojekt Reichskammergericht, in: BATTENBERG/SCHILDT, Über die Probleme (Fn. 7), 3–9, hier 4.

¹² Dazu näher BATTENBERG/SCHILDT, Über die Probleme (Fn. 7), XIV.

¹³ Colloquium Archéoforum de Liège (Belgium), Court proceedings treasures. The archives of the Imperial Chamber Court of Wetzlar (15th–19th century), 21.10.2019.

¹⁴ Hinzukommen diverse Einzelbände, deren Druck noch bevorsteht, und drei Bestände, die auch langfristig allein in einer online-Version abrufbar sein werden. Näher dazu Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Reichskammergericht, Band 19, Nr. 8027–8429 (Buchstabe O), bearb. v. SUSANNE MILLET u. THOMAS ENGELKE (Bayerische Inventare, hg. v. der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 50/19), München 2015, 532–539.

und so der Forschung zugänglich gemacht werden konnten. Ein zusammenfassendes Register fehlt zwar, doch diese Lücke erhofft die sog. Datenbank Reichsgerichtsbarkeit in Zukunft noch schließen zu können.¹⁵ Damit dürfte es sich um das wohl umfassendste Inventarisierungsprojekt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland handeln, dessen Fortgang Bernhard Diestelkamp viele Jahre lang in Form verschiedener Ausschusstätigkeiten weiter begleitete.

Erst die Inventarbände ermöglichen einen gezielten Blick in die Akten, und diese Quellennähe ist entscheidend: Denn die „wahre Geschichte“ steckt nicht in den Normen, sondern, wenn überhaupt, in der Prozessakte, oder anders gewendet: Normativität und Rechtswirklichkeit weichen nicht selten voneinander ab und seriös betriebene Erforschung der Justizgeschichte kommt nicht ohne Quellenstudium aus. Letzteres stand auch für unseren Jubilar stets im Zentrum seiner Forschungen und dafür war das auch von ihm inspirierte DFG-Projekt zur Erschließung der Reichskammergerichtsakten in Inventarbände der zentrale Schlüssel.

¹⁵ Suchanfragen, die über einzelne Inventarbände der verschiedenen Archive hinausgehen, sind nur mit großem Aufwand zu betreiben, da kaum eine Bibliothek sämtliche Bände im Bestand hat und es keine Möglichkeit einer online-Recherche gibt. Ganz ausgeschlossen ist eine kombinierte Suchanfrage zu Informationen aus mehreren Bänden anhand der diesen angehängten Indices. Vor diesem Hintergrund wurde die Datenbank Mitte der 1990er Jahre von Bernd Schildt ins Leben gerufen und wird seitdem ständig erweitert und verbessert. Ihr Ziel ist es, sämtliche Einträge der Inventarbände zusammenzufassen und so einer beliebig kombinierbaren Suchanfrage zugänglich zu machen. Die Datenbank umfasst mittlerweile 26 vollständig erfasste Archivbestände von Prozessakten des Reichskammergerichts mit insgesamt 38.846 Prozessen und steht derzeit im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts zum Download unter <https://www.jura.uni-wuerzburg.de/lehrstuehle/amendtraut/forschung/forschungsprojektdatenbankhoechstgerichtsbarkeit/datenbank/> zur Verfügung. Zu den Vorzügen, aber auch Problemen und Grenzen des Datenbankprojekts siehe BERND SCHILDT, Wandel in der Erschließung der Reichskammergerichtsakten. Vom gedruckten Inventar zur Online-Recherche in der Datenbank, in: Battenberg/Schildt, Das Reichskammergericht im Spiegel (Fn. 3), 35–60.

Ausgehend von dieser Leistung, die den Boden für alle weitere Forschung erst bereitet hat, soll hier – freilich ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit! – der Blick einerseits zurück auf bereits durch den Jubilar und ihm Folgende Geleistetes gerichtet, andererseits sollen noch bestehende Desiderate ausgemacht werden.

Die verfassungshistorische Bedeutung wie die verfassungsrechtliche Einbettung der Institution Reichskammergericht dürfen trotz noch bestehender Lücken als mittlerweile ebenso vielfältig – sowohl von Bernhard Diestelkamp und anderen Rechtshistorikern als auch von historischer Seite – hinterfragt gelten wie die Prozessrechtsgeschichte.¹⁶ Da ist zunächst die verfassungshistorisch wichtige Übergangszeit an der Wende zum 16. Jahrhundert; v.a. Bernhard

¹⁶ Grundlegend DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4); VOLKER PRESS, Das Reichskammergericht in der deutschen Geschichte (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 3), Wetzlar 1987. Für die Untersuchungen der Landfriedensprozesse denke man aus jüngerer Vergangenheit etwa an KARL HÄRTER, Gewalt, Landfriedensbruch, Sekten und Revolten. Das Reichskammergericht und die öffentliche Sicherheit (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 45), Wetzlar 2017; SIEGRID WESTPHAL, Reichskammergericht, Reichshofrat und Landfrieden als Schutzinstitute der Reichsverfassung, in: Thomas Simon/Johannes Kalwoda (Hgg.), Schutz der Verfassung: Normen, Institutionen, Höchst- und Verfassungsgerichte. Tagung der Vereinigung für Verfassungsgeschichte in Hofgeismar vom 12. bis 14. März 2012 (Der Staat, Beihefte 22), Berlin 2014, 13–37.

Im Hinblick auf die Prozessrechtsgeschichte sei auf die vielschichtigen Untersuchungen Peter Oestmanns hingewiesen, u.a. DERS., Rechtsvielfalt vor Gericht. Rechtsanwendung und Partikularrecht im Alten Reich (Rechtsprechung 18), Frankfurt am Main 2002; DERS., Aus den Akten des Reichskammergerichts. Prozeßrechtliche Probleme im alten Reich, Hamburg 2004; DERS. (Hg.), Zwischen Formstrenge und Billigkeit. Forschungen zum vormodernen Zivilprozeß (QFHG 56), Köln/Weimar/Wien 2009. Außerdem der Überblick von ANJA AMEND-TRAUT zu verschiedenen Formen der Prozessbeendigung: Wie Prozesse enden können – alternative Formen der Beendigung reichskammergerichtlicher Verfahren, in: Albrecht Cordes (Hg.), Mit Freundschaft oder mit Recht? Inner- und außergerichtliche Alternativen zur kontroversen Streitentscheidung im 15.–19. Jahrhundert (QFHG 65), Köln/Weimar/Wien 2015, 233–260.

Diestelkamp war es, der die Auswirkungen der Reichsreform auf die höchste Gerichtsbarkeit lehrreich nachgezeichnet hat.¹⁷ Hieran anknüpfend konnten zahlreiche Abhandlungen den Beitrag des Reichskammergerichts zur Entstehung einer Rechtsstaatskultur facettenreich nachweisen – so etwa mit Rücksicht auf eine allgemeine Steuerpflichtigkeit, der Einhaltung ordnungsmäßiger Verfahrensgrundsätze in Zeiten des Hexenwahns oder der Unterbindung von Kabinettsjustiz.¹⁸ Schließlich sind hier auch die Visitationen als Instrument zur politischen Aufsicht über das Reichskammergericht zu erwähnen. Bernhard Diestelkamp wies noch Ende der 1990er Jahre darauf hin, dass die politischen Hintergründe der „Einbindung des Gerichtes in das Verfassungsgefüge des Reiches“ und zwar mithilfe eben dieser Visitationen noch nicht erschlossen seien.¹⁹ Obgleich sich zwischenzeitlich eine Reihe von Arbeiten diesem Instrument und auch der hieraus hervorgegangenen Revision widmen, sind die hierfür vermutlich besonders aufschlussreichen Quellenbestände jedoch

¹⁷ BERNHARD DIESTELKAMP, Vom Königlichen Hofgericht zum Reichskammergericht. Betrachtungen zu Kontinuität und Wandel der höchsten Gerichtsbarkeit am Übergang zur frühen Neuzeit, in: DERS., Recht und Gericht im Heiligen Römischen Reich (Ius Commune Sonderhefte 122), Frankfurt am Main 1999, 185–211.

¹⁸ So etwa WINFRIED SCHULZE, Reichskammergericht und Reichsfinanzverfassung im 16. und 17. Jahrhundert (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 6), Wetzlar 1989; PETER OESTMANN, Hexenprozesse am Reichskammergericht (QFHG 31), Köln/Weimar/Wien 1997; JÜRGEN WEITZEL, Das Reichskammergericht und der Schutz von Freiheitsrechten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Bernhard Diestelkamp (Hg.), Die politische Funktion des Reichskammergerichts (QFHG 24), Köln/Weimar/Wien 1993, 157–180; BERNHARD DIESTELKAMP, Reichskammergericht und Rechtsstaatsgedanke. Die Kameraljudikatur gegen die Kabinettsjustiz (Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe 210), Heidelberg 1994.

¹⁹ BERNHARD DIESTELKAMP, Ungenutzte Quellen zur Geschichte des Reichskammergerichts. Unbearbeitete Forschungsfelder, in: Paul L. Nève (Hg.), Een Rijk Gerecht (Rechtshistorische reeks van het Gerard Noodt Instituut 41), Nijmegen 1998, 115–130, hier 116 f.

bislang noch immer unberücksichtigt geblieben.²⁰ Zu den verfassungshistorisch ebenfalls noch immer bestehenden Aufgaben zählen – ungeachtet einzelner Aufsätze – dagegen umfassende Studien zu Verfahren wegen verweigerter bzw. verzögerter Justiz, verbirgt sich dahinter doch nicht selten das Selbstverständnis territorialer Alleinherrscher, das ebenso wie in Machtsprüchen oder der Kabinettsjustiz zum Ausdruck kam.²¹ Gleiches gilt für die Nullitätsbeschwerde, mit der bestehende Appellationsprivilegien überwunden und eine zentrale Rechtsprüfung erreicht werden konnten, wenn die unterinstanzliche Entscheidung dem Vorwurf ausgesetzt war, gegen elementare Rechtsgrundsätze zu verstoßen.²²

²⁰ Zu den Visitationen siehe ALEXANDER DENZLER, Über den Schriftalltag im 18. Jahrhundert. Die Visitation des Reichskammergerichts von 1767 bis 1776 (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit 45), Köln/Weimar/Wien 2016, und ANETTE BAUMANN, Visitationen am Reichskammergericht. Speyer als politischer und juristischer Aktionsraum des Reiches (1529–1588) (bibliothek altes Reich 24), Berlin/Boston 2018. Beide Arbeiten legen jedoch einen zeitlichen Schwerpunkt, und Letztere berücksichtigt v.a. nicht das reichhaltige Archivmaterial des Mainzer Reichserzkanzler-Archivs im HHStA Wien und die Aktenbestände größerer Reichsstände, auf das bereits DIESTELKAMP hinwies, Ungenutzte Quellen (Fn. 19), 117. Schließlich geht es DENZLER v.a. um die „Visitation unter dem Aspekt der Kommunikation“, ebd., 19, und kaum um die verfassungshistorische Bedeutung des Instruments.

Zu den Revisionen sei auf folgende Arbeiten hingewiesen: RUDOLFINE VON OER, Der münsterische „Erbmännerstreit“. Zur Problematik von Revisionen reichskammergerichtlicher Urteile (QFHG 32), Köln u.a. 1998; DOMINIK KIRSCHVINK, Die Revision als Rechtsmittel im Alten Reich (Schriften zur Rechtsgeschichte 184), Berlin 2019. Einen Überblick liefern BERNHARD RUTHMANN, Krisenjahre am Reichskammergericht 1612–1614 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 23), Wetzlar 1999, und ANJA AMEND-TRAUT, External and Internal Control of the Imperial Chamber Court, in: Ignacio Czeguhn/José Antonio López Nevot/Antonio Sánchez Aranda (Hgg.), Control of Supreme Courts in Early Modern Europe (Schriften zur Rechtsgeschichte 181), Berlin 2018, 209–229, hier 219–221.

²¹ DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 445. Dazu auch vor Fn. 63.

²² Zur Nullitätsbeschwerde bereits, freilich v.a. unter Berücksichtigung normativer Gesichtspunkte bzw. Heranziehung von Einzelfällen, WOLFGANG SELLERT,

Ebenso harren auch Verfahren, in denen wegen Beherbergung oder finanzieller Unterstützung von Feinden mangelnde Reichstreue gerügt wurde, und die sog. Exemtionsprozesse noch einer quellengestützten Gesamtbetrachtung. Reichsstände wehrten sich in dieser Form vor dem Reichskammergericht gegen ihre Inanspruchnahme als Steuerschuldner seitens des Reichsfiskals. Die genannten Fragestellungen verdeutlichen sämtlich das Kräfteressen zwischen dem Reich und seinen Gliedern, also den verfassungsgeschichtlich höchst bedeutsamen Dualismus von Kaiser und Reich, sehr anschaulich.²³

Werfen wir unseren Blick auf die Gerichtstätigkeit im Allgemeinen, d.h. ihre Professionalisierung, Bürokratisierung, Effektivität, auf die Verfahrensarten und auf das Gerichtspersonal. Die Genese äußerer Merkmale frühneuzeitlicher Rechtsprechung hat Bernhard Diestelkamp selbst eindrücklich – ausgehend vom Mittelalter und auf die frühe Neuzeit überleitend – beschrieben.²⁴ Vorurteile, die sich in der Rechtsgeschichte über die verfassungsmäßig ineffektive Institution und defizitäre Produktivität verbreiteten und zunächst manifestierten, wurden zwar schon seit den 1960er Jahren allmählich ausgeräumt:²⁵

Prozeßgrundsätze und Stilus Curiae am Reichshofrat im Vergleich mit den gesetzlichen Grundlagen des reichskammergerichtlichen Verfahrens (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, N.F. 18), Aalen 1973, 395 ff.; PETER OESTMANN, Rechtsverweigerung im Alten Reich, in: ZRG GA 127 (2010), 51–141, hier 98, 117, 121 m.w.N.

²³ DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 439–442, kündigte für dieses Thema eine Dissertation an, die jedoch nicht fertiggestellt wurde. Eine exemplarische Übersicht gibt mittlerweile BJÖRN ALEXANDER RAUTENBERG, Der Fiskal am Reichskammergericht. Überblick und exemplarische Untersuchungen vorwiegend zum 16. Jahrhundert (Rechtshistorische Reihe 368), Frankfurt am Main u.a. 2008; siehe demnächst ANJA AMEND-TRAUT, Reichsverband als Rechtsverband, in: Der Staat, voraussichtlich 2021.

²⁴ BERNHARD DIESTELKAMP, Verwissenschaftlichung, Bürokratisierung, Professionalisierung und Verfahrensintensivierung als Merkmale frühneuzeitlicher Rechtsprechung, in: DERS., Recht und Gericht (Fn. 17), 263–275.

²⁵ Zunächst waren es v.a. HERMANN CONRAD, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. II. Neuzeit bis 1806, Karlsruhe 1966, 161–165, und FRANZ WIEACKER, Privatrechts-

Der Gerichtsapparat war nicht generell so schwerfällig, dass die Akten erst infolge altersschwacher Schnüre den Assessoren regelrecht vor die Füße fielen;²⁶ durchschnittliche Verfahrenslaufzeiten von zwei, nur selten über fünf Jahren für bestimmte Verfahrensgegenstände entsprechen durchaus modernen Verhältnissen an einem höchsten Gericht.²⁷ Im Übrigen ist jedoch bis heute nicht näher untersucht worden, wie sich die notorische Unterbesetzung der Richter auf die schon in der zeitgenössischen Literatur beschriebene selektive Auswahl „wichtigerer Rechtshändel“ entgegen des bestehenden Geschäftsverteilungsplans langfristig auswirkte. Solche „außer der

geschichte der Neuzeit, 2. Aufl., Göttingen 1967, 174–178, die – wenngleich knapp – auf die Bedeutung des Spruchkörpers für die Rezeptionsgeschichte, die Rechtsvereinheitlichung und das Verfassungsgefüge des Alten Reichs hinwiesen.

²⁶ Nach ADOLF STÖLZEL, Die Entwicklung der gelehrten Rechtsprechung, Band 2: Billigkeits- und Rechtspflege der Rezeptionszeit, Berlin 1910, 115, wurde am Reichskammergericht das Aktenbündel bearbeitet, „das infolge seines im Zeitenlaufe morsch gewordenen Bindfadens zuerst herniederfiel.“

Eine insgesamt zügige Bearbeitung wies in Form einer quantitativen Erhebung bereits FILIPPO RANIERI, Recht und Gesellschaft im Zeitalter der Rezeption. Eine rechts- und sozialgeschichtliche Analyse der Tätigkeit des Reichskammergerichts im 16. Jahrhundert, zwei Bände (QFHG 17/1 und 17/2), Köln 1985, Bd. I, 211–218, Bd. II, 408–413, nach. Zur Verfahrensdauer am Reichskammergericht in Wechselstreitigkeiten ANJA AMEND-TRAUT, Wechselverbindlichkeiten vor dem Reichskammergericht. Praktiziertes Zivilrecht in der Frühen Neuzeit (QFHG 54), Köln/Wien 2009, 5 f., 154–158, 164 f., 200 f., 417 m.w.N.

²⁷ Die Verfahrensdauer bei den von den Berufungsgerichten an den BGH zugelassenen Revisionen beträgt durchschnittlich etwa 12 Monate; zuvor prüft der BGH u.U. noch die Zulassung einer Revision auf eine Nichtzulassungsbeschwerde, was durchschnittlich 6 bis 18 Monate Zeit in Anspruch nimmt, <http://www.ra-nassall.de/index.php/das-verfahren.html> (zuletzt besucht am 20.03.2020). Am Bundesverfassungsgericht wurden in den Jahren zwischen 2008 und 2015 Verfassungsbeschwerden in rund 85 % innerhalb von zwei Jahren entschieden – freilich nachdem das Gericht zuvor über deren Zulassung befunden hatte, http://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Verfahren/Jahresstatistiken/2015/gb2015/A-IV-3.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (zuletzt besucht am 20.03.2020), sieht man einmal vom Bundesfinanzhof ab, bei dem die Verfahren im Jahr 2018 durchschnittlich nur sieben Monate dauerten, <https://www.bundesfinanzhof.de/service/jahresberichte> (zuletzt besucht am 20.03.2020).

Reihe“ vorgezogenen Verfahren wurden verhältnismäßig zügig bearbeitet. Doch die „Beurteilung der Wichtigkeit einer Sache vor der andern ist ... schwer, und die Auswahl läßt schon Gunst [*also Begünstigung, Anm. d. Verf.*] zu.“²⁸ Auch der Frage, welchen Anteil v.a. die Prozessvertreter daran trugen, die häufig durch ihre Anträge auf Schriftsatzverlängerung maßgeblich zur Verlängerung des Verfahrens beitrugen, diese also nicht allein dem Verantwortungsbereich des Gerichts, sondern zu einem maßgeblichen Teil auch der Sphäre der Parteien zuzurechnen ist, wurde noch nicht eingehend nachgegangen.²⁹ Praktikant Goethe wusste jedenfalls von den prozessierenden Parteien zu berichten, sie wollten „den Lebenshauch ihrer Hoffnungen immer noch einen Augenblick verlängern.“³⁰

Außerdem: Auf die Frage, welche juristischen Erwägungen bei der Entscheidungsfindung der Assessoren am Reichskammergericht eine Rolle gespielt haben, geben die reichskammergerichtlichen Quellen wegen der fehlenden Urteilsbegründungen selbst kaum Antwort. Zwar kann ein Prozessverlauf anhand der überlieferten Protokollbände nachgezeichnet werden, und es sind auch Voten und Relationen

²⁸ GOETHE, Aus meinem Leben (Fn. 6), 588.

²⁹ Für die Revisionen des BGH trifft dies zu; von deren durchschnittlichen Anhängigkeit bis zur Entscheidung entfallen von der rund 12monatigen Gesamtlaufzeit etwa 2/3 auf Rechtsmittelfrist und Schriftsatzverlängerungen, dagegen nur rund 1/3 auf die Bearbeitungszeit des zuständigen Senats, Auskunft des Richters am BGH Dr. Peter Günter, Mitglied XII. Senat, 26.06.2019.

Zu den Prozessvertretern vor dem Reichskammergericht JÜRGEN WEITZEL, Anwälte am Reichskammergericht, in: Friedrich Battenberg/Filippo Ranieri (Hgg.), Geschichte der Zentraljustiz in Mitteleuropa. Festschrift für Bernhard Diestelkamp zum 65. Geburtstag, Weimar/Köln/Wien 1994, 253–269, der hier ebenfalls Desiderate ausmacht, 253.

³⁰ GOETHE, Aus meinem Leben (Fn. 6), 587. Dass sich die Länge der Rechtshängigkeit nicht für Beurteilung der Wirksamkeit des Reichskammergerichts eignet, hat zuletzt in seinem Aufsatz BERNHARD DIESTELKAMP, Die Bedeutung des Reichskammergerichts für die Rechtsentwicklung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Eine (Zwischen-)Bilanz, in: Gerhard Lingelbach (Hg.), Kultur- und rechtshistorische Wurzeln Europas (Studien zur Kultur- und Rechtsgeschichte 1), Mönchengladbach 2005, 459–474, hier 459 f., festgestellt.

einzelner Assessoren überliefert.³¹ Darüber hinaus gibt es aber eine ganze Reihe von besonders aufschlussreichen Privataufzeichnungen von Richtern. Einzelne davon sind mittlerweile erschlossen.³² Doch eine systematische Erfassung der darüber hinaus noch existierenden privaten Notizen würde weitere wichtige Aufschlüsse über die Arbeit der Richter am Reichskammergericht und damit auch generell über den Beitrag der Kameraljudikatur zur Rezeption des Gelehrten Rechts in Deutschland zulassen.³³

Oft ist schließlich schon darauf hingewiesen worden, die Arbeit des Reichskammergerichts sei wegen der eingeschränkten Vollstreckungsmöglichkeiten ineffektiv gewesen.³⁴ Doch dieses Urteil stützt sich allein auf spektakuläre und Einzelfälle und berücksichtigt nicht die Mehrzahl der verhandelten Rechtsmaterien, nämlich die privatrechtlichen Streitigkeiten. Hier dürften reichsständische Widerstände nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Nähere Untersuchungen hierzu könnten das bisherige Bild von der Bedeutung des Reichskammergerichts im frühneuzeitlichen Rechtsleben verändern: Weil die Reichskreise mit der Exekution der reichskammergerichtlichen Urteile betraut waren, könnte v.a. eine systematische Durcharbeitung der Kreisakten einen Einblick in die Vollstreckungspraxis liefern.³⁵

Und schließlich: Jüngere Forschungen haben im Hinblick auf die Effektivität des Reichskammergerichts zutage gefördert, dass ein

³¹ Deren Auswertung ist mittlerweile leichter möglich dank des von Anette Baumann bearbeiteten Findbuchs: ANETTE BAUMANN (Bearb.), *Gedruckte Relationen und Voten des Reichskammergerichts vom 16. bis 18. Jahrhundert. Ein Findbuch* (QFHG 48), Köln/Weimar/Wien 2004.

³² REGINA MARIA SPRENGER, *Viglius van Aytta und seine Notizen über Beratungen am Reichskammergericht (1535–1537). Een wetenschappelijke proeve op het gebied van de rechtsgeleerdheid*, Nijmegen 1988; STEFFEN WUNDERLICH, *Das Protokollbuch von Mathias Alber. Zur Praxis des Reichskammergerichts im frühen 16. Jahrhundert* (QFHG 58), Köln/Wien 2011.

³³ Darauf hat bereits DIESTELKAMP, *Ungenutzte Quellen* (Fn. 19), 119–121 m.w.N. zu einschlägigem Quellenmaterial, hingewiesen.

³⁴ Nähere Angaben hierzu bei DIESTELKAMP, *Rechtsleben* (Fn. 4), 478 f.

³⁵ Darauf hat bereits DIESTELKAMP, *Ungenutzte Quellen* (Fn. 19), 118, hingewiesen.

größerer Teil der dort anhängigen Verfahren gar nicht *entschieden* wurde, weil es oft nicht in der Intention der Parteien lag, überhaupt einen vollstreckbaren Titel zu erlangen. Der von den Historikern verwendete Begriff der Justiznutzung bekommt hier seine eigentliche Bedeutung, bediente man sich des Justizapparats doch häufig nur, um eine Grundlage für eine außergerichtliche Streitbeilegung zu schaffen,³⁶ Druck auf die gegnerische Seite zu erzeugen oder schlicht Zeit zu schinden³⁷ – Letzteres ist, wie wir wissen, freilich ein zeitloses Phänomen.

Was die Verfahrensarten betrifft, fehlt noch immer auch eine gründliche, mehrere Aktenbestände umfassende Funktionsbestimmung des Gerichts unter Einhaltung zeitlich stark differenzierter Schritte. Zwar wurden inzwischen einzelne Verfahrensarten und ihre jeweilige Funktionsweise gründlich untersucht.³⁸ Doch ihre umfassende Kontextualisierung in gesamthistorische Zusammenhänge steht noch aus.

³⁶ So schon ERNST PITZ, Ein niederdeutscher Kammergerichtsprozeß von 1525 (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung 28) Göttingen 1969, 65, 79 f., 121. Zu den Problemen hinsichtlich der Urteile als Effektivitätskriterium und der pazifizierenden Wirkung der reichskammergerichtlichen Tätigkeit im Übrigen DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 474–476.

³⁷ Ergebnisse zum Spannungsfeld zwischen außergerichtlicher und gerichtlicher Konfliktlösung liefern die Bände von Albrecht Cordes (Hg.), Mit Freundschaft oder mit Recht? Inner- und außergerichtliche Alternativen zur kontroversen Streitentscheidung im 15.–19. Jahrhundert (QFHG 65), Köln/Weimar/Wien 2015, und Peter Collin (Hg.), Justice without the State within the State. Judicial Self-Regulation in the Past and Present (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 295, Moderne Regulierungsregime 5), Frankfurt am Main 2016, Letzteres freilich ohne ausdrücklichen Bezug zu den Höchsten Gerichten im Alten Reich.

³⁸ MANFRED HINZ, Der Mandatsprozeß des Reichskammergerichts, Berlin 1966; JÜRGEN WEITZEL, Der Kampf um die Appellation ans Reichskammergericht. Zur politischen Geschichte der Rechtsmittel in Deutschland (QFHG 4), Köln/Wien 1976; MANFRED UHLHORN, Der Mandatsprozess sine clausula des Reichshofrats (QFHG 22), Köln/Wien 1990; TILMAN SEEGER, Die Extrajudizialappellation (QFHG 25), Köln u.a. 1992. Die Arbeit von DOMINIK KIRSCHVINK, Die Revision als Rechtsmittel im Alten Reich (Schriften zur Rechtsgeschichte 184), Berlin 2019, lässt reichskammergerichtliches Quellenmaterial hingegen völlig unberücksichtigt.

Den Fragen, wie das Reichskammergericht in welchen Zeiten in welcher Funktion in unterschiedlicher Frequenz in Anspruch genommen wurde, könnte mithilfe der Verfahrensarten – erstinstanzliches Verfahren oder Appellation – nachgegangen werden. So könnten etwa erstinstanzliche Klagen in verschiedenen historischen Hochphasen eine größere Rolle gespielt haben und damit ihre politische Bedeutung unterstreichen, wohingegen sich aus Frequenzschwankungen zugunsten von Appellationen politisch ruhigere Zeiten schließen lassen.³⁹

Das Personal am Reichskammergericht ist hinsichtlich seiner Berufsbilder bzw. Berufswege mittlerweile gut erforscht.⁴⁰ Damit einhergehend ist es auch möglich geworden, die mit den Karrierewegen verbundenen Austauschprozesse nachzuvollziehen und sie als „verbindendes Element im Verfassungsgefüge des Reiches“ wahrzunehmen.⁴¹ Am Reichskammergericht gesammelte Berufserfahrungen hatten durchaus Einfluss auf die Verbreitung des *Ius Camerale* wie *Ius commune* gleichermaßen. Dagegen ist das Reichskammergericht als Ausbildungsstätte ein noch immer weitgehend unterbelichtetes Feld.⁴² Die überlieferten, von den Praktikanten anzufertigenden Probe-

³⁹ Vereinzelt wurde freilich bereits nach Verfahrensarten unterschieden, so etwa PAUL L. NÈVE, *Het Rijkskamergerecht en de Nederlanden. Competentie – Territoir – Archieven* (Maaslandse monografieën 14), Assen 1972, 248–250, für das Lütticher Verzeichnis, und AMEND-TRAUT, *Wechselverbindlichkeiten* (Fn. 26), 6, 138–176, für Wechselverfahren, die im Frankfurter Archivbestand nachgewiesen sind. Hier wurden jedoch keine zeitlichen Differenzierungen vorgenommen, auf deren Wert schon DIESTELKAMP, *Rechtsleben* (Fn. 4), 463 f., hingewiesen hat.

⁴⁰ SIEGRIED JAHNS, *Das Reichskammergericht und seine Richter*, Teil 1, Darstellung (QFHG 26), Köln/Weimar/Wien 2011, Teil 2, Biographien, ebd., 2003; ANETTE BAUMANN, *Advokaten und Prokuratoren. Anwälte am Reichskammergericht (1690–1806)* (QFHG 51), Köln u.a. 2006; Dies. (Hg.), *Reichspersonal. Funktionsträger für Kaiser und Reich* (QFHG 46), Köln/Weimar/Wien 2003; MARIA VON LOEWENICH, *Amt und Prestige – Die Kammerichter in der ständischen Gesellschaft (1711–1806)* (QFHG 72), Wien 2019.

⁴¹ DIESTELKAMP, *Rechtsleben* (Fn. 4), 456.

⁴² Demnächst ANJA AMEND-TRAUT, *Probearbeiten der zum Reichskammergerichts-Assessorat präsentierten Kandidaten*, voraussichtlich 2021.

relationen⁴³ sind bislang noch nicht nach ihrem juristischen Gehalt ausgewertet, obgleich die meisten von ihnen zu einem laufenden Verfahren angefertigt wurden. So heißt es in der Einleitung der Arbeit von Friedrich August von Leutsch: „Zur Ausarbeitung meiner Probe Relation ist mir eine Appellations-Sache gnädigst zugetheilet worden, welche bey diesem Höchstpreißlichen Reichs-Camer-Gerichte ... seit dem Jahre 1778 anhängig ist.“⁴⁴ Es ist durchaus wahrscheinlich, dass ein größerer Teil der Ausarbeitungen aus arbeitsökonomischen Erwägungen ganz oder teilweise Eingang in die später ergangene Entscheidung fand. Zudem gäben diese reichskammergerichtlichen Quellen auch neue Aufschlüsse nicht nur über die frühneuzeitliche Juristenausbildung, sondern vermutlich auch über die Anstrengungen des Gerichts, sich als unabhängiger Spruchkörper Geltung zu verschaffen. Denn das Präsentationsrecht der Stände konnte mit der nachvollziehbaren Begründung kanalisiert werden, dem Kandidat mangle es an fachlicher Expertise.

Wenden wir uns den verschiedenen Materien der reichskammergerichtlichen Prozesse und ihrem Wert für die Forschung zu. Bernhard Diestelkamp selbst war es, der schon früh darauf hinwies, dass man die nachhaltige Wirkung des Reichskammergerichts nur dann wird vollständig erfassen und seiner entsprechenden Würdigung nur wird hinreichend gerecht werden können, „wenn man sowohl seine verfassungs- als auch seine privat-, straf- und prozessgeschichtliche Bedeutung berücksichtigt.“⁴⁵ Er war es jedoch auch, der erkannte, dass derartige inhaltliche Auswertungen einen guten Erschließungszustand voraussetzen.⁴⁶ Diese Bedingung ist weitgehend erfüllt und die

⁴³ In einem archivalischen Hilfsmittel, das im 19. Jahrhundert erstellt wurde, sind insgesamt 99 Probearbeiten verzeichnet, die Assessoranwärter für das Reichskammergericht als Nachweis ihrer Befähigung zu erstellen hatten, einzelne Probearbeiten im BA Berlin-Lichterfelde unter der Sign. AR 1 Probear + lfd. Nr.

⁴⁴ AR 1 Probear. 51, Bd. 2, Einleitung, fol. 5^r.

⁴⁵ DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 439.

⁴⁶ DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 459 f.

Forschung der vergangenen Jahrzehnte hat sich der Aufgabe, freilich nicht gleichmäßig für die genannten Teilgebiete, gewidmet. Einen guten Überblick über bereits Vollbrachtes und noch Ausstehendes verschafft die Bilanztagung im Jahre 2008, die zum Abschluss des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts veranstaltet wurde.⁴⁷

In den Grenzbereich zwischen Verfassungsgeschichte und Wirtschafts(rechts)geschichte fallen die vielfältigen Verfahrenskonstellationen, bei denen Zünfte zum Schutz ihrer „Nahrung“ vor Konkurrenz nach „eigenem“ Recht entschieden und damit obrigkeitliche Herrschafts- bzw. Zuständigkeitsansprüche tangierten und Kompetenzstreitigkeiten heraufbeschworen. Denn eigenmächtiges Vorgehen des Handwerks wurde von der Obrigkeit stets argwöhnisch beäugt und mündete letztlich in die sog. Reichshandwerksordnung von 1731.⁴⁸ Über die bereits vereinzelt Beiträge zu diesem Komplex hinaus, bei denen wiederum eine Abhandlung Bernhard Diestelkamps am Anfang steht,⁴⁹ könnte eine umfassende Auswertung der

⁴⁷ Battenberg/Schildt, Das Reichskammergericht im Spiegel (Fn. 3). Darüber hinaus kann hier mit Rücksicht auf die große Fülle der verschiedenen Arbeiten kein Überblick gegeben werden.

⁴⁸ Vom 16.08.1731, abgedruckt bei JOHANN JOSEPH PACHNER VON EGGENSTORFF, Vollständige Sammlung aller von Anfang des noch fürwährenden Teutschen Reichstags de Anno 1663 biß anhero abgefaßten Reichs-Schlüsse, Teil 4, Regensburg 1740, Neudruck 1996, 374–384.

⁴⁹ BERNHARD DIESTELKAMP, Zunftprozesse des 18. Jahrhundert aus der Reichsstadt Wetzlar vor dem Reichskammergericht, in: DERS., Recht und Gericht (Fn. 17), 349–373. Verfahren, in denen das Konkurrenzverhältnis zwischen Obrigkeit und Zünften thematisiert wird, finden sich bei ROBERT BRANDT, Die Grenzen des Sagbaren und des Machbaren. Anmerkungen zur Rechtsgeschichte des Frankfurter „Zunfthandwerks“ während der Frühen Neuzeit, in: Anja Amend/Anette Baumann/Stephan Wendehorst/Steffen Wunderlich (Hgg.), Die Reichsstadt Frankfurt als Rechts- und Gerichtslandschaft im Römisch-Deutschen Reich der Frühen Neuzeit (bibliothek altes Reich baR 3), München 2008, 247–264, und ROBERT RIEMER, Hamburg und Frankfurt vor dem Reichskammergericht. Ein Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Handels- und Handwerksprozesse, ebd., 265–283; WILFRIED REININGHAUS, Zünfte vor dem Reichskammergericht.

einschlägigen Verfahren, die vor das Reichskammergericht gelangten, unter Einbeziehung der schon zahlreichen Vorarbeiten zum Zunftwesen weiterführende Aufschlüsse über reichsverfassungsrechtliche Zusammenhänge geben. Ebenso spiegeln sich in diesen Verfahren verschiedene Übergänge wider, nämlich vom zünftigen zum policeyrechtlich gewährleisteten Qualitätsschutz, von zunftmäßig organisierten Beschäftigungsverhältnissen zur Entwicklung eines vormodernen Arbeitsrechts, und – bedenkt man die Zünften oder einzelnen Zunftmitgliedern verliehenen Privilegien – der Übergang vom einzelfallbezogenen Recht zur Etablierung allgemeiner privatrechtlicher Schutzmechanismen. Über Einzelfälle hinausgehende Auswertungen einschlägiger Verfahren vor den Höchstgerichten könnten hier noch viele weiterführende Aufschlüsse geben.

Welche Bedeutung die Rechtsprechung des Reichskammergerichts für die Geschichte des Privatrechts hat, ist immer noch nur vereinzelt beleuchtet worden,⁵⁰ obgleich schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Beispiele aus Westfalen, in: Anja Amend-Traut/Albrecht Cordes/Wolfgang Sellert (Hgg.), Geld, Handel, Wirtschaft. Höchste Gerichte im Alten Reich als Spruchkörper und Institution (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, N.F. 23), Berlin/Boston 2013; ANJA AMEND-TRAUT, „Sich der Concurrenz erwehren ...“. Kaufmännischer Wettbewerb unter höchstgerichtlicher Kontrolle (16.–18. Jh.), in: Eva Schumann (Hg.), Justiz und Verfahren im Wandel der Zeit. Gelehrte Literatur, gerichtliche Praxis und bildliche Symbolik. Festgabe für Wolfgang Sellert zum 80. Geburtstag (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, N.F. 44), Berlin/Boston 2017, 55–82, hier 58, 68, 77 ff.; DIES., Beendigung reichskammergerichtlicher Verfahren (Fn. 16), 243–246.

⁵⁰ Hinweise darauf bei ANJA AMEND-TRAUT, Die Spruchpraxis der höchsten Reichsgerichte im römisch-deutschen Reich und ihre Bedeutung für die Privatrechtsgeschichte (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 36), Wetzlar 2008; DIES., Zivilverfahren vor dem Reichskammergericht. Rückblick und Perspektiven, in: Battenberg/Schildt, Das Reichskammergericht im Spiegel (Fn. 3), 125–155.

Der Frage nachgegangen sind v.a. folgende Arbeiten: AMEND-TRAUT, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 26); DIES., Brentano, Fugger und Konsorten – Handelsgesellschaften vor dem Reichskammergericht (Schriftenreihe der

Zeitgenossen ahnten, dass „eine sehr ergiebige Ausbeute für fast alle Zweige des Rechts“ bei der Auswertung der Senatsprotokolle zu erwarten sei.⁵¹ Bisherige Forschungen haben bereits nachweisen können, dass sich entgegen der für den reichskammergerichtlichen Prozess geltenden Statutentheorie das heimische Recht gegenüber dem gemeinen Recht durchaus behaupten konnte.⁵² Allerdings ermöglicht die Inventarisierung des überlieferten Aktenmaterials wie auch anderer Quellen,⁵³ auch auf *breiterer* Basis Fortschritte für die Rezeptionsgeschichte zu erzielen; so wissen wir etwa noch immer nicht, „ob und wieviel Fälle es gegeben hat, in denen das Gemeine Recht völlig undiskutiert bevorzugt wurde, sodaß es gar nicht zum Beweis des heimischen Rechts kommen konnte.“⁵⁴

Auch könnte es künftig noch mehr darum gehen, die Entwicklung einzelner privatrechtlicher Institute oder Rechtsbegriffe nicht allein normativ-deskriptiv bzw. durch die Analyse von einzelnen Prozessen zu skizzieren, sondern unter Zuhilfenahme des reichskammergerichtlichen Aktenmaterials deren Entwicklung in der wirtschaftenden Gesellschaft unter Einbeziehung der äußeren Bedingungen zu er-

Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 37), Wetzlar 2009; DIES., Die Akten und Beilagen von Reichskammergericht und Reichshofrat als Quellen des Handelsrechts, in: ZNR 37 (2015), 177–205; DIES., Kontrolle (Fn. 49), 55–82; CHRISTIAN O. SCHMITT, Säuberlich banquerott gemacht. Konkursverfahren aus Frankfurt am Main vor dem Reichskammergericht (QFHG 66), Köln/Weimar/Wien 2016.

⁵¹ VON KAMPTZ (Fn. 5), 472.

⁵² Diese Vermutung äußerte bereits DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 469 m.w.N. und DERS., Rechtsentwicklung (Fn. 30), 461–467; neuerdings v.a. OESTMANN, Rechtsvielfalt (Fn. 16); AMEND-TRAUT, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 26).

⁵³ Siehe dazu bereits die Ausführungen vor Fn. 33.

⁵⁴ DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 470. Einen Forschungsstand hierzu gibt WOLFGANG SELLERT, Zur Rezeption des römischen und kanonischen Rechts in Deutschland von den Anfängen bis zum Beginn der Frühen Neuzeit: Überblick, Diskussionsstand und Ergebnisse, in: Hartmut Boockmann u.a. (Hgg.), Recht und Verfassung im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, 1. Teil (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Philologisch-Historische Klasse Folge 3, 228), Göttingen 1998, 115–166.

forschen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass nicht alle der vor dem Reichskammergericht ausgetragenen privatrechtlichen Materien einer Romanisierung überhaupt zugänglich waren,⁵⁵ so dass sich die Frage nach der Beteiligung des Reichskammergerichts am Romanisierungsprozess kaum einheitlich wird beantworten lassen.

Eine rechtsvereinheitlichende Wirkung der reichskammergerichtlichen Judikatur wurde in der Vergangenheit verschiedentlich bereits herausgearbeitet. So haben der Kameralprozess bzw. die am Reichskammergericht tätigen Assessoren das Reichsrecht wie auch Territorialrechtsordnungen beeinflusst, und zwar nicht nur, indem ihre Initiativen in gesetztes Reichs- bzw. Partikularrecht mündeten (ReichsnotariatsO, Reichsschluss über das Erbrecht von Enkeln, Braunschweig-Wolfenbüttelsche Hofgerichtsordnung von 1556).⁵⁶ Die Vorarbeiten von Bernhard Diestelkamp ermöglichten es darüber hinaus, diesen Einfluss auch anderweitig näher zu untersuchen: Für das Recht des gemeinen Prozesses ist v.a. auf die von Peter Oestmann übernommene Erschließung der sog. Gemeinen Bescheide hinzuweisen,⁵⁷ die v.a. das Prozessrecht ordneten und die über den Kameralprozess hinaus den Gang des Verfahrens beeinflussten, indem sie sich dank ihrer praktischen Anwendung verstetigten. Im materiellen Recht dürfte dies dank der unzweifelhaft bestehenden Adaption der

⁵⁵ Dagegen ist dies insbesondere für Schuld-, Schadensersatz- und Erbschaftsstreitigkeiten jedenfalls denkbar. Darauf weist schon DIESTELKAMP hin, *Rechtsleben* (Fn. 4), 471; DERS. *Rechtsentwicklung* (Fn. 30), 462 f.

⁵⁶ Zur Modernisierung reichsständischer Justiz m.w.N. DIESTELKAMP, *Rechtsentwicklung* (Fn. 30), 466 f., und DERS., *Rechtsleben* (Fn. 4), 449 f. Zu Mynsinger von Frundeck, auf den die Gerichtsordnung für Braunschweig-Wolfenbüttel im Wesentlichen zurückgeht, weil er als herzoglicher Kanzler aus seinen persönlichen Erfahrungen als Assessor am Reichskammergericht schöpfen konnte, siehe ANJA AMEND-TRAUT, *Reformer, Gelehrter, Dichter*. Zum 500. Geburtstag Joachim Mynsingers von Frundeck (1514–1588), in: *ZeUP* 2014, 337–348.

⁵⁷ PETER OESTMANN, *Gemeine Bescheide*, Teil 1, Reichskammergericht 1497–1805 (QFHG 63, 1), Köln/Weimar/Wien 2013.

reichskammergerichtlichen Judikatur ebenso gelten.⁵⁸ Wichtig ist ihr Einfluss auf Untergerichte und die rechtswissenschaftliche Entwicklung natürlich für die Weiterentwicklung und Verbreitung des *Ius commune*. Besonders bedeutsam dürfte dieser Einfluss jedoch auch für Partikularrechte und für Rechtssätze sein, für die die vorhandenen Rechtsquellen, sei es nun das gemeine oder das Partikularrecht, keine Antworten parat hatten. Wenngleich hierzu bereits erste Studien zum Wechsel- oder Konkursrecht vorliegen, müssen Untersuchungen zu weiteren privatrechtlichen Feldern das vollständige Ausmaß dieser Einwirkung noch ermitteln.⁵⁹

Die Analyse vieler Akten unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Häufigkeit, mit der privatrechtliche Rechtsmaterien gerichtsnotorisch wurden, lässt vermutlich auch in anderer Hinsicht noch Neubewertungen zu.⁶⁰ Es wird sich wahrscheinlich bestätigen, dass das Reichskammergericht eben nicht allein vor Einführung der Appellationssummen im Jahre 1521 für die „Belange der Bürger von großer Bedeutung war“.⁶¹ Denn umso mehr als die von Untertanen angestregten Verfahren zu ihrem Schutz gegen gerichtliche Willkür in Form von Rechtsverweigerung, Rechtsverzögerung und Nichtigkeit sind rund 75 % der insgesamt etwa 78.000 Verfahren⁶² am Reichskammergericht Zivilstreitigkeiten und diese sämtlich Mosaiksteine, die sich zu einem Gesamtbild des individuellen Rechtsschutzes der Untertanen im Reich zusammensetzen. Hieran ist sowohl die politische Bewusstseinsbildung der Reichsuntertanen durch die jedem Einzelnen offenstehende Möglichkeit, Frieden durch Recht zu

⁵⁸ Unklarheit besteht freilich bis heute über die Kommunikationswege in einer Zeit, da Urteile weder begründet noch publiziert wurden, vgl. dazu auch DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 472.

⁵⁹ AMEND-TRAUT, Wechselverbindlichkeiten (Fn. 26); SCHMITT, Säuberlich banquerott (Fn. 50).

⁶⁰ Dies gilt freilich nicht nur für privatrechtsgeschichtliche, sondern auch für verfassungs-, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Phänomene gleichermaßen.

⁶¹ Darauf weist DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 465–467, hin.

⁶² Dieser Anteil ergibt sich etwa für die ersten 50 Jahre des Bestehens des Reichskammergerichts, DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 465.

suchen,⁶³ als auch das Verhältnis zwischen territorialer und zentraler Gerichtsbarkeit ablesbar.⁶⁴ Denn eine vereinheitlichende Rechtsprechung des Reichskammergerichts ermöglichte eine Kontrolle über partikulare Instanzen, wodurch das höchste Gericht Rechtshoheit für sich reklamieren konnte. Die Stellung des Reichskammergerichts im Alten Reich wird bislang durch die in der bisherigen Forschung und Literatur stets akzentuierten Verfahren in politisch hochbedeutenden Angelegenheiten geprägt. Dieses Bild könnte nach einer verstärkten Auswertung der massenhaft vorhandenen privatrechtlichen Streitigkeiten – darauf hat bereits Bernhard Diestelkamp hingewiesen –⁶⁵ korrekturbedürftig sein. In diesem Zusammenhang wie auch im Hinblick auf die Vollstreckung reichskammergerichtlicher Entscheidungen⁶⁶ dürften sich die Einwirkungen auf die territoriale Justizverfassung und die Territorialgerichtsbarkeit als noch viel intensiver darstellen, als dies bislang der Fall ist.

⁶³ Im Zusammenhang mit bäuerlichen Untertanenprozessen weist darauf bereits DIESTELKAMP, Rechtsentwicklung (Fn. 30), 468 f., hin. Zur Akzeptanz des Reichskammergerichts und seiner friedentiftenden Funktion seitens des gemeinen Mannes in der Zeit nach den Bauernunruhen siehe ANJA AMEND-TRAUT, Judikative Folgen des Bauernkriegs nach Quellen der höchsten Gerichte im Alten Reich, in: Franz Fuchs/Ulrich Wagner (Hgg.), Bauernkrieg in Franken (Publikationen aus dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ 2), Würzburg 2016, 223–265.

⁶⁴ Für die Prozesse wegen Rechtsverweigerung und Nichtigkeit DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 442–447; DERS., Rechtsentwicklung (Fn. 30), 469–471. Zur Nichtigkeitsbeschwerde bzw. der Beschwerde wegen Rechtsverweigerung oder -verzögerung im Überblick OESTMANN, Rechtsverweigerung (Fn. 22). Ein weiteres Beispiel bei DEMS., Geistliche und weltliche Gerichte im Alten Reich. Zuständigkeitsstreitigkeiten und Instanzenzüge (QFHG 61), Köln/Weimar/Wien 2012, 299. V.a. hat OESTMANNs Studie über Hexenprozesse am Reichskammergericht (QFHG 31), Köln/Weimar/Wien 1997, verdeutlicht, dass der permanente Einsatz des Reichskammergerichts für die Beachtung von prozessualen Verfahrensregeln das Bewusstsein für Rechtssicherheit und die Akzeptanz eines Gewaltmonopols verbreitete.

⁶⁵ DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 468.

⁶⁶ Siehe dazu bereits die Ausführungen nach Fn. 30.

Die Inventarisierung der reichskammergerichtlichen Quellen hat auch im Hinblick auf die Beilagen der Prozessakten die Rechtsgeschichte wie auch andere Forschungszweige auf kaum überschaubare Weise bereichert und wird sie vermutlich auch weiterhin auf nicht absehbare Weise noch befördern. Ohne hier auf die in der Vergangenheit bereits vielfältig genutzten Möglichkeiten eingehen zu können, seien nur exemplarisch auf die für die Handelsrechtsgeschichte wertvollen Gesellschaftsverträge größerer Handelsgesellschaften⁶⁷ und kaufmännischen Gutachten,⁶⁸ für die Mentalitätsgeschichte nutzbar gemachten Verhörprotokolle⁶⁹ und die von Anette Baumann so genannten Augenscheinkarten hingewiesen, die den Prozessakten beiliegen, örtliche Begehungen wiedergeben und nicht allein rechtshistorisch wertvolle Beilagen darstellen, sondern auch geographie-, landes- wie kunsthistorisch neue Erkenntnisse erwarten lassen.⁷⁰

⁶⁷ ANJA AMEND-TRAUT, *Brentano, Fugger und Konsorten – Handelsgesellschaften vor dem Reichskammergericht* (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung 37), Wetzlar 2009; DIES., *Brüder unter sich – die Handelsgesellschaft Brentano vor Gericht. Elemente privater Konfliktlösung im Reichskammergerichtsprozess*, in: Albrecht Cordes/Serge Dauchy (Hgg.), *Eine Grenze in Bewegung: Öffentliche und private Justiz im Handels- und Seerecht. Justice privée et justice publique en matières commerciales et maritimes* (Schriften des Historischen Kollegs 81), München 2013, 91–116; BRITTA SCHNEIDER, *Fugger contra Fugger. Die Augsburger Handelsgesellschaft zwischen Kontinuität und Konflikt (1560–1597/98)* (Veröffentlichungen der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Reihe 4, 36; Studien zur Fuggergeschichte 45), Augsburg 2016, 412–417.

⁶⁸ Dazu ANJA AMEND-TRAUT, *Diversité ou unité? Culture juridique, correspondances et différences dans la recherche de la justice en Europe*, in: GLOSSAE. *European Journal of Legal History* 15 (2018), 32–49, abrufbar unter <http://www.glossae.eu>.

⁶⁹ RALF-PETER FUCHS, *Protokolle von Zeugenverhören als Quellen zur Wahrnehmung von Zeit und Lebensalter in der Frühen Neuzeit*, in: Anette Baumann u.a. (Hgg.), *Prozessakten als Quelle* (QFHG 37), Köln/Weimar/Wien 2001, 141–164; DERS., *Wahrheit, Wissen, Erinnerung. Zeugenverhörprotokolle als Quellen für soziale Wissensbestände in der Frühen Neuzeit (Wirklichkeit und Wahrnehmung in der Frühen Neuzeit 1)*, Münster u.a. 2002.

⁷⁰ DFG-Projekt 324472552 „Visuelle Evidenz. Manuskriptkarten, Genealogien und ihre Darstellungsmedien in ihrer Funktion als Beweismittel vor dem Reichskammer-

Neben Wolfgang Sellert, auf den die heute intensiver denn je betriebene Auseinandersetzung mit dem Reichshofrat zurückzuführen ist,⁷¹ ist es Bernhard Diestelkamp zu verdanken, dass sich der Forschungszweig bereits früh nicht nur auf die inneren Verhältnisse des Gerichts und seine Bedeutung für das Reich und seine Glieder konzentrierte. Vergleiche mit anderen Höchstgerichten im Reich, namentlich dem Reichshofrat, dem Wismarer Tribunal und dem Rottweiler Hofgericht,⁷² und der Höchstgerichtsbarkeit in anderen europäischen Ländern gehörten ebenfalls zu seinen wissenschaftlichen Fragestellungen. Ein internationaler Vergleich stand erstmals 1993 im Zentrum von Diestelkamps Interesse, als er hierzu das 3. Wissenschaftliche Kolloquium veranstaltete.⁷³ Das Reichskammergericht

gericht (1495–1806)“, <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/324472552> (zuletzt besucht am 20.03.2020).

⁷¹ Zuerst WOLFGANG SELLERT, Über die Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht, insbesondere in Strafsachen und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, N.F. 14), Aalen 1965. Das Projekt der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Österreichischen Staatsarchiv zur Erschließung der Reichshofratsakten geht im Wesentlichen auf seine Initiative zurück.

⁷² Dazu zuletzt, jeweils m.w.N., die bilanzierenden Beiträge von NILS JÖRN, Das Wismarer Tribunal – Geschichte und Arbeitsweise eines Gerichts sowie Verzeichnung seiner Prozeßakten, in: Battenberg/Schildt, Das Reichskammergericht im Spiegel (Fn. 3), 269–287, und EVA ORTLIEB, Reichshofrat und Reichskammergericht im Spiegel ihrer Überlieferung und deren Verzeichnung, in: ebd., 205–224. Zum Wismarer Tribunal v.a. schon Nils Jörn/Bernhard Diestelkamp/Kjell Åke Modéer (Hgg.), Integration durch Recht. Das Wismarer Tribunal (1653–1806) (QFHG 47), Köln/Weimar/Wien 2003. Zum Rottweiler Hofgericht ULRIKE SCHILLINGER, Die Neuordnung des Prozesses am Hofgericht Rottweil 1572. Entstehungsgeschichte und Inhalt der Neuen Hofgerichtsordnung (QFHG 67), Köln/Weimar/Wien 2016.

⁷³ Die Ergebnisse finden sich in: Bernhard Diestelkamp (Hg.), Oberste Gerichtsbarkeit und zentrale Gewalt im Europa der Frühen Neuzeit (QFHG 29), Köln/Weimar/Wien 1996.

Überblicke zum Forschungsstand liefern etwa Leopold Auer/Werner Ogris/Eva Ortlieb (Hgg.), Höchstgerichte in Europa. Bausteine frühneuzeitlicher Rechts-

wurde damit ins Verhältnis zu anderen höchsten Rechtsprechungsorganen gesetzt; Einblicke in den Aufbau und die Funktionsfähigkeit auch anderer frühneuzeitlicher Höchstgerichte stellten diese auch als politische Instrumente zentraler Gewalt in Europa dar. Die hierauf folgende Konferenz zum Verhältnis zwischen dem Reichshofrat und dem Reichskammergericht hinterfragte kritisch, ob zwischen diesen beiden Höchstgerichten im Reich das überkommene Bild eines echten Konkurrenzverhältnisses wirklich aufrechterhalten werden könne.⁷⁴ Ebenfalls hier anzusiedelnde Aspekte sind freilich bis heute nicht abschließend erörtert. So könnten etwa viele der Rottweiler Prozesse dank der Inventare des DFG-Projekts „Reichskammergericht“ bzw. der laufenden Neuverzeichnung der Wiener Reichshofratsakten rekonstruiert werden. Die Rottweiler Prozessakten selbst wurden zwar zum größten Teil im 19. Jahrhundert kassiert. Doch die Verfahren gelangten häufig im Wege der Appellation an das Reichskammergericht oder den Reichshofrat, so dass die Hofgerichtsakten dort als Vorakten vielfach noch vorhanden sind und auf diese Weise zur Erschließung der Geschichte des Rottweiler Hofgerichts ausgewertet werden können.⁷⁵

Erst seit jüngerer Zeit widmen sich die Veranstaltungen von Gesellschaft und Netzwerk verstärkt auch der Einbeziehung der unteren Instanzen. Dadurch wird der Forschungszweig der Justizforschung erheblich erweitert, indem die Rolle des Reichskammergerichts als Rechtszuginstanz in einer Gesamtbetrachtung kontextualisiert und dabei auch der Bedeutung der Spruchkörper unterhalb der Reichsebene nachgegangen wird. Für die Untersuchungen, die die Gemengelage der ordentlichen Gerichtsbarkeit und anderer, ebenfalls

ordnungen (QFHG 53), Köln 2007; Alain Wijffels/Remco van Rhee (Hgg.), *European Supreme Courts. A portrait through history*, London 2013.

⁷⁴ Wolfgang Sellert (Hg.), *Reichshofrat und Reichskammergericht. Ein Konkurrenzverhältnis* (QFHG 34), Köln/Weimar/Wien 1999.

⁷⁵ RAIMUND J. WEBER, Besprechung von Ulrike Schillinger (Fn. 71), in: *ZfLG* 77 (2018), 409 f., hier 410.

Zuständigkeit für sich in Anspruch nehmender Gerichte und ihr Verhältnis zueinander näher analysieren, wird derzeit der Begriff der „Gerichtslandschaft“ diskutiert.⁷⁶ Unter Einbeziehung eben auch dieser vielfältigen Ausprägungen von Spruchkörpern bündeln schließlich die jüngsten bzw. bevorstehenden Veranstaltungen epochenübergreifend prozessuale wie auch materiellrechtliche Aspekte zusammen, in denen es um die verschiedenen Formen der Urteilsfindung in der europäischen Rechtskultur ging und um den Strafprozess gehen wird.⁷⁷

Etliche der soeben angerissenen Forschungsergebnisse gehen auf Veranstaltungen zurück, die hier in Wetzlar unter dem Dach einer Institution stattfanden und stattfinden, die für den Zweig der Justizforschung mittlerweile international bekannt ist. Die Gründung der Gesellschaft geht auf eine Initiative von Georg Schmidt-von Rhein und Walter Froneberg, damals Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar, im Jahr 1985 zurück.⁷⁸ In seiner „Erklärung zur Gründung der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung“ vom 20.06.1985 begründete Schmidt-von Rhein das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung mit Worten, die heute mehr denn je wieder Geltung für

⁷⁶ Zuletzt ANJA AMEND-TRAUT/JOSEF BONGARTZ/ALEXANDER DENZLER/ELLEN FRANKE/STEFAN A. STODOLKOWITZ, Gerichtsvielfalt und Gerichtslandschaften. Annäherungen und Perspektiven, in: Dies. (Hgg.), Unter der Linde und vor dem Kaiser. Neue Perspektiven auf Gerichtsvielfalt und Gerichtslandschaften im Heiligen Römischen Reich (QFHG 73), Wien 2020, 7–38.

⁷⁷ Die Ergebnisse des 11. Wissenschaftlichen Kolloquiums der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung „Urteiler, Richter, Spruchkörper. Entscheidungsfindung und Entscheidungsmechanismen in der Europäischen Rechtskultur“, das vom 25. bis 28.04.2018 in Wetzlar stattfand, werden als Tagungsband voraussichtlich im Herbst 2020 erscheinen. Das 12. Wissenschaftliche Kolloquium wird sich unter dem Titel „Von Bußen und Strafen. Gerichtliche Verfolgung von Unrecht“ im Jahr 2021 mit dem Strafprozess beschäftigen.

⁷⁸ Zur Geschichte der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, des Museums und der Forschungsstelle GEORG SCHMIDT-VON RHEIN, Die friedensstiftende Funktion des Rechts: Eine Idee bestimmt Entstehung und Entwicklung der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, in: Battenberg/Ranieri, Zentraljustiz (Fn. 29), 457–464.

sich beanspruchen: „In einer Zeit, in der Gewalt und Fanatismus die Oberhand zu gewinnen drohen, müssen wir das Recht, den Rechtsstaat und seine historischen Wurzeln wieder in den Vordergrund des Bewußtseins aller rücken.“ Dafür sollten v.a. die Grundlagen freigelegt werden, „auf denen unser demokratisches rechtsstaatliches System erwachsen ist.“⁷⁹

Bernhard Diestelkamp stand schon in der Gründungsphase dem eingesetzten Gremium beratend zur Seite und betonte die wissenschaftliche Komponente der gesamten Unternehmung; dem von ihm zusammengestellten Wissenschaftlichen Beirat, der den Vereinsvorstand wissenschaftlich berät, saß er von der ersten Stunde an für die nachfolgenden 26 Jahre vor. Seit dieser Zeit entfaltet der Beirat eine Vielzahl von wissenschaftlichen Aktivitäten, die den Austausch zwischen Vertretern des Forschungszweigs gleichermaßen in idealer Weise ermöglichen, aber eben auch interessierten Bürgern zum Teil zugänglich sind. Erwähnt seien hier die Kolloquien, die mindestens zweimal jährlich anberaumten Abendvorträge,⁸⁰ die in der eigenen Schriftenreihe der Gesellschaft publiziert werden,⁸¹ und die Einrichtung eines „Instituts für Gerichtsforschung“, also der späteren Forschungsstelle im Jahre 1991, versehen mit einer vollen Mitarbeiterstelle. Letztere geht maßgeblich auf die Bemühungen Bernhard Diestelkamps und Winfried Schulzes, damals Mitglied des wissenschaftlichen Beirats, zurück. Dabei plante unser Jubilar übrigens sehr detailreich: Denn für die Grundausrüstung war neben einem Büro mit moderner EDV auch ein Wohnraum mit „1 Bett, 1 Stuhl, 1 Kleiderschrank, 1 kleines Regal, 1 Sessel, 1 Tischchen“ vor-

⁷⁹ Aus: Aktenbestand des Wissenschaftlichen Beirats.

⁸⁰ Ein Überblick über wissenschaftliche Veranstaltungen der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V. Wetzlar von 1987 bis heute ist auf der Homepage der Gesellschaft einsehbar: <http://www.reichskammergericht.de/>.

⁸¹ Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Titelübersicht unter <http://www.reichskammergericht.de/>.

gesehen.⁸² Von Beginn an legte Bernhard Diestelkamp stets größten Wert auf interdisziplinäre Zusammenarbeit; nicht nur Rechtshistoriker, sondern auch Historiker aus verschiedenen Fachrichtungen und Archivare waren und sind stets als Teilnehmer der wissenschaftlichen Veranstaltungen und als Mitglieder des Beirats eingebunden. Bis heute wird dieser überaus fruchtbaren Tradition gefolgt. Der Forschungszweig expandierte weiter: 1999 formierte sich das Netzwerk Reichsgerichtsbarkeit, ein Zusammenschluss von Nachwuchswissenschaftlern, die sich seither ebenfalls regelmäßig zu Veranstaltungen zusammenfinden und ihre Ergebnisse teilweise publizieren.⁸³

Sowohl die Gesellschaft als auch das Museum und die wissenschaftlichen Aktivitäten erfreuten sich von Beginn an der stets sehr großzügigen Unterstützung der Stadt Wetzlar. Das 1987 eröffnete Museum gibt Besuchern einen informativen Einblick in die Geschichte und die Arbeit des Reichskammergerichts. Derzeit wird eine neue Dauerausstellung konzipiert. Dass diese kulturelle Einrichtung Wetzlars bis heute nicht bloß auf lokales Interesse stößt, sondern regelmäßig Forscherinnen und Forscher aus dem In- und Ausland anzieht, geht auf die weichenstellenden Anstrengungen Bernhard Diestelkamps zurück.

Lieber Bernd, meine Ausführungen haben es deutlich gemacht: Der Forschungszweig kann auf viele Aspekte zurückblicken, die bereits geleistet wurden, doch es gibt immer noch viele Fragen zu beantworten und daran wird anhaltend gearbeitet. Die vergangene und zukünftige Beschäftigung mit der Geschichte dieses zentralen

⁸² Einrichtungsliste vom 22.02.1988, als Anlage zum Schreiben an den seinerzeitigen Leiter der Städtischen Sammlungen der Stadt Wetzlar Hartmut Schmidt. Aus: Aktenbestand des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

⁸³ Nähere Informationen unter <https://blognetzwerkreichsgerichtsbarkeit.wordpress.com/>.

Verfassungsorgans hast Du, lieber Bernd, im Wesentlichen angestoßen und damit den Grundstein dafür gelegt, dass Dein Wunsch, nämlich „dem Reichskammergericht in der Justizgeschichte Europas den ihm zustehenden Platz zu verschaffen“, ⁸⁴ in Erfüllung geht!

⁸⁴ DIESTELKAMP, Rechtsleben (Fn. 4), 480.

„Zeitgeschichte“

– zur Jubiläumsfeier für Bernd Diestelkamp am 12.07.2019 in Wetzlar

Joachim Rückert

... noch bin ich ganz bewegt von dem wunderschönen Lerchengesang in Haydns Lerchenquartett, aber nun heißt es:

Lieber Bernd, liebe Festgemeinde!¹

Man hat mich eingeladen, mit einer gewissen unwiderstehlichen Intensität, heute und hier etwas über Deine „Zeitgeschichte“ zu sagen. Das erscheint mir nun vor der mehrfach vorgeführten großen Mittelalterschwester doch wie ein kleines Aschenputtel. Aber das will natürlich genauer betrachtet sein. Also will ich die Einladung gerne annehmen – freilich: Mit solch‘ einem Auftrag wird der Zeithistoriker buchstäblich zum Opfer der eigenen Zeitgeschichte. Alle bekannten Einwände türmen sich auf:

- die *Befangenheit* aus persönlichem Erleben – wie soll man da *objektiv* sein;
- die *Schwierigkeiten der Quellenerschließung* – schon deswegen, weil ich Dich als Hauptquelle überraschungshalber nicht befragen sollte
- und die *Kontexte* der allgemeinen Geschichte, die man immer dringend braucht, um etwas zu verstehen, liegen für die jüngste Zeitgeschichte noch immer ziemlich ungeordnet vor uns.

¹ Der Text entspricht vollständig meinem Vortrag am 12.07.2019, bis auf den ergänzten Satz vor dem Schlussabschnitt. Hinzugefügt sind die knapp gehaltenen Fußnotenbelege und am Ende eine Zusammenstellung der einschlägigen Titel von Diestelkamp. Diese werden nach den Erstdrucken zitiert, nicht nach dem Sammelband von 2001.

Da kann man sich nur sagen: „Nur Mut.“ Unter diesen heiklen Bedingungen halte ich mich an drei einfache Fragen:

1. Was hat Diestelkamp eigentlich gemacht, als er Zeitgeschichte anfang?
2. Wie hat er das gemacht? Und
3. Wie gut hat er das gemacht?

I. Was hat Diestelkamp eigentlich gemacht mit *Zeitgeschichte*?

Anfangen hat er die Zeitgeschichte doppelt. Wir kennen natürlich die Außenseite, nämlich das Gedruckte. Das begann 1980 mit einer immer noch unübertroffenen Aufsatzserie über „Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Sie erschien 1980 und 1981 in sechs Folgen auf rund 30 Seiten DIN A4, also rund 50 normalen Buchseiten.² Er hat das mit sechzehn weiteren, durchweg grundlegenden Aufsätzen ausgebaut.

Der zweite und eigentliche Anfang war aber das Ungedruckte. Davon weiß man meist nichts Klares, aber mir halfen mehrere glückliche Umstände: zuerst die Idee, der Lehrtätigkeit des Professors Diestelkamp nachzugehen; dann die Tatsache, dass inzwischen die Frankfurter Vorlesungsverzeichnisse alle online stehen;³ und schließlich die für uns ebenso glückliche Tatsache, dass dieser Professor von 1968 bis 1994 Frankfurt treu blieb. So brauchte ich also nur diese 26 Jahre und 52 Frankfurter Semester auf dem Bildschirm durchzu-

² Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Juristische Schulung, 1980, 1. Teil: Die Stunde Null, 401–405, 481–485, 2. Teil: Deutschlands Einheit-Deutschlands Teilung, 790–796, und 1981, 3. Teil: Die Rekonstruktion des Verwaltungsapparates, 96–102, 409–413, 488–494.

³ Vorlesungsverzeichnisse der Universität Frankfurt, in <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/frontdoor/index/index/docId/25223> (zuletzt besucht am 07.07.2019).

blättern. Das erwies sich als überaus aufschlussreich. Bekanntlich war ja in Frankfurt einiges los, sogar in der Provinz der Rechtsgeschichte.⁴

In seiner Lehrtätigkeit kann man nun unseren jungen Bernd geradezu seismographisch wirken sehen. Er begann ganz brav im Sommer 1968 mit „Erbrecht“, im Winter darauf mit „Deutscher Rechtsgeschichte“, „Sachenrecht“ und einem Seminar „zur höchsten Gerichtsbarkeit im Mittelalter“. Das waren damals die Hauptfächer des knapp 40-jährigen Freiburger Privatdozenten und frischgebackenen Frankfurter Professors. Aber schon im nächsten Sommer, 1969, tat er sich zusammen mit dem damals als revolutionär geltenden Dieter Simon zu einem Seminar über „Probleme des Privatrechts im 19. Jahrhundert“. Das klingt harmlos, aber damals hieß das, den Grundlagen der Rechtsgeschichte der „bürgerlichen Epoche“ antibürgerlich nachzugehen.

Diese Deutung erscheint umso wahrscheinlicher, als Bernd im Sommer 1970 ganz allein nachlegte und eine Vorlesung über „Rechtshistorische Probleme des 20. Jahrhunderts“ hielt, sowie ein Seminar über „Probleme der modernen Rechtsgeschichte“. Die Vorlesung wiederholte er auch sofort im Folgesemester. Zugleich und parallel hielt Dieter Simon die nun Tradition werdende Erstsemester-Einführungsvorlesung über „Historische Grundlagen des bürgerlichen Rechtsstaates“ (1970). Im zweiten Semester wurde das zu einer Vorlesung „Der bürgerliche Rechtsstaat und sein Sozial- und Rechtsmodell“ erweitert. Diese Vorlesungen ersetzten nun das alte Rechtsgeschichtsprogramm. Das Programm war nun „Grundlagen des Rechts“ für die ersten beiden oder anfangs auch drei Semester. Die große anti-

⁴ Vgl. BERND DIESTELKAMP, Kurzer Abriss einer Geschichte der Fakultät/des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, in: 100 Jahre Rechtswissenschaft in Frankfurt. Erfahrungen, Herausforderungen, Erwartungen, hgg. Vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2014, 11–104. hier 74 ff., 85 ff., 91; DERS., Schmerzhafter Umbruch. 1968 im Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität, in: Forschung Frankfurt. Das Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität, 2018, Heft 1, 27–30; NOTKER HAMMERSTEIN, Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Bd. 2: Nachkriegszeit und Bundesrepublik, 1945–1972, Göttingen 2012.

bürgerliche Linie hatte Rudolf Wiethölter kurz zuvor in seinem Kulturbuch „Rechtswissenschaft“ von 1968 abgesteckt.⁵ Die Grundlagen des Rechts kamen nun höchst eindrucksvoll sozusagen im 5-Spänner vor den Erstsemestern vorgefahren: Montags geschichtlich, dienstags sozialwissenschaftlich und methodologisch, mittwochs zivilrechtlich, donnerstags strafrechtlich, freitags öffentlichrechtlich – nicht unbedingt in dieser Reihenfolge, aber stets mit den jeweiligen fünf Fachvertretern. Und Diestelkamp immer treu dabei, fünfzehnmal, in immer neu gemischtem Gespann.

Das war schon sehr anders als ich es dann in den 1990er Jahren erlebte. Nur Hannover, soweit ich sehe, hatte seit 1984 den Anfang ebenfalls so breit, und sogar noch breiter vom Stundenumfang her, angeboten. Dieser Grundlagenaspekt gehört wesentlich zur neuen Zeitgeschichte. Sie war dezidiert auf die Verknüpfung von Recht und Gesellschaft ausgerichtet.

Ich habe mir eine schöne Tabelle zu seiner Lehrtätigkeit angelegt, kann aber das ganze Ausmaß der grundlegenden Erweiterung des Diestelkampschen Wissenschaftsprogramms auf Zeitgeschichte hier nicht ausbreiten. Es wird auch begleitet von einer Beschränkung: Denn die beiden altherwürdigen Fächer „Deutsche Rechtsgeschichte“ und „Deutsches Privatrecht“ verschwanden eine Weile fast ganz aus der Lehre, das „Deutsche Privatrecht“ für immer, offenbar irgendwie abgelöst ab 1982 durch die „Privatrechtsgeschichte der Neuzeit“. Die „Deutsche Rechtsgeschichte“ kehrte zur gleichen Zeit, 1982, fast ironischerweise wieder im neuen Wahlfachstudium, vermutlich in etwas anderer Gestalt? Das sieht man dem bloßen Titel im Vorlesungsverzeichnis aber nicht an. Da wäre *oral history* fällig, also

⁵ RUDOLF WIETHÖLTER, Rechtswissenschaft, in Fischer Bücherei. Funk-Kolleg zum Verständnis der modernen Gesellschaft. Eine Vorlesungsreihe der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem hessischen Rundfunk, Bd. 4, Oktober 1968, Frankfurt am Main 1968.

interviewing, wie es damals in Mode kam. „Der rote Großvater erzählt“⁶ – das waren einschlägige Titel.

Wirklich spannend für die Diestelkampsche Zeitgeschichte wird es erst etwas später. Das zeigt ein Blick in die beweglichere Welt der Seminare. Im Winter 1977 liest man, ich hätte fast gesagt: plötzlich, von einem Seminar zur „Vorgeschichte des Grundgesetzes. Zeitgeschichte als Nachkriegsgeschichte“! Das war ganz neu. Die neueste Zeitgeschichte wurde damit aus ihren kläglichen Fesseln als Einleitungshistorie zu Dogmatikbüchern befreit.

Und nun geht die Eroberung der Fast-Gegenwart in den Seminaren Schritt für Schritt voran: Ich nenne nur die Titel: „Vorgeschichte der Bundesrepublik“ 1978 und 1983, „Nürnberger Prozess“ 1984, „Strafrechtliche NS-Richterverfolgung in der BRD“ 1985, „Rechtsordnung der Nachkriegszeit“ 1985, „Kontrollratsgesetzgebung und Rechtsprechung“ 1990, „Verfassungsentwicklung in den Westzonen und der SBZ“ 1990/91.

Was ist daran so spannend? Ganz einfach: Hier beginnt die eigene Zeitgeschichte Diestelkamps. Es ist die Zeitgeschichte der Nachkriegszeit. Er wagte nun den Sprung in die Dekade nach 1945. Die eingangs erwähnte Aufsatzserie zur „Frühgeschichte der Bundesrepublik“⁷ ist schon das Ergebnis intensiver Studien dazu. Mit diesem Sprung machte sich Bernd zum Pionier eines ganzen neuen Fachs, wie es ihm später auch bescheinigt wurde.⁸ Bis dahin hatte man ja, das muss man an dieser Stelle wissen, unter Juristischer Zeitgeschichte so gut wie nur die NS-Zeit bearbeitet. Sehr langsam erschienen nun die Nachkriegszeit und die Bundesrepublik auch in den Neuauflagen mancher rechts-

⁶ Der Rote Großvater erzählt. Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914–1945, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Frankfurt a.M., 1974.

⁷ Siehe Fn. 2.

⁸ Siehe die Rezension von FRANK-RUTGER HAUSMANN, in: H-Soz-Kult, 18.03.2002, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-3117?title=b-diestelkamp-rechtsgeschichte-als-zeitgeschichte&recno=11&q=Diestelkamp&sort=&fq=&total=12> (zuletzt besucht am 08.07.2019).

historischer Lehrbücher (z.B. Mitteis-Lieberich ¹⁷1985, Laufs ³1984, Eisenhardt ¹1984).⁹ Da hatte Diestelkamp zentrale Teile schon genauer erforscht und dargestellt. Grundlegende Promotionen, von ihm angeregt, folgten, so Matthias Etzel 1992 über die Kontrollratsgesetzgebung und Susanne Jung 1992 über den Nürnberger Juristenprozess, den sogenannten „Nachfolgeprozess“¹⁰ – und wohl noch weitere, deren Genese ich nicht verfolgt habe.

Noch zäher als in den Lehrbüchern verlief der Neuerungsprozess in den Zeitschriften. Erstaunlich langsam und schwankend findet sich die Nachkriegszeitgeschichte sogar in der von Diestelkamp schon 1979 mitgegründeten „Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte“ (ZNR): zur Nachkriegszeit nur ein Aufsatz in der ersten Dekade bis 1989, dann fünf in der zweiten bis 1999, aber wieder nur einer in der dritten bis 2009. War die Nachkriegszeitgeschichte für die meisten Rechtshistoriker also nur eine Modewelle? Etwas mehr bietet immerhin die Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung – nämlich zwei, vier und dreizehn in den jeweiligen Dekaden bis 2008. Die Vermehrung kommt durch die hier gedruckten Sektionen Zeitgeschichte beim Rechtshistorikertag in Regensburg 1998 und Halle 2006 mit je vier Beiträgen für nach 1945 – quasi eine Fernwirkung Diestelkamps, denn sie wurden organisiert durch seinen Nachfolger in Frankfurt, also durch mich.

Wenn Modewelle, war es jedenfalls eine sehr neue Welle. Noch 1968 hatte z.B. Diestelkamps einflussreicher Lehrer Hans Thieme unter dem Titel „Rechtsgeschichte und Zeitgeschichte“ einen uns fast

⁹ HEINRICH MITTEIS/HEINZ LIEBERICH, Deutsche Rechtsgeschichte (zuerst 1949), 17. Aufl., München 1985; ADOLF LAUFS, Rechtsentwicklungen in Deutschland (zuerst 1978), 3. Aufl., Berlin 1984; ULRICH EISENHARDT, Deutsche Rechtsgeschichte, 1. Aufl., München 1984.

¹⁰ Beide erschienen als Bd. 7 und 8 in der neuen Reihe „Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts“, hg. von Knut Wolfgang Nörr, Bernd Rüthers, Dieter Simon und Michael Stolleis, Tübingen 1988 ff., derzeit 111 Bände.

naiv erscheinenden Festschrift-Beitrag verfasst.¹¹ Er schrieb, ein „be-
trächtlicher Wandel“ sei ihm aufgefallen. Auch der Rechtshistoriker
befasse sich, so Thieme, „heute mit Fragen, die unsere heutige Welt
angehen.“ Das alte „Pathos der Distanz“ zum Selbsterlebten sei „über
Bord geworfen.“ Aber dann geht es ihm im Wesentlichen nur darum
anzupreisen, was die Rechtsgeschichte der allgemeinen Zeitgeschichte
bieten könne.

Ganz anders bei Diestelkamp schon ein Jahr später. Bei ihm
entsteht nun entschieden Rechtsgeschichte als Zeitgeschichte (wie er
es 1985 und dann 2001 im Druck nennt),¹² d.h. eine Vorlesung „Vom
Kaiserreich zur Bundesrepublik“. ¹³ Rechtsgeschichte wurde damit
eigener Teil der Zeitgeschichte. Nach dreißig Jahren durfte und sollte
man sich also nun fachgerecht an die Nachkriegszeit 1945 erinnern.
Dieses Zögern war übrigens nicht einfach ein Ergebnis einer be-
rühmten „Schweigespирale“ nach 1945.¹⁴ Denn die eingangs erwähnten
Hindernisse (Befangenheit, Quellenproblem, Kontextproblem) waren
natürlich ein ganz normaler, guter Grund für geschichtswissenschaft-
liches Zögern.

Aus Diestelkamps neuer Lehre wurde bald gedruckte Wissenschaft
– das war wichtig, denn nur das gedruckte Wort scheint ja als
Wissenschaft zu zählen. Die erwähnten Aufsätze dazu liegen, fast alle

¹¹ Rechtsgeschichte und Zeitgeschichte, in: *Discordia concurs*, Festgabe für Edgar
Bonjour zu seinem 70. Geburtstag am 21. August 1968, Bd. 1, Basel u.a. 1968, 225–
236.

¹² Rechtsgeschichte als Zeitgeschichte. Historische Betrachtungen zu Entstehung und
Durchsetzung der Theorie vom Fortbestand des Deutschen Reiches als Staat nach
1945, in: *ZNR* 7 (1985), 187–207; Rechtsgeschichte als Zeitgeschichte. Beiträge zur
Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Baden-Baden 2001.

¹³ Viel später erschien dazu KARL KROESCHELL, *Deutschlands Rechtsgeschichte im
20. Jahrhundert*, Göttingen 1992, die ebenfalls mit dem Kaiserreich einsetzt, anders
als im Titel; bis heute alleinstehend.

¹⁴ ELISABETH NOELLE-NEUMANN, zuerst: *Die Schweigespирale und der Prozeß der
öffentlichen Meinung*, Mainz 1972, sodann: *DIES., Öffentliche Meinung. Die
Entdeckung der Schweigespирale*, Frankfurt 1989.

wünschenswert greifbar in dem schönen Sammelband von 2001, vor.¹⁵ Nur die kleine Bibliografie darin zu seinen zeitgeschichtlichen Texten ist nicht ganz vollständig und in einem Fall verwirrend; in Nr. 4, Kontinuität und Wandel ..., ist nicht, wie angegeben, die Fassung von 1986, sondern die revidierte Fassung von 1996 abgedruckt. Offenbar hatte hier der immer so genaue Meister selbst keinen kritischen Blick mehr auf den Text geworfen. Von den neunzehn Aufsätzen betreffen einige die NS-Zeit, die Mehrheit von vierzehn Texten aber ist vier zentralen Themenbereichen der juristischen Nachkriegszeit nach 1945 gewidmet. Alle zeigen Forschung, nicht nur kompilierte Darstellung. Besonders am Herzen lagen Bernd danach die Verfassungsentwicklung (6-mal), die große Frage von Kontinuität und Wandel nach 1945 (3-mal), die Rolle der Rechtswissenschaft dabei (2-mal), die Rolle der Justiz und des Strafrechts gegenüber der NS-Erbenschaft (2-mal) und der Aufbau der Verwaltung mit der Entnazifizierung (1-mal). Man beachte die große Spannweite. Der Rechtshistoriker muss eben, wie ich es gerne mit etwas Understatement ausdrücke, ein wenig Dilettant in allen juristischen Fächern sein.

Damit hatte Bernd ein neues rechtshistorisches Fach geschaffen und gefüllt. Er hat die vielberedete Stunde Null, die in vielem keine war, in vielem aber doch,¹⁶ ernst genommen und die Kontinuität und den Wandel, die sie bedeutete, erforscht und dargestellt.

II. Wie hat er das gemacht?

Das sollte die zweite Frage sein. Dazu hier nur fünf Stichpunkte:

- immer kurz und prägnant, in nicht selten lapidar knappen Faktensätzen;

¹⁵ Siehe Fn. 12.

¹⁶ Siehe nur HAMMERSTEIN (Fn. 2), 11 f.; spezieller JOACHIM RÜCKERT, Abbau und Aufbau der Rechtswissenschaft nach 1945, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 48 (1995), 1251–1259.

- immer intensiv historisch und quellennah, zum Beispiel durch mühsame Archivarbeit, sorgfältige Erschließung und Auswertung von allgemeinen Akteneditionen, Memoiren usw. usw. – also mit ganz breitem Kontext;
- immer bestens orientiert auch in der Literatur, der rechtshistorischen ohnehin, aber auch der politik-, sozial- und ökonomiegeschichtlichen;
- oft auch bemerkenswert meinungsstark, dazu noch sogleich;
- oft auch mit bemerkenswert großen Linien, auch dazu noch sogleich.

III. Wie gut hat er es gemacht?

Diese Frage klingt gefährlich für einen Jubiläumsbeitrag. Aber man sieht, sie setzt das Ergebnis „gut“ schon voraus ..., nur: *wie* gut, lautet ja die Frage. Trotzdem könnte natürlich auch eine untere Grenze herauskommen ...

Maßstäbe dafür lassen sich nur im Vergleich gewinnen. Ganz abstrakt zählen hier für Historiker die Quellen und die Darstellung. Für die Quellenseite kommt es an auf deren Erschließung, Beherrschung und Interpretation. Ein Mediävist wie Bernd hatte dafür natürlich ohnehin die denkbar beste Schulung erfahren und schon bewiesen, wie wir gehört haben. Das Mittelalter ist die hohe Schule der Quellenarbeit. Die scheinbare Nähe der Gegenwart nach Sprache, Quellengestalt und Quellenkontext verführt demgegenüber leicht zu Nachlässigkeit in diesem Punkt. Genau das leistet sich Diestelkamp nie. Sogar sein Einführungsaufsatz zur „Frühgeschichte der Bundesrepublik“, geschrieben für eine Ausbildungszeitschrift, lässt in diesen Punkten kein Jota nach.¹⁷ Den Studenten mutet er unerschrocken viel reine Geschichte und Rechtsgeschichte zu. Er geht immer auf die Originale zurück, auch wenn das damals noch mühsame Archivreisen notwendig

¹⁷ Probleme (Fn. 2), nicht im Sammelband 2001.

machte, wie er einmal bemerkte. Denn 1980 waren die verschiedenen Archivalien noch nicht im Bundesarchiv zusammengeführt.

Und er führt die Quellen in zentralen Zitaten vor. Nicht zuletzt dadurch sind seine Texte so anschaulich und plastisch. Solche Zitate sind zudem die beste Selbstkontrolle für einen Geschichtsschreiber.

Seine Interpretationen bleiben nicht bei den Quellen stehen. In der erwähnten revidierten Fassung von 1996 formulierte er das einmal so: „Aufgabe des Historikers ist es, die Vorgänge der Vergangenheit Zeitgenossen in einer so sinnhaften Ordnung vorzuführen, dass er sie als für sich wichtig erkennen kann. Dazu gilt es – gerade in der Zeitgeschichte – herauszuarbeiten, welche Faktoren aus früheren Zeitabschnitten weitergewirkt und welche Momente den Prozess neu beeinflusst haben. Dabei genügt es nicht, die Rechtsordnung nur systemimmanent zu betrachten, weil Recht in der Entstehung wie im Wirken immer ein Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen ist.“¹⁸

Überlegungen zu Zusammenhängen stellt er in diesem Sinne gerne und bisweilen hartnäckig an. Zum Beispiel,

- ob die Nachkriegszeit eine Zeit der Restauration war,¹⁹ ein immer noch virulentes Thema,
- oder in welchem Sinne Kontinuität und Wandel vorliegen, ebenfalls ein Dauerbrenner,
- oder ob die Entnazifizierung gescheitert war oder nicht,²⁰
- oder ob die Justiz der frühen Bundesrepublik eine Justiz von Nazirichtern gewesen sei.²¹

¹⁸ Kontinuität und Wandel in der Gesellschafts- und Rechtsordnung vor und nach 1945, in: Zwischen Kontinuität und Fremdbestimmung. Zum Einfluss der Besatzungsmächte auf die deutsche und japanische Rechtsordnung 1945–1950, Deutsch-japanisches Symposium in Tokio vom 6. bis 09. April 1994, Tübingen 1996, 15–35, hier 15.

¹⁹ Kontinuität und Wandel in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts (= Rezension zu Werner Conze/Mario Rainer Lepsius (Hgg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983), in: Rechtshistorisches Journal (RJ) 4 (1985), 155–170, hier 169 f.

²⁰ Probleme 1981 (Fn. 2), 489 ff.

Als einer der Wenigen trennt er bei der vieldiskutierten Entnazifizierung – also der sprichwörtlichen „Mitläuferfabrik“²² – sauber zwischen Programm und Durchführung. Er steht meist mehr auf der kritischen Seite der Kontinuität. Immer aber beantwortet er solche Fragen konkret und differenzierend, nicht apodiktisch, rhetorisch oder nebelhaft abstrakt. Nur ganz selten scheinen einmal gewisse Vorverständnisse durch, so wenn er Ludwig Erhard als „Neoliberalen“ bezeichnet²³ – wie das 1981 wohl gemeint war? – oder wenn er von „Faschismus“ spricht, obwohl dieses Pauschalwort in den Quellen fehlt.²⁴

Seine Fragen entspringen aus klaren Hypothesen und die Antworten kommen intensiv argumentativ. Der großen Versuchung zu publikumswirksamen Beschreibungs- und Zusammenhangsphrasen in aktualisierter Sprache widersteht er. Z.B. steht die Überschrift „Stunde Null“ natürlich in Anführungszeichen, schon 1980, als das noch nicht allgemein üblich war. Auch und gerade in den schwierigen Zusammenhangsfragen kann man daher viel bei ihm lernen. Denn er macht sich die Erklärungen nicht einfach. Immer wieder geht es um größere politische, soziale und ökonomische Erklärungen, kurz um „gesamtgeseftliche“ Zusammenhänge²⁵ oder auch einmal mehr theoriegestützt um eine bestimmte gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit im Streit um die juristische Kontinuität des Deutschen

²¹ Die Justiz nach 1945 und ihr Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: RJ 5 (1986), 153–176.

²² LUTZ NIETHAMMER, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin 1982; die 1. Auflage war unter dem Titel: Entnazifizierung in Bayern, Frankfurt a.M. 1971, erschienen.

²³ Probleme 1981 (Fn. 2), 98a/linke Spalte.

²⁴ Ebda., 481a und 490a.

²⁵ Justiz (Fn. 21), 174, genauer ging es um einen „gesamtgeseftlichen Verdrängungsvorgang“.

Reiches,²⁶ so mit einem damals sehr prominenten Theoriebuch von Berger/Luckmann.²⁷

Das Lesen und Lernen gestaltet er nicht zuletzt recht unterhaltsam, denn seine Texte sind durchaus bemerkenswert gewürzt. Sie zeigen nicht mit bisweilen recht temperamentvollen meinungsstarken Bemerkungen. Wenn er sich sicher ist, schreibt er das auch hin mit Worten wie „gewiss“ oder „absolut sicher“²⁸ oder „absolute Gewißheit“, d.h. nazistische Urteile seien keine „bloßen Ausnahmen“ gewesen.²⁹ Oder ganz markig: Es sei „unsinnig zu prüfen, ob und wie weit diese Fiktion“ einer Kontinuität des Deutschen Reiches „mit der Realität übereinstimmt, weil eine Fiktion damit nichts zu tun haben kann“ – dies immerhin gegen die großen Sozialhistoriker Conze und Lepsius.³⁰ Auch verfehlte Deutungen und Naives und Verfälschendes markiert er unverblümt.³¹ Milde moniert er an einem Kelsen-Kritiker, er habe eine „Stilgrenze überschritten“.³²

Im NS-Zusammenhang wird er im Februar 1986 besonders deutlich. Die Würze wird zur klaren Wertung: So liest man: Selbst „widerwärtigste Militär- und Standgerichtsfälle“³³ und „schreckliche (Justiz)Ergebnisse“³⁴ seien von der westdeutschen Justiz „ungesühnt“ geblieben.³⁵ Er scheut sich nicht, einem nicht nur in der NS-Zeit prominenten Topjuristen wie Franz Schlegelberger (Staatssekretär im Reichsjustizministerium) auch gegen spätere Entlastungsmanöver zu

²⁶ Deutsches Reich (Fn. 12), Teil IV.

²⁷ PETER L. BERGER/THOMAS LUCKMANN, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie (engl. 1966), dt. Übers. Frankfurt am Main 1970.

²⁸ Probleme 1981 (Fn. 2), 101b.

²⁹ Justiz 1985 (Fn. 21), 154.

³⁰ Kontinuität 1985 (Fn. 19), 162.

³¹ Probleme 1981 (Fn. 2), 98b, 102.

³² Ebda, 483.

³³ Justiz (Fn. 21), 156 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 89).

³⁴ Ebda. 168 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 101).

³⁵ Ebda. 156, 174 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 89, 108).

bescheinigen: „Das war Mord.“³⁶ Schlegelberger hatte auf Wunsch der Gestapo einen freigesprochenen Angeklagten zur Exekution überstellen lassen,³⁷ was freilich auch nach 1945 folgenlos für Schlegelberger blieb.

Diestelkamp scheut hier auch nicht die sog. Nachsubsumtion, d.h. die Frage, ob Rechtsfälle zu ihrer Zeit korrekt gelöst wurden. In der Regel sieht man das in der Rechtsgeschichte kritisch, da die gesamten Tatumstände und die Persönlichkeit des Täters nachträglich kaum so erfasst werden können, wie von einem zeitgenössischen Richter. Aber Diestelkamp kritisiert manche Freisprüche für NS-Täter nach 1945 als „in grobem Missverhältnis zum Tatkomplex“ stehend³⁸ oder er hält fest, „für dieses Urteil gaben selbst die Normen des Dritten Reiches unmittelbar keine Legitimation her“,³⁹ oder er verwirft eine „juristisch unhaltbare Konstruktion mit einer Scheinbegründung“.⁴⁰ Die Dogmatik der Rechtsbeugung, die die Bestrafung von Richtern wegen vorsätzlicher Missachtung von Recht und Gesetz weitgehend leerlaufen ließ, nennt er freimütig „verhängnisvoll“.⁴¹ Es gebe eben Fälle, „bei denen bei der richterlichen Entscheidung über Leben und Tod Gesetz und Recht eindeutig missachtet wurden“.⁴²

Auch in den Fußnoten sagt er seine Meinung nicht selten recht deutlich: Ein Buch ist „ärgerniserregend“ weil „tendenziös“ und „unzuverlässig“ in der „Faktenaufbereitung“⁴³ usw., ein anderes dafür einfach „ausgezeichnet“.⁴⁴

³⁶ Ebda, 156, „begangen vom obersten Justizfunktionär des Reiches in Ausübung seines Amtes“ (im Sammelband 2001, Fn. 12, 88).

³⁷ Ebda, 155 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 88).

³⁸ Ebda, 159 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 92).

³⁹ Ebda, 161 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 94).

⁴⁰ Ebda, 164 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 97).

⁴¹ Ebda.

⁴² Ebda, 156 in der Fußnote (im Sammelband 2001, Fn. 12, 89).

⁴³ Ebda, 159 (im Sammelband 2001, Fn. 12, 91); gemeint ist JÖRG FRIEDRICH, Freispruch für die Nazi-Justiz, Reinbek 1983.

⁴⁴ Probleme (Fn. 2) 492a, zu JOACHIM R. WENZLAU, Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwestdeutschland, 1945–1949, Königstein im Taunus 1979.

Ich führe diese deutlich stellungnehmenden Passagen an, da sie im Vergleich den Rechtshistoriker Diestelkamp kennzeichnend hervorheben. Er stellt sich der bisweilen schwer erträglichen Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Den unangenehmen Vorgängen weicht er nicht aus, er lässt sie nicht in Einzelfallmalereien zerfließen, sondern geht durchaus einmal auf die handwerklich juristische und moralische Seite, aber stets nach umsichtiger Erwägung. Das scheint auch mir ebenso legitim wie notwendig.

Wie steht es mit der Darstellung der Zeitgeschichte bei Diestelkamp? Aus den Quellen soll die Darstellung kommen. Dafür kommt es an auf übersichtliche Ordnung, klare Prägnanz, anschauliche Plastik und deutliche, gut begründete Urteile. Geschichte schreiben ist kein Roman, auch wenn sie gerne so gut geschrieben ist wie ein Roman. Später hatten wir im Graduiertenkolleg eine schöne Stilfibel von Michael Stolleis. Diestelkamp schrieb auch schon ohne diese Hilfe gut. Er schreibt oft lapidar, manchmal fast trocken und prägnant, dazwischen mit der erwähnten Würze. Er ordnet seine Texte ausgesprochen übersichtlich. Exemplarisch zeigt das sein erster Beitrag zur Zeitgeschichte über die „Frühgeschichte der Bundesrepublik“.⁴⁵ Sehr sorgfältig und klar ist er in drei große Teile (Die Stunde Null, Deutschlands Einheit und Deutschlands Teilung, Die Rekonstruktion des Verwaltungsapparates) sowie je zwei bis fünf präzise Unterabschnitte und zum Teil noch genauere kleine Abschnitte gegliedert. Das alles fügt sich wohltuend lesbar und gehaltvoll zusammen.

Nur bei den Fußnoten leistet er sich eine gewisse Üppigkeit. Bisweilen nehmen sie eine halbe A4-Seite ein, etwa in der eben erwähnten Aufsatzserie. Der Autor ist also ein kommunikativer und aufmerksamer Wissenschaftler, der sich einlässt auf Deutungen und Meinungen und der das Publikum deutlich fordert, auch das junge Juristenpublikum. Dem dienen auch die klärenden Bewertungen in den Fußnoten.

⁴⁵ Probleme 1980/81 (Fn. 2).

Auch Stellungnahmen und Bewertungen gehören zu guter Geschichtsschreibung. Gut begründete Urteile sind in Diestelkamps Texten eine Selbstverständlichkeit. Er sammelt umsichtig die Stimmen und Zeugen und gibt die Argumentationen fair wieder, zum Beispiel besonders auffallend bei den unter deutschen Autoren wenig beliebten Texten von Hans Kelsen 1944/45 zum Untergang des Deutschen Reiches.⁴⁶ Meist ergibt sich eine klärende Differenzierung, zum Thema Restauration, zur Kontinuität oder auch zum privatkapitalistischen Einfluss der USA.

Damit soll es nun genug und gut sein. Zu viel Lob wird bekanntlich kritisch. Wie gut, nämlich schlicht sehr gut, Bernd Diestelkamp gearbeitet und geschrieben hat, hoffe ich gezeigt zu haben. Wir warten nach dem von ihm angeregten Reichskammergerichts-Museum auf das Zeitgeschichts-Museum. Wie sehr er damit die jüngsten Geschichten nicht bloß erzählt, sondern sie kritisch-urteilend, mit Christoph Dipper „programmatisch“, verarbeitet hat, das erforderte freilich einen längeren Ausflug in die Geschichte der Zeitgeschichte.⁴⁷

IV. Schluss

Ich habe über Dinge geredet, die unter Ihnen nicht nur Bernd, sondern auch manch anderer, viel besser kennt. Das war riskant. Man möge mir also manche Naivität in Sachen Frankfurt in seiner eindrucksvollen Hoch-Zeit nach 1968 nachsehen. Es war schön, noch

⁴⁶ HANS KELSEN, The International Legal Status Of Germany To Be Established Immediately Upon Termination Of The War, in: The Am. Journal of International Law 38 (1944), 689–694, und DERS., The Legal Status Of Germany According To The Declaration Of Berlin, in: The Am. Journal of International Law 30 (1945), 518–526, dazu DIESTELKAMP, Probleme (Fn. 2), 481 f.

⁴⁷ CHRISTOPH DIPPER, Die Geburt der Zeitgeschichte aus dem Geist der Krise ..., in: Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, 149–174, hier 149–153.

so viele Jahre seit 1993 in herzlicher Freundschaft den Nachglanz dieses Aufschwungs miterleben und mitgestalten zu dürfen. Dafür auch ein ganz besonders herzliches Dankeschön an unseren Bernd und alle Frankfurter! Winfried Hassemer fixierte mich einmal und sagte mit freundlichen Nachdruck: „Du bist ein Frankfurter“. Nun weiß ich etwas besser, was das wohl bedeutet haben mochte.

Vielen Dank für die Möglichkeit, diesen Dank hier auszusprechen und für Ihre und Eure freundliche Aufmerksamkeit!

Verzeichnis der einschlägigen Titel von Bernhard Diestelkamp

1980/81: Rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Juristische Schulung, 1980, 1. Teil: Die Stunde Null, 401–405, 481–485, 2. Teil: Deutschlands Einheit-Deutschlands Teilung, 790–796, und 1981, 3. Teil: Die Rekonstruktion des Verwaltungsapparates: 96–102, 409–413, 488–494.

1985: Kontinuität und Wandel in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts (= Rezension zu Werner Conze/Mario Rainer Lepsius (Hgg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983), in: RJ 4 (1985), 155–170.

1985: Rechtsgeschichte als Zeitgeschichte. Historische Betrachtungen zur Entstehung und Durchsetzung der Theorie vom Fortbestand des Deutschen Reiches als Staat nach 1945, in: ZNR 7 (1985), 187–207 (erneut 2001 als Nr. 2, 25–66).

1986: Kontinuität und Wandel in der Rechtsordnung. 1945–1955, in: Ludolf Herbst (Hg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, 85–105.

1986: Die Justiz nach 1945 und ihr Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: RJ 5 (1986), 153–176 (erneut 2001 als Nr. 4, 85–108).

1989: Die Verfassungsentwicklung in den Westzonen bis zum Zusammentreten des Parlamentarischen Rates (1945–1948), in: NJW 1989, 1312–1318.

1989: Verfassungsgebung in den Westzonen nach 1945 – Länderverfassungen und Grundgesetz. Ein Forschungsbericht, in: ZNR 11 (1989), 168–183 (erneut 2001 als Nr. 11, 245–268).

1991: Verfassungsentwicklung in den Besatzungszonen (1945–1949). Verfassungsgebung unter Besatzungsherrschaft in Westdeutschland, in: Heinz Mohnhaupt (Hg.), Rechtsgeschichte in den beiden deutschen Staaten (1988–1990). Beispiele, Parallelen, Positionen, Frankfurt am Main 1991, 650–674.

1996: Zur Rolle der Rechtswissenschaft in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands und der frühen Deutschen Demokratischen Republik, in: ZNR 18 (1996), 86–101 (erneut 2001 als Nr. 10, 222–244).

1996: Kontinuität und Wandel in der Gesellschaft- und Rechtsordnung vor und nach 1945, in: Zwischen Kontinuität und Fremdbestimmung. Zum Einfluss der Besatzungsmächte auf die deutsche und japanische Rechtsordnung 1945–1950, Deutsch-japanisches Symposium in Tokio vom 6. bis 09. April 1994, Tübingen 1996, 15–35 (erneut 2001 als Nr. 1, 1–24).

1997: Die rechtliche Situation in den Westzonen und der jungen Bundesrepublik, in: Rainer Schröder (Hg.), 8. Mai 1945 – Befreiung oder Kapitulation?, Berlin 1997, 51–70 (erneut 2001 als Nr. 3, 67–84).

1999: Die strafrechtliche Ahndung von NS-Unrecht. Ein Forschungsbericht, in: ZNR 21 (1999), 417–435.

2001: Rechtsgeschichte als Zeitgeschichte. Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Baden-Baden 2001.

2014: Kurzer Abriss einer Geschichte der Fakultät/des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, in: Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main (Hg.), 100 Jahre Rechtswissenschaft in Frankfurt. Erfahrungen, Herausforderungen, Erwartungen, Frankfurt am Main 2014, 11–104.

2018: Schmerzhafter Umbruch. 1968 im Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität, in: Forschung Frankfurt. Das Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität, 2018, Heft 1, 27–30.



Prof. em. Dr. Dr. h.c. Joachim Rückert
(Foto: A. Amend-Traut)

Laudatio

Bernd (90) und ich (80) – in einem gemeinsamen Netzwerk vereint

Kjell Å. Modéer

Langsam verschieben sich unsere historischen Perspektiven von Objekten zu Subjekten. Und plötzlich betrachten wir uns selbst als ein Teil der Zeitgeschichte. Es ist schon fast 50 Jahre her, seitdem Du, lieber Bernd, und ich uns kennengelernt haben. Es war bei dem Deutschen Rechtshistorikertag in Nürnberg-Erlangen 1972. Die Tagungen dieser Zeit waren voll von Generationskonflikten, politischen und wissenschaftlichen. Uwe Wesel, zu der Zeit jung, arrogant und selbstbewusst, forderte in einer Plenardiskussion die alten Götter, besonders Hans Thieme und Franz Wieacker, zu einem radikalen linkspolitischen Tanz auf, in dem die Götterdämmerung der Zeit offenbar wurde. Es war einige Jahre nach 1968, inmitten des Kalten Krieges. Uwe Wesel war von der Zeitschrift „Kritische Justiz“ und der West-Berliner „Freien Universität“ geprägt. Die alten Herren in der ersten Reihe kamen aus Freiburg und Göttingen und repräsentierten die Senioren-Kollegen, die aus der Weimarer Zeit überlebt hatten, die seitdem Kommunismus und Sozialismus als politische Hauptfeinde betrachteten. Ihre Perspektiven, von Kontinuität und Tradition geprägt, wurden von radikalen, kritischen Perspektiven herausgefordert.

Für mich, den jungen südschwedischen Doktoranden aus Lund, war dieser Rechtshistorikertag 1972 mein dritter. Ich fuhr mit meinem Doktorvater Göran Inger zusammen dorthin, er war seit 1970 Professor für Rechtsgeschichte an der Universität Lund. Es war der schwedische Rechtshistoriker Sten Gagnér, seit 1964 erfolgreicher Professor in München, der mich aufforderte, zu den Deutschen Rechtshistorikertagen zu fahren. „Da sind wir alle wie eine große Familie“, sagte er. So war es auch. Germanisten, Romanisten, Kanonisten – alle unterhielten sich miteinander; und alle waren wir

privat in einem Professorenhaus zum Abendbrot eingeladen. 1968 in Münster war ich mit den anderen „Schweden“, auch die, die in der Bundesrepublik tätig waren (z.B. Sten Gagnér und Gerhard Schmidt), eingeladen. Die familiäre Stimmung wurde von Sten mit seinem Singen befördert. Er sang alles von Puccini bis Bellman. Er sang auch, wenn er sprach. Er stammte aus dem mitt-schwedischen Dalarna, wo die Bürger mit einem singenden Idiom sprechen.

In Nürnberg-Erlangen hatte ich schon mehrere aus der deutschen Rechtshistoriker-Familie kennengelernt. Auch Hans Thieme hatte mich gefragt, worüber ich arbeitete. „Gerichtsbarkeiten der schwedischen Krone im deutschen Reichsterritorium im 17. Jahrhundert“, habe ich geantwortet. Pommern, Wismar, Bremen-Verden. „Wunderschön, ich empfehle Sie, Herr Modéer, an einen Kollegen“, sagte die Freiburger Ikone und vermittelte mich direkt an einen von seinen alten Habilitanden, Professor Dr. Bernhard Diestelkamp, der seit 1967 als Professor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main tätig war.

Damit wurde ich, dank Dir lieber Bernd, in ein nicht nur deutsches, sondern international geprägtes Netzwerk einbezogen. Unser Treffen in Nürnberg-Erlangen war der Anfang einer lebenslangen Freundschaft, über die ich gerne sprechen möchte.

Ich kam zu dieser Zeit häufiger aus dem Osten als aus dem Norden in die Bundesrepublik Deutschland. 1968 erhielt ich eine Genehmigung des Innenministeriums der DDR, um in den pommerschen Gerichtsarchiven der Frühen Neuzeit zu forschen. Ich hatte so eine Genehmigung erhalten, da ich nicht ein Bürger aus dem „kapitalistischen Ausland“ war, sondern aus dem „neutralen“ Schweden, seit 1932 von einer sozialdemokratischen Regierung geprägt. So erhielt ich die Genehmigung, um die sich meine westdeutschen Kollegen bewarben, sie aber nie erhielten.

Die obersten Gerichtshöfe im Alten Reich vereinigten uns. Ich wurde in einen Kollegenkreis aufgenommen, der sich schon seit einigen Jahren mit diesem Thema beschäftigte. Es war eine Kerngruppe aus Frankfurt und Umgebung (Heidelberg, Mainz, Hagen)

mit Wolfgang Sellert, Adolf Laufs, Gunter Gudian, Ulrich Eisenhardt und Jürgen Weitzel. Sie tagten jährlich im Rhein-Main-Gebiet gemeinsam mit niederländischen Kollegen – vor allem Tom de Smidt und Hugo de Schepper (Amsterdam, Leiden) gehörten dazu. Ihnen schlossen sich u.a. Friedrich Battenberg, Alain Wijffels und Serge Dauchy an.

Anlässlich der 500-Jahrfeier des „Grote Raad von Mechelen“ fand im November 1973 eine Feier und eine wissenschaftliche Konferenz in Brüssel und Mechelen statt. Ich wurde bei dieser Gelegenheit unter meinen Kollegen der höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich akkreditiert; dort lernten wir uns zum ersten Mal gut kennen. Ich fühlte mich unmittelbar in diesen Kreis aufgenommen. Außerdem gehörte ich zu der schwedischen Konferenzgruppe, die aus zwei Gesandten unterschiedlicher sozialer Zugehörigkeit bestand: das Mitglied des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, zugleich der ehemalige Präsident des Svea Hofgerichts in Stockholm, Sture Petrén, auch Mitglied der Schwedischen Akademie – und ein Doktorand aus Lund. Ich wurde von dem Präsidenten herzlichst empfangen und unter seiner Schirm behütet. Er lud mich zu einem Mittagessen in ein Luxus-Restaurant in Brüssel am Grand Place ein und lehrte mich während dieser Tagung, dass (1) die französische Küche in Antwerpen anfang (wichtige Bemerkung!), und (2) wenn ein schwedischer Bürger in eine Zwickmühle im Ausland kommt, da (sagte er), „musst Du wissen, dass die schwedische Botschaft immer bereitsteht, Dir zu helfen“. Die Konferenz fand während der Ölkrise im November 1973 statt, und Privatverkehr mit Autos war in vielen Ländern über das Wochenende verboten. Der Präsident Petrén rief freilich den schwedischen Botschafter in Brüssel (ein alter Freund von ihm) an und bat um seine Hilfe. Und so wurden der Präsident und ich von einem uniformierten Fahrer abgeholt, der den Präsidenten und mich total leere Autobahnen entlang zum Flughafen brachte. Ich lernte daraus, wie es für Johan Oxenstierna und David Mevius als Gesandte zur Osnabrücker Friedenskonferenz einmal um 1645 gewesen sein musste.

Du, Bernd, und Dein Netzwerk um die „Grüne Reihe“ haben mich zu einem internationalen Forscher erzogen. Ich kam regelmäßig zu Euren wissenschaftlichen Treffen und habe in diesem Kreis mehrere sehr gute Freunde gefunden. Du, Bernd, wurdest mein Mentor. Am Kiefernweg in Kronberg bei Frankfurt hast Du mit scharfen Augen meine Manuskripte konstruktiv kommentiert.

In November 1975 habe ich meine Dissertation in Lund im alten Königshaus in deutscher Sprache mit dir als Fakultätsopponenten verteidigt. Wir feierten drei Tage und danach haben wir 45 Jahre als Kollegen unsere kollegiale Freundschaft entwickelt. Drei Jahre später freute ich mich, dass Gisela und Du mit Urte und Wolfgang Sellert und Gunter Gudian zusammen zu meiner Einführung als Professor gekommen seid. Unsere Freundschaftsbande wurden zu einem gut funktionierenden Netzwerk. Regelmäßig haben wir getagt in der Bundesrepublik wie auch in Schweden.

Deine Schwedenreisen gingen nicht nur nach Lund, sondern auch nach Stockholm 1989 und nach Jönköping 1993. Als der Höchste Gerichtshof – Högsta domstolen – sein 200-jähriges Bestehen mit einem Symposium feierte, hast Du einen Vortrag über „Die höchste Gerichtsbarkeit in England, Frankreich und Deutschland zwischen Absolutismus und Aufklärung“ gehalten. Wir erinnern uns besonders an diese Tagung im schwedischen Frühsommer im lächelnden nordischen Licht, als wir an einem Abend auf einem Dampfschiff in den Stockholmer Schären unterwegs waren, unter Schirmhaft von Mauritz Bäärnhielm – dem ruhigen, charismatischen Aristokraten, der als Vorsitzender der Olin-Stiftung für schwedische Rechtsgeschichte wirkte, und seiner hübschen Frau, unseren Gastgebern.

Und im darauffolgenden Jahr, 1990, vor 30 Jahren, wurde Dir die Frage von der Juristischen Fakultät in Lund vorgelegt, ob Du bereit wärest, ein Ehrendoktorat an der Fakultät zu akzeptieren. Das warst Du, und deshalb erlebten Gisela und Du noch eine sonnige Maiwoche in Schweden. Diesmal brachtest Du auch Deinen Fakultätstalar mit, der seit 1968 in Deinem Schrank an der Senckenberganlage Staub

gesammelt hatte und fast vergessen war – aber jetzt trugst Du ihn in der traditionellen akademischen Promotion und er passte.

In Jönköping am Vättern-See versammelten sich 1993 „die Grünen“ am Göta Hofgericht (etwa zehn Jahre älter als das Wismarer Tribunal), um einen Sammelband über das Thema „Oberste Gerichtsbarkeit und zentrale Gewalt im Europa der frühen Neuzeit“ mit Dir als Herausgeber vorzubereiten. Dort wurde ein gerichtshistorisches Museum mit Wetzlar als Vorbild gegründet. Ein schönes Treffen, das ebenfalls von der Olin-Stiftung finanziert wurde.

Im Herbst 1997 feierte die Olin-Stiftung ihr 50-jähriges Bestehen in den imposanten Gerichtsräumen des Svea Hofgerichts mit einem Symposium über das Thema „Rechtsgeschichte in Veränderung“. Dabei wurden u.a. historische Argumentationen diskutiert und Du hast über „*Ius commune*“. Rechtsgeschichte als Argument in der Unifizierung des Europäischen Rechts: Ein deutscher Bericht“ gesprochen, wo Du Reinhard Zimmermanns aufmerksamen Vortrag auf dem Deutschen Rechtshistorikertag in Köln 1992 „*Heard Melodies are sweet, but those unheard are sweeter*“ mit kritischen Argumenten von Dir kommentiert hast.

Zum Svea Hofgericht bist Du zurückgekehrt anlässlich der 400-Jahrfeier des Svea Hofgerichts im Jahre 2014. Zu der Zeit hatte eine jüngere Generation die Bühne übernommen, aber Du und die anderen Senioren-Teilnehmer von „den Grünen“ haben die Vorträge aktiv und konstruktiv kommentiert.

Aber von allen unseren Treffen durch die Jahrzehnte ist meines Erachtens jenes, das wir in Greifswald kurz nach der Wiedervereinigung erlebten, das am meisten beeindruckende. Nach der Wende gab es ja Möglichkeiten für uns, uns in unserer gemeinsamen wissenschaftlichen Heimat, an der pommerschen Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald, zu treffen. Am Anfang der 1990er Jahre organisierten wir mit Studenten von Frankfurt und Lund zusammen ein gemeinsames Blockseminar in Greifswald. Wir trafen Manfred Herling, den seit der DDR-Zeit so klugen und aktiven Universitätsarchivar, und Barbara Peters, seine freundliche wissenschaftliche

Mitarbeiterin. Sie führten uns in die Universitätsgeschichte dieser mittelalterlichen Universität ein, auf deren Parkplätzen zu der Zeit weder VWs oder Volvos, sondern immer noch Trabbis standen. Wir übernachteten wie in einer Jugendherberge in den Räumen der alten verlassenen Marine-Schule in Wieck an der Ryck-Mündung mit kaltem Wasser und harten Soldatenmatratzen gemeinsam in den Schlafsälen. Unsere Nachbarn waren die Klosterruine in Eldena, von den Gemälden des Greifswalder Sohnes und Schweden-Freundes Caspar David Friedrich bekannt. Für die schwedischen wie für die westdeutschen Studenten war dieses Seminar eine nützliche und bereichernde Erfahrung. Wir erlebten den Zeitgeist einer zweiten Stunde Null.

Das Thema unseres Seminars war „Die Rechtsverhältnisse in der DDR und im starken demokratischen Rechtsstaat Schweden 1949–1989. Ein Vergleich“. Es ging also um zwei zu der Zeit hochaktuelle rechtshistorische Perspektiven: Juristische Zeitgeschichte und vergleichende Rechtsgeschichte. Die Ergebnisse unserer Referate waren ebenfalls erstaunlich. Der Wohlfahrtsstaat im wohlregulierten Schweden erschien in diesem Vergleich mit dem sozialistischen Einheitsstaat als eine Art „DDR-light“.

Dieses Seminar war nicht nur für die Frankfurter und Lunder Studenten und Studentinnen ein hochinteressantes und tolles Erlebnis. Für mich war es eine besondere Freude, Euch allen aus den alten Bundesländern zum ersten Mal in meinem alten Forschungsbezirk zu begegnen. Aber für Dich, lieber Bernd, war es ja gleichzeitig eine Reise in Deine Vergangenheit. Du hast mir ja alles erzählt, Deine Flucht 1945 aus Deiner Heimat in Stettin, via Stralsund in den Westen nach Soest, Deiner Abiturenten-Stadt, die Du uns bei einem Rechtshistoriker-Tag vorgestellt hast.

Die neue Generation von Greifswalder Historikern, vor allem Michael North und Nils Jörn, wurden nach der Wende unsere Gesprächspartner und neuen Freunde. Mit der Wiedervereinigung wurde das Wismarer Tribunal für das ganze Netzwerk „Grüne Reihe“ zugänglich. Seitdem haben wir uns sowohl in Wetzlar als auch in

Wismar getroffen, um das Tribunal und die übrigen obersten Gerichtshöfe im Alten Reich zu diskutieren. Dem Tribunalsgründer David Mevius ist eine Gesellschaft gewidmet worden und sein Epitaph ist symbolisch in der Wismarer Nikolaikirche seit einigen Jahren aus ihrem DDR-Verfall auch mithilfe von schwedischen Kollegen restauriert worden.

Wenn wir heutzutage Wissensgeschichte pflegen, suchen wir die Netzwerke und die Vermittlung von Forschungsergebnissen. Auf Dein international geprägtes Netzwerk im Norden habe ich mit diesen Zeilen aufmerksam gemacht und ich freue mich riesig, dass wir beide zusammen in dieser Hinsicht aktiv beigetragen haben.

Ich wünsche Dir – und den Deinigen – alles Gute! Ad multos annos!



Lund, im November 1975, Exkursion zum Schloss Torup
am Tag nach Kjell Åke Modéers Disputation in deutscher Sprache
mit Bernhard Diestelkamp als dessen Opponent.



Dankesrede von Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp,
(Foto: A. Amend-Traut)



Streichquartett des Jungen Sinfonie-Orchesters Wetzlar e.V.
(Foto: A. Amend-Traut)

**Momentaufnahmen der Feier,
festgehalten von Monika Westerlind**

Bildbeschreibungen jeweils von links nach rechts.



Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp



Gisela Diestelkamp



Prof. em. Dr. Boudewijn Sirks, Prof. em. Dr. Dr. h.c.
Bernhard Diestelkamp, Ellen Dilcher und Gisela Diestelkamp



Dr. Urte Sellert und Prof. em. Dr. Wolfgang Sellert



Prof. em. Dr. Wolfgang Sellert



Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Michael Stolleis und
Prof. em. Dr. Dr. h.c. Joachim Rückert



Dr. Nils Jörn



Prof. em. Dr. Bernd Schildt, Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp, Prof. Dr. Albrecht Cordes und Prof. Dr. Pascale Canzik



Gisela Diestelkamp, Prof. em. Dr. Dr. h.c. Ulrich Eisenhardt und Dr. Egbert Teichmann



Ellen Dilcher



Ellen Dilcher und Anke Sauter



Prof. Dr. Alain Wijffels, Prof. em. Dr. Filippo Ranieri (†) und
Irene Schildt



Ellen Dilcher, Prof. em. Dr. Gerhard Dilcher und Dr. Urte Sellert



Ellen Dilcher, Prof. em. Dr. Gerhard Dilcher und
Monika Westerlind



Prof. Dr. Anja Amend-Traut, Prof. em. Dr. Dr. h.c.
Bernhard Diestelkamp und Johannes Romanski



Prof. em. Dr. Clausdieter Schott, Prof. em. Dr. Wolfgang Sellert,
Prof. em. Dr. Dr. h.c. Dietmar Willoweit und Prof. Dr. Peter Oestmann



Dr. Egbert Teichmann und Dr. Antje Teichmann



Prof. Dr. Guido Pfeifer, Andrea Müller, Hans-Otto Kneip und
Prof. em. Dr. Dr. h.c. Bernhard Diestelkamp



Monika Westerlind



Für seine Verdienste um die Reichskammergerichtsforschung und damit um das kulturelle Leben Wetzlars wurde der 90-jährige Rechtshistoriker Professor Bernhard Diestelkamp durch Oberbürgermeister Manfred Wagner mit der Lotte-Plakette ausgezeichnet. Foto: Gross

Mit Recht zur Lotte-Plakette

Kulturpreis der Stadt für Bernhard Diestelkamp, „Vater“ der Reichskammergerichtsforschung

Von Steffen Gross

WETZLAR. In der Reichskammergerichtsforschung ist Wetzlar bundesweit eine Hausnummer. Das Reichskammergerichtsmuseum in der Hofstatt ist gelebte Rechtsgeschichte. Beides ist Professor Bernhard Diestelkamp zu verdanken. Der Frankfurter Rechtshistoriker, der vor wenigen Tagen 90. Geburtstag feierte, wurde am Freitag für seine Verdienste um das kulturelle Leben Wetzlars mit der Lotte-Plakette, dem Kulturpreis der Stadt, ausgezeichnet.

Viele Wegbegleiter Diestelkamps waren zur Feierstunde in den Saal der Musikschule gekommen. Ralph Gatzka, Vorsitzender der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, würdigte den Jubilar und Preisträger für dessen Verdienste um die Forschung zur höchsten Gerichtsbarkeit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Diestelkamp war im Jahr 1985 Mitbegründer der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung. Von Beginn an bis 2001 hatte er die Position des stellvertretenden Vor-

sitzenden sowie den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats inne, einem hochrangigen, fachübergreifenden Gremium aus Historikern, Rechtshistorikern und Archivaren. Es berät das 1987 eröffnete Museum wie auch die 1991 ins Leben gerufene Forschungsstelle in allen rechtshistorisch relevanten Fragen.

Das Bild des Gerichts geradegerückt

Das 1689 von Speyer nach Wetzlar umgezogene Reichskammergericht, welches der Stadt 1774 den mehrmonatigen Aufenthalt des Praktikanten Johann Wolfgang von Goethe bescherte, hinterließ nach seiner Auflösung 1806 einen Bestand von gut 80.000 Gerichtsakten. Die Akten wur-

den anschließend auf ihre Herkunftsorte verteilt. Diestelkamp gelang es im Rahmen eines Langzeitauftrags der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die bedeutenden Quellen zur deutschen Rechtsgeschichte zumindest virtuell wieder zusammenzuführen. Es war der Auslöser für die Gründung des Reichskammergerichtsmuseums.

Durch Quellenforschung und seine zahlreichen Veröffentlichungen sei es Diestelkamp gelungen, das oft negative Bild vom ineffizienten Reichskammergericht geradezurücken, sagte Gatzka. Heute sei anerkannt, dass das Reichskammergericht grundlegende Verbesserungen für alle Bürger gebracht habe: friedliche Streitbeilegung statt Gewalt, unabhängiges Richteramt und

Rechte gegenüber dem Staat. Seit 1985 veranstaltet die Gesellschaft zweimal jährlich Vorträge für Mitglieder und Öffentlichkeit.

Museum und Forschungsstelle, kulturelle Einrichtungen der Stadt, seien zum „Zentrum der Kulturgeschichte der Justiz“ geworden, das heute wertvolle Impulse nicht nur für Rechtshistoriker liefere, sagte Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD). Durch Ausstellungen, Tagungen und Vorträge würden Forscher genauso wie Schüler, Studierende und Touristen angesprochen. Diestelkamp habe den Anstoß dazu gegeben und er habe maßgeblich dazu beigetragen, das die Forschungsstelle dauerhaft finanziell abgesichert ist.

Daraufhin verlieh der OB dem verdienten Rechtshistoriker die Lotte-Plakette, höchste kulturelle Auszeichnung der Stadt. Diestelkamp bedankte sich für die überraschende Ehrung. Der 90-Jährige wohnt inzwischen in Göttingen. Nach Wetzlar war er gemeinsam mit seiner Ehefrau Gisela gereist, mit der er seit 1958 verheiratet ist.

HÖCHSTE KULTURELLE AUSZEICHNUNG

► Die Lotte-Plakette ist die **höchste kulturelle Auszeichnung der Stadt**. Seit 2006 wird sie in unregelmäßigen Abständen an Einzelpersonen vergeben, die sich um das kulturelle Leben besonders verdient gemacht haben.

► **Bisherige Preisträger** waren Hans-Günther Kolb (2006), Georg Schmidt von Rhein (2007), Joachim Eichhorn (2007), Hartmut Schmidt (2009) Martin Knell (2010) und Doris Ebertz (2012).